

NEUE ZEIT

MÄRZ 1985

13

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“

1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2

Postfach 600

Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK



МИР
PEACE
PAIX
FRIEDEN
PAZ
PACE
POKÓJ
MÍR



DIE NUKLEARE
KRIEGSGEFÄHR BANNEN
STOPPEN

14759 13
ZOLLVERW-BI
151 394 347
1500 9003 1520
PLES



In der Nacht zum 1. Januar 1942 erhielt der Kriegsberichterstatter Dmitri Baltermanz den Befehl, sich sofort in den Raum Kertsch zu begeben, um eine Reportage über eine sowjetische Landeoperation zu machen. Doch wie? Mit dem Kreuzer „Krasny Krim“ war das nicht möglich. Aus Noworossisk sollte der Zerstörer „Smyschljonj“ auslaufen. Baltermanz begab sich schnellstmöglich nach Noworossisk, doch verspätete er sich. Der Zerstörer hatte bereits abgelegt. Baltermanz eilte daraufhin nach Krasnodar, um sich von Militärfliegern nach Kertsch mitnehmen zu lassen — und hatte Glück. Damals konnte der Korrespondent noch nicht wissen, daß die „Smyschljonj“ auf offener See torpediert worden war. Niemand überlebte.

Als die Maschine auf dem Flugfeld ausrollte, bot sich der Besatzung dieses entsetzliche Bild...

Städter hatten hier einen Panzergraben ausgehoben. Dann kamen die Faschisten... Vor ihrem Rückzug ermordeten sie über 7000 Menschen und verscharrten sie im Graben.

Baltermanz war dabei, als er aufgegraben wurde und hörte, wie die Menschen aufschrien. Die Lebenden riefen die Toten — ihre Kinder

und Frauen, ihre Angehörigen — das war ein Stöhnen, ohne Tränen... Er nahm zwei Filme auf, die die Verbrechen der Hitlerfaschisten und das furchtbare Leid der Menschen dokumentieren... Die Filme bleiben der Nachwelt erhalten.

Doch wer sind diese Menschen auf dem Foto?

Kürzlich besuchte Baltermanz erneut Kertsch. Den alten Militärflugplatz gibt es schon nicht mehr, ringsherum ranken sich Weinstöcke. Im Stadtexekutivkomitee sah Baltermanz zufällig dieses Foto an der Wand und fragte — wie sich herausstellte, ahnte niemand, wo es aufgenommen war. Überhaupt wissen die Leser wenig über dieses Bild. Während des Krieges war das Foto nirgends gedruckt worden. Erstmals wurde es in den 50er Jahren in der BRD auf einer Fotoausstellung gezeigt, die dann durch viele Länder Europas ging. Später wurde das Foto überall in der Welt veröffentlicht, wurde zu einem Symbol, zu einer, wenn auch namenlosen, Verwünschung des Krieges.

Schauen Sie sich das Bild an... Die Erinnerung an diese Lebenden und Toten ist jetzt für alle Zeiten erhalten, obgleich wir die Namen der auf dem Foto festgehaltenen Menschen wohl nie erfahren werden.

Heinrich Böll sagte zu diesem Bild:

Dieses Weinen ist nicht das eines einzelnen. Es ist das Weinen der Menschheit.

GEMEINSAM GEGEN DIE GEMEINSAME GEFAHR

Während die Welt eine schwere Zeit durchmacht, von Sorge um die Zukunft bewegt, in einer Zeit, da die zwischenstaatlichen Beziehungen von Mißtrauen getrübt sind, kamen in Moskau die führenden Politiker vieler Länder zusammen, um das Andenken an den führenden Repräsentanten der KPdSU und des Sowjetstaates zu ehren. So bekundeten sie ihre Achtung vor der Sowjetunion und ihrem Volk, zollten sie dessen Anstrengungen und Errungenschaften im Kampf für Frieden und Fortschritt Tribut.

Der Tod erinnert die Menschen an die Vergänglichkeit menschlichen Seins. Hemingway schrieb im Epigraph zu seinem Roman "Wem die Stunde schlägt": "... Jedes Menschen Tod verringert mich, weil ich einbezogen bin in die Menschheit; und darum schicke niemals aus, zu erfahren, wem die Stunde schlägt, sie schlägt dir." Ja, das ist der Gang aller Dinge.

Doch es darf nicht zugelassen werden, daß Kriege das Leben von Menschen abreißen lassen. In unserem Nuklearzeitalter steht das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel. Die Glocke von Hiroshima und Nagasaki hat bereits geschlagen. Und sie läutet weiter Sturm, ruft zum Kampf gegen ein nukleares Inferno.

Die Begegnungen und Gespräche Michail Gorbatschows und anderer führender sowjetischer Politiker mit den Leitern ausländischer Delegationen trugen nicht protokollarischen Charakter. Gesprochen wurde über das Wesentliche. Den Gästen wurde die Haltung der UdSSR zu internationalen Fragen dargelegt. Die Aufmerksamkeit wurde auf die sowjetischen Friedensinitiativen gelenkt, auf Anstrengungen, die die UdSSR unternimmt, um unseren Planeten vor einem Krieg zu bewahren. In den Begegnungen und Gesprächen war die Rede davon, daß auch andere Länder ihren Beitrag zur Gesundung der Weltlage leisten könnten.

Die Staatsmänner vieler Länder, die sich in Moskau versammelt hatten, bekundeten ihre Treue zum Frieden, erklärten, sie wollten sich vor allem von den gemeinsamen Interessen der Menschheit leiten lassen, davon, was die Menschen vereint, nicht aber trennt. Was aber muß sie am stärksten einen, wenn nicht der Schutz des Lebens vor dem Tod, des Friedens vor dem Krieg?

Wenn doch das, wovon dieser Tage in Moskau die Rede war, zur politischen Praxis aller Staaten würde, in die Abrüstungsverhandlungen Eingang

fände... Doch die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Schlecht, wenn dem Wort die Tat nicht folgt, besonders schlimm, wenn es eine Diskrepanz in der Hauptfrage der Gegenwart — der Frage von Krieg und Frieden — gibt. Ihre Treue zum Frieden beschwören ja auch jene, die einen Krieg vorbereiten, der alles Leben zu vernichten droht, die sich anschicken, ihn auf den Weltraum auszuweiten, die Wissenschaft und Technik in einen Erfüllungsgehilfen des Militarismus verwandeln, die sich den Kopf nicht über einen ewigen Frieden, sondern über Aggressionsdoktrinen zerbrechen.

Im Kondolenzschreiben zum Ableben Konstantin Tschernenkos erklärte der Vertreter des Weißen Hauses: "Wir können, wenn wir allein handeln, keinen Fortschritt erreichen... Die Vereinigten Staaten hoffen, mit der sowjetischen Führung auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zusammenzuarbeiten, um den Frieden besser und sicherer zu machen." Ehrenwerte Absichten. Doch sie werden nur Absichten bleiben, wenn sie nicht verwirklicht werden.

Natürlich ist es wichtig, sich der gemeinsamen Gefahr bewußt zu werden. Das soll zum gemeinsamen Handeln mobilisieren. Im zweiten Weltkrieg führte das Bewußtsein der gemeinsamen Gefahr zur Schaffung der Antihitlerkoalition. Die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen von Ländern verschiedener Gesellschaftssysteme und Ideologien gegen den gemeinsamen Feind wurde überzeugend bewiesen. 1975 konnte ein gemeinsamer Schritt von historischer Bedeutung getan werden — die Nachkriegsordnung in Europa wurde durch die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki besiegelt. Alle objektiven Voraussetzungen und Möglichkeiten sind gegeben, um die Zusammenarbeit in den 80er Jahren angesichts der verstärkten Nuklearkriegsgefahr fortzuführen.

Am 13. März berieten in Moskau die Leiter der Partei- und Staatsdelegationen der Warschauer Vertragsstaaten. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, sich für die Beseitigung der Nuklearkriegsgefahr, für wirksame Abrüstungsmaßnahmen, vor allem bei den Nuklearwaffen, und gegen die Militarisierung des Kosmos auszusprechen. Ist das nicht ein gemeinsames Aktionsprogramm für alle Staaten, die nach dem Frieden streben? Im Kampf für dauerhaften Frieden, für bessere, gerechte Beziehungen zwischen den Völkern haben die sozialistischen Staaten Freunde und Partner — die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die den Weg der Festigung der Sicherheit und der sozialen Erneuerung gehen. Die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten sind bereit zu einer sachlichen, praktischen Partnerschaft auch mit den kapitalistischen Staaten bei der Sicherung des Weltfriedens. Nur gemeinsame Anstrengungen können Frieden und Sicherheit der Völker gewährleisten.

Ich habe Ihr Land zweimal besucht und bin sicher, daß der von Ihnen gewählte Weg der richtigste und ehrlichste ist. Vor meiner ersten Reise wollte ich der UdSSR gegenüber unvoreingenommen sein. Nun habe ich mich davon überzeugt, wie feindselig und unbegründet Erdichtungen sind, die wie Unkraut den Westen überwuchern und verbreitet werden, um Ihr Land zu diskreditieren. Der Treubruch ist die Waffe von Feiglingen. Der Besuch Leningrads war für mich sehr lehrreich. Was ich dort gesehen, gehört und erfahren habe, werde ich nie vergessen.

Maria Rita ZOBELE
Rovereto, Italien

Wenn ich heute das offizielle Bonn sprechen höre, frage ich mich wie viele alte Menschen in der BRD, ob ich das nicht früher schon einmal gehört habe. "Wir müssen uns verteidigen", posauern unsere Massenmedien aus. Haben sie denn 1935 nicht das gleiche verkündet? Damals handelte es sich auch um einen Verteidigungskrieg und nicht um einen aggressiven. Unsere Politiker können alles auf den Kopf stellen. Die sowjetischen Gegenmaßnahmen zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit stellen sie als aggressiv dar. Und aggressive US-Aktionen gegen andere Länder geben sie für Verteidigungsaktionen aus. Seit den 30er Jahren hat sich gewiß viel verändert. Aber die Methoden, mit deren Hilfe man versucht, die Menschheit in einen neuen Krieg zu stürzen, sind ähnlich geblieben.

Auch die am Wetrüsten profitieren möchten, sind dieselben geblieben.

Otto HEINELT
Ahnatal, BRD

Ich finde Iwan Frolows Artikel "Friedensstrategie gegen Kriegsgefahr" (Heft 2/85) aktuell. Es ist sehr wichtig, daß alle friedliebenden Menschen für grundlegende Wandlungen in den internationalen Beziehungen kämpfen. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß Kulturaustausch und gegenseitiges Verständnis Millionen Menschen der ganzen Welt Nutzen bringen. Nur so können wir einander besser verstehen und gemeinsam den Höhepunkt der Zivilisation erreichen. Wir stehen vor großen Entdeckungen in Wissenschaft und Technologie. Aber man muß sie vorsichtig und nur zu friedlichen Zwecken nutzen. Die UdSSR setzt ihre Anstrengungen fort, um die von ihr gesteckten Ziele zu erreichen: nukleare Abrüstung und friedliche Koexistenz von zwei sozialen Systemen. Die Lösung vieler Probleme der Gegenwart wie Hunger, Analphabetentum, Krankheiten, wirtschaftliche Rückständigkeit duldet keinen Aufschub. Doch dazu braucht man Frieden und internationale Zusammenarbeit.

Patrick D'CRUZ
Bateman, Australien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 13 MÄRZ 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-
STSCHIN, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur),
W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv.
Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Gemeinsam gegen die gemeinsame Gefahr (Wort des Redakteurs)	1
W. Sagladin — Strategie der Entwicklung, des Wohlstandes und des Friedens	5
J. Jurzew — Laos. Heller Weg	8
D. Wolski — Naher Osten. Brutalität und Kalkül	10
A. Poljuchow — Dänemark. Für Probleme kein Urlaub	11
T. Posnjak — Das Wort der Wissenschaftler	12
F. Gorjunow — Dollar und... NATO (NZ-Standpunkt)	13
W. Koptew — Die Arbeiter und die Macht (Interview)	14
Notizen ♦ Glossen	16
A. Urnow — Südliches Afrika. Was hinter der „Friedensoffensive“ steckt	18
K. Jermischin — USA. Im MX-Taumel	22
N. Jakowlew — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Marshall Shukow	24
J. Schaschkow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Es ist die lebenswichtige Aufgabe, die vor der Menschheit steht, eine vollständige Vernichtung und das Verbot von Nuklearwaffen zu erlangen und die Gefahr eines Nuklearkrieges zu bannen. Von großer Bedeutung können dabei die am 12. März in Genf begonnenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen sein

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.



Die Friedensanhänger in den Ländern Westeuropas verstärken ihre Anstrengungen im Kampf gegen die US-Pläne, diese Länder in eine Startrampe des Pentagon zu verwandeln. Teilnehmer der holländischen Friedensbewegung versperrten einer US-Militärkolonne den Weg. Die Demonstranten legten sich vor die Panzer und andere Militärfahrzeuge auf die Straße und zwangen so die Yankees, ihre Fahrtroute zu ändern. Unser Bild: Die Polizei geht gegen Teilnehmer der Friedensmanifestation vor

Foto: Reuter--TASS

Am 13. März trafen im Kreml die Leiter der ausländischen Delegationen, die zur Beisetzung Konstantin Tschernenkos gekommen waren, mit der sowjetischen Führung zusammen. Sie bekundeten Michail Gorbatschow, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko und Wassili Kusnezow ihr tiefempfundenes Beileid. Die sowjetische Führung dankte allen Delegationsleitern.

Vom 13. bis zum 15. März fanden Begegnungen und Gespräche des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, mit den Leitern ausländischer Delegationen statt, die zur Teilnahme an der Beisetzung Konstantin Tschernenkos nach Moskau gekommen waren: mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der SFRJ, Veselin Djuranovic; dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des BdKJ, Ali Sukrija; dem Generalsekretär des ZK der Arbeiterpartei Äthiopiens und Vorsitzenden des Provisorischen Militärverwaltungsrates des Sozialistischen Äthiopien, Mengistu Haile Mariam; dem Präsidenten der Republik Nikaragua und Mitglied der Nationalen Befreiungsfront, Daniel Ortega; dem Premierminister der Republik Indien, Rajiv Gandhi; dem Präsidenten Frankreichs, Francois Mitterrand; dem Präsidenten Italiens, Alessandro Pertini; dem Premierminister Großbritanniens, Margaret Thatcher; dem Generalsekretär des ZK der MRVP und

Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkshurals, Shambyn Batmunch; dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und Vorsitzenden des Staatsrates der SRV, Truong Chinh; dem Mitglied des Politbüros des ZK der LRV und Präsidenten der VDR Laos, dem Vorsitzenden der Obersten Volksversammlung der VDR Laos, Souphanouvong; dem Stellvertreter des Premiers des Staatsrates der VR China, Li Peng; dem Generalsekretär der IKP, Alessandro Natta; dem Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Vorsitzenden des Revolutionärsrates der DR Afghanistan, Babrak Karmal; dem Vorsitzenden der MPLA-Partei der Arbeit, Präsidenten der VR Angola, Jose Eduardo dos Santos; dem Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrates der VDRJ, Ali Nasser Muhammed; dem Vorsitzenden der Frelimo-Partei und Präsidenten der VR Mocambique, Samora Machel; dem Vizepräsidenten der USA, George Bush; dem Präsidenten der Republik Finnland, Mauno Koivisto; dem BRD-Bundeskanzler Helmut Kohl; dem japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone; dem Bundespräsidenten der Republik Österreich, Rudolf Kirchschläger; dem spanischen Regierungschef Felipe Gonzalez; dem Premierminister Kanadas, Brian Mulroney; dem Präsidenten Pakistans, Mohammad Zia-ul-Haq; dem UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar; der

namhaften Persönlichkeit des öffentlichen Lebens der Philippinen, Imelda Marcos; dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK der KP Japans, Tetsuzo Fuwa. An den Gesprächen nahm Andrej Gromyko teil.

Anlässlich der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär des ZK der KPdSU trafen an seine Adresse zahlreiche Telegramme und Briefe mit herzlichen Glückwünschen von den Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, den Präsidien der Obersten Sowjets und den Ministerräten der Unionsrepubliken, den Regions- und Gebietskomitees der KPdSU, von anderen Partei- und Staatsorganen, Gewerkschafts-, Komsomol- und Massenorganisationen, von Veteranen der Partei und des Großen Vaterländischen Krieges, von Veteranen der Arbeit, Arbeitskollektiven, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden, Angehörigen der Sowjetarmee und der Seekriegsflotte sowie von einzelnen Sowjetbürgern ein, in denen große Erfolge bei der Tätigkeit im Amt des Generalsekretärs gewünscht werden. Telegramme mit Glück- und Erfolgswünschen kamen von den Führern der kommunistischen und Arbeiterparteien, von Staats- und Regierungschefs. Michail Gorbatschow dankte herzlich für die Glückwünsche. Dabei betonte er: "Das Leninsche ZK der KPdSU, sein Politbüro werden, indem sie die erprobten Prinzipien der kollektiven Führung und der politischen Kontinuität verwirklichen, alles tun, um jene guten Wünsche zu rechtfertigen, die in den eingegangenen Telegrammen und Briefen geäußert wurden."

Am 13. und 14. März traf Nikolai Tichonow zusammen: mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der MRVP und Vorsitzenden des Ministerrates der MVR, Dumaagijn Sodnom; dem Mitglied des Politbüros des ZK der PdAK und Premier des Verwaltungsrates der KDVR, Kang Sung Sang; dem Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Turgut Özal; dem Generalsekretär des ZK der Revolutionären Volkspartei Kampuchas und Vorsitzenden des Staatsrates der VR Kampuchea, Heng Samrin; dem Ministerpräsidenten Norwegens, Kare Willoch; dem Innenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten, Manuel Diaz Bartlett; dem Ministerpräsidenten der Republik Libanon, Rachid Karame; dem Ministerpräsidenten der Jemenitischen Arabischen Republik, Abdel Aziz Abdel Ghanni; dem Präsidenten Maltas, Agatha Barbara.

Am 14. März empfing Andrej Gromyko im Kreml den Außenminister Belgiens, Leo Tindemans, auf dessen Bitte. Bei einem Meinungsaustausch über internationale

Probleme wurde die Frage der Stationierung von US-Nuklearraketen in einigen Ländern Westeuropas berührt.

Am 14. März traf Boris Ponomarew im ZK der KPdSU mit einer Delegation Algeriens unter dem Mitglied des Politbüros der FLN-Partei und Leiter des Ständigen Sekretariats des ZK der Partei, Mohammed Cherif Messaadia, zusammen sowie mit dem Stellvertreter des Generalsekretärs der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt Syriens, Abdullah al-Ahmar. Am gleichen Tag empfing Boris Ponomarew den Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Horst Schmitt. Am 15. März sprach Boris Ponomarew mit dem Generalsekretär des ZK der Libanesischen KP, Georges Haoui, mit einer Delegation der Kommunistischen Partei (Spanien) unter dem Generalsekretär der Partei, Ignacio Gallego, sowie mit dem Generalsekretär der KP Großbritanniens, Gordon McLennan.

Am 14. März ging der offizielle Besuch einer Delegation des Nationalen Volkskongresses der VR China in der Sowjetunion zu Ende. Bei einer abschließenden Begegnung im Obersten Sowjet der UdSSR sprach sich der chinesische Delegationsleiter Zhang Chengxian für den Ausbau der Verbindungen VR China-UdSSR aus. Im Auftrag des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses übermittelte er eine Einladung an eine Delegation des Obersten Sowjets. Diese Einladung wurde dankend angenommen.

Am 17. März trafen zu einem Arbeitsbesuch in Moskau ein: das Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, der Ministerpräsident der SRR-Regierung, Constantin Dascalescu; der Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Sekretär des ZK der RKP, Ion Stoian; der Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Außenminister Stefan Andrei; der Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees, Stefan Birlea. Am 18. März trafen Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko und der Sekretär des ZK der KPdSU, Nikolai Ryschkow, mit den rumänischen Genossen zusammen. Sie hatten einen Meinungsaustausch über Maßnahmen zur weiteren Festigung der allseitigen Zusammenarbeit UdSSR-SRR. Bei der Begegnung wurden gemeinsame sowjetisch-rumänische Dokumente über die weitere Entwicklung des Warenaustausches und der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern für 1986-1990 unterzeichnet.

Krieg gegen Nicaragua

Washington mischt sich immer mehr in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas ein. Nach langwierigen Bemühungen gelang es der CIA, eine Koalition aus neun Gruppierungen konterrevolutionärer Banditen unter dem gemeinsamen Aushängeschild "Nikaraguanische Oppositionelle Koordination" zusammenzuzimmern. Jetzt wird es das Weiße Haus, wie man in Washington meint, leichter haben, den Kongreß davon zu überzeugen, zusätzliche Mittel für die Militärhilfe an die nikaraguanischen Contras, die so als "solide politische Vereinigung" hingestellt werden, zu bewilligen.

Gleichzeitig wird die Vorbereitung auf eine US-Invasion in Nicaragua verstärkt. Die Presse meldet, daß die USA in Honduras neue Großmanöver unter der Bezeichnung "Universal Trek" planen. Dabei soll die Einnahme eines Bereitstellungsraums an einem Abschnitt der honduranischen Atlantikküste mit einem ähnlichen Relief wie das nikaraguanische Departement Yelaya geübt werden. Laut Szenario des Weißen Hauses sollen die Konterrevolutionäre zum Zeitpunkt der größten Aktivität der US-Truppen in Honduras die Bildung ihrer "provisorischen Regierung" bekanntgeben und die USA "offiziell" um militärische Unterstützung bitten.

Terroristenbanden, die in den Norden Nicaraguas eingefallen sind, wüthen brutal gegen unbewaffnete Bauern. Managua beschloß, die Landbevölkerung aus den am stärksten gefährdeten Gebieten zu evakuieren. Die ersten 2000 Familien wurden bereits in Sicherheit gebracht.

Pakistans Aggressionsakte

In letzter Zeit haben Überfälle und andere bewaffnete Provokationen der Streitkräfte Pakistans gegen Afghanistan jäh zugenommen. Das Außenministerium der DR Afghanistan protestierte Mitte März bei Pakistan gegen derartige Handlungen seiner Verbände, die gegenüber der afghanischen Ortschaft Baricot [Provinz Kunar] liegen. Diese Verbände, heißt es in dem Protest, beschließen ständig die Region aus schweren Waffen. So wurden am 6. März bei dem Artilleriebeschuß der Garnison und der Wohnviertel von Baricot eine Person getötet, elf Zivilisten verletzt und fünf

Häuser zerstört. Afghanistan verlangte, die Provokationen unverzüglich einzustellen.

Auf dem Territorium Pakistans, von wo aus der nicht erklärte Krieg gegen die DR Afghanistan geführt wird, gibt es über 120 Lager der afghanischen Konterrevolution. Neben mehr als 300 US-"Beratern" beteiligen sich pakistanische Ausbilder und Agenten des Sicherheitsdienstes aktiv daran, konterrevolutionäre Banditen zu drillen und in die DR Afghanistan einzuschleusen.

Bei der Begegnung in Moskau am 14. März zwischen Michail Gorbatschow und dem Präsidenten Pakistans, Mohammad Zia-ul-Haq, wurde sowjetischerseits eine prinzipielle Einschätzung der Politik Pakistans gegeben, von dessen Territorium aus Aggressionsakte gegen die DR Afghanistan verübt werden. Es wurde betont, dies müsse sich auf das Negativste auch auf den Stand der sowjetisch-pakistanischen Beziehungen auswirken.

Gefährliche Eskalation

Von der iranisch-irakischen Front wird eine weitere Eskalation der Kampfhandlungen gemeldet. Die Luftwaffen beider Seiten bombardieren weiterhin Städte des Gegners. Allein am 16. März flog der Irak 536 Kampfeinsätze mit Flugzeugen und 390 mit Hubschraubern. Die irakische Luftwaffe bombardierte die iranischen Städte Isfahan, Kermanshah, Tabriz, Dizful u. a., "einzelne Ziele" in Teheran und Kaswin. Die iranische Luftwaffe fliegt Bombenangriffe auf Sulaimaniya, Akra, Diana, Al-Amadiyah und andere irakische Städte.

Auch die Bodenkämpfe haben sich verschärft. Aus Bagdad wird eine Offensive irakischer Truppen "östlich des Tigris" und die Zerschlagung von acht iranischen Divisionen gemeldet. Die iranische Nachrichtenagentur IRNA meldete, die irakischen Truppen hätten bei einer fünftägigen Offensive 120 Panzer verloren und 2000 Mann seien gefallen oder verwundet.

Der Irak erklärte den Luftraum des Iran ab 19. März zur "Sperrzone" und warnte, er lehne "von diesem Augenblick an jede Verantwortung für die Sicherheit des internationalen Luftverkehrs über dem Iran" ab. Der UNO-Sicherheitsrat bekundete ernste Besorgnis über die gefährliche Eskalation im irakisch-iranischen Konflikt.

STRATEGIE DER ENTWICKLUNG, DES WOHLSTANDES UND DES FRIEDENS

Wadim SAGLADIN

Die KPdSU, das Sowjetland haben einen schweren Verlust erlitten. Konstantin Tschernenko, der sein ganzes Leben der Partei, ihrer Sache gedient hat, ist von uns gegangen. Eine Persönlichkeit, die einen großen Beitrag zur Ausarbeitung und Verwirklichung der Strategie der KPdSU auf der derzeitigen Entwicklungs- etappe des Landes geleistet hat. Ein hervorragender Funktionär der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Die Sowjetunion, das Sowjetvolk werden das Andenken an Konstantin Tschernenko als an einen der treuesten, würdigsten ihrer Söhne bewahren.

In diesen schweren Tagen hat unsere Leninsche Partei erneut Stärke, unverbrüchliche Treue zu ihren Prinzipien, den Idealen des Kommunismus, untrennbare Verbindung mit dem Volk gezeigt. Und das Volk seinerseits hat ein weiteres Mal überzeugend seine Unterstützung für den Kurs der Partei, die Bereitschaft bekräftigt, alles für dessen Verwirklichung zu tun.

Die Partei setzt nach diesem schweren Verlust ihren ruhmreichen Weg fort. Eine weitere wichtige Etappe auf diesem Weg war das außerordentliche März-Plenum des ZK der KPdSU, das einstimmig zum Generalsekretär des ZK der Partei Michail Gorbatschow wählte — eine namhafte Persönlichkeit von Partei und Staat, die dem ganzen Land durch seine Treue zum großen Werk Lenins, durch Energie, Realismus und Festigkeit bei der Verwirklichung der Aufgaben der Partei, durch Schlichtheit und Aufgeschlossenheit zu den Interessen und Bedürfnissen der Menschen bekannt ist.

Die Partei, das ganze Volk billigten leidenschaftlich die Beschlüsse des Plenums. Das aber bedeutet, daß das Sowjetland die feste Entschlossenheit bekundet hat, auch in Zukunft noch zielstrebig und energischer den vom Volk gewählten Weg zu gehen.

Michail Gorbatschow betonte in seiner Rede auf dem Plenum:

„Die auf dem XXVI. Parteitag und auf den darauffolgenden Plenen des ZK der KPdSU unter aktiver Mitwirkung von Juri Wladimirowitsch Andropow und Konstantin Ustinowitsch Tschernenko ausgearbeitete strategische Linie war und bleibt unverändert. Das ist eine Linie der beschleunigten sozialökonomischen Entwicklung des Landes, der Vervollkommnung aller Aspekte im Leben der Gesellschaft. Es geht um die Umgestaltung der materiell-technischen Basis der Produktion. Es geht um die Vervollkommnung des Systems der gesellschaftlichen Beziehungen, vor allem der wirtschaftlichen. Es geht auch um die Entwicklung des Menschen selbst, um eine qualitative Verbesserung der materiellen Bedingungen seines Lebens und seiner Arbeit, seiner geistigen Ausprägung.“

Was ist das Wichtigste in dieser unserer strategischen Linie? Ihre klare Ausrichtung auf unsere großen Ideale. Ihre Klarheit und Einfachheit. Ihre volle Übereinstimmung mit den Interessen der sowjetischen Menschen, jedes Sowjetbürgers.

Und wie sieht diese strategische Linie der KPdSU aus?

Die Hauptaufgaben

Selbstverständlich stand und steht unter den Anliegen der Partei und des ganzen Volkes die Wirtschaft an erster Stelle. Die Ökonomie, wie W. I. Lenin seinerzeit sagte, ist für uns die interessanteste Politik. Und das ist nur natürlich: Schafft ja gerade die erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft die zuverlässigste Grundlage für die Verwirklichung aller anderen innen- und außenpolitischen Ziele der Partei.

Im wirtschaftlichen Bereich ist die Umstellung der Volkswirtschaft auf das Gleis der intensiven Entwicklung das jetzige Hauptziel. Haupttrichtung ist hier die technische Umrüstung der Volkswirtschaft. „Wir müssen in kurzer Frist die vordersten Positionen in Wissenschaft und Technik und den Welt höchststand bei der Produktivität der

gesellschaftlichen Arbeit erreichen. Ja, wir sind dazu verpflichtet.“, erklärte Michail Gorbatschow.

Unabdingbares Element der Lösung dieser Aufgaben ist die beharrliche Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus und des ganzen Leitungssystems.

Allgemein bekannt ist, daß westliche „Gönner“ nicht selten versuchen, uns diverse Empfehlungen dazu zu geben, wie, welchen Weg unser Land gehen müsse, um neue wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Diese Rezepte laufen in der Regel darauf hinaus die Sowjetunion solle auf die bei uns bewährten Prinzipien der wirtschaftlichen Entwicklung verzichten und den Mechanismus der „Marktwirtschaft“ übernehmen. Doch was würde das bedeuten? Das hieße, die sozialistische ökonomische Grundlage unserer Gesellschaft, die durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bestimmt wird, aufzugeben. Derartige „Empfehlungen“ entsprechen ganz den Wünschen westlicher Politiker und Ideologen, den Sozialismus zu liquidieren, ihn vom Erdboden auszulöschen.

Doch das werden natürlich unser Volk, unsere Partei nie zulassen. Und nicht wegen blinder Treue zu irgendwelchen abstrakten Ideen, sondern deshalb, weil die sozialistischen Entwicklungsprinzipien seit Bestehen des Sowjetstaates voll und ganz ihre Lebenskraft bewiesen haben. Eben sie, diese Prinzipien, erlaubten uns seinerzeit, in kürzester Frist ein rückständiges Land in eine fortgeschrittene Industriemacht zu verwandeln. Eben diese Prinzipien ließen uns den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg erringen. Eben diese Prinzipien ermöglichten uns, in wenigen Jahren die kriegszerstörte Wirtschaft (bekanntlich hatte man im Westen prophezeit, wir bräuchten dafür Jahrzehnte) wiederaufzubauen. Eben diese Prinzipien erlaubten uns die Gipfel der modernen Wissenschaften und Technik zu stürmen und jetzt Kurs auf die beschleunigte sozialökonomische Entwicklung des Landes zu nehmen.

Das März-Plenum des ZK der KPdSU hat erneut mit aller Klarheit bekräftigt, daß

sich die Sowjetunion auch in Zukunft eben nach den Grundprinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung entwickeln wird. Was bedeutet das?

Das bedeutet, daß auch in Zukunft vor allem das gesellschaftliche Eigentum als ökonomisches Hauptverhältnis, das das Wesen des Sozialismus ausmacht, gefestigt werden wird.

Das bedeutet, daß unsere planmäßige ökonomische Entwicklung, die die Vervollkommnung der Methoden der zentralen Leitung der Wirtschaft mit einer bedeutenden Ausweitung der Rechte, der Hebung der Selbständigkeit und der Verantwortlichkeit der Betriebe, der Verstärkung ihres Interesses an den Endresultaten der Arbeit verbindet, unaufhaltsam verwirklicht werden wird.

Dies bedeutet schließlich, daß die Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung auch in Zukunft letztlich den Interessen der sowjetischen Menschen untergeordnet werden. Darin widerspiegelt sich sowohl das Wesen des Sozialismus als Gesellschaftsordnung, die für die Interessen des Menschen errichtet wurde, als auch die Hauptaufgabe der sozialistischen Gesellschaft.

Auf dem Plenum wurde unterstrichen, daß die prinzipielle These der Partei — "Alles für den Menschen, alles zum Wohle des Menschen" — einen immer tieferen und konkreteren Inhalt bekommen muß. Verständlicherweise wird sich die Verwirklichung dieser Aufgabe auch in Zukunft auf sozialistischen Prinzipien gründen. Zudem geht es dabei darum, diese Prinzipien nicht nur zu beachten, sondern auch zu vertiefen, ihre Anwendung zu vervollkommen.

Das Wichtigste ist dabei, daß die Hebung des Wohlstands der Menschen, die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen auf der Arbeit, auf dem wachsenden Beitrag eines jeden zum gemeinsamen Werk basiert. Die noch bisweilen geduldeten Abweichungen vom Prinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" widersprechen dem Wesen des Sozialismus. Darunter leidet die soziale Gerechtigkeit. Und die soziale Gerechtigkeit ist, wie ein weiteres Mal auf dem Plenum unterstrichen wurde, der wichtigste Faktor der Einheit und Stabilität der sozialistischen Gesellschaft. Das ist das Gesetz ihres Lebens.

Die Demokratie des Sozialismus

Die sozialistische Demokratie ist ein machtvoll Instrument zur Beschleunigung

der allseitigen Entwicklung der Gesellschaft. Verständlicherweise hat das März-Plenum des ZK der KPdSU die Vervollkommnung und Entwicklung der Demokratie, des gesamten Systems der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes als eine der wichtigsten, entscheidendsten Aufgaben herausgestellt.

In diesem Bereich, in dem der Politik, werden uns ebenfalls "Ratschläge" gegeben. Bisweilen zeigen sich selbst die ärgsten Feinde des Sozialismus daran "interessiert", seine Tätigkeit zu verbessern. Und was wird uns da geraten? Wir sollten die einen oder anderen Normen bzw. Standards der bürgerlichen Gesellschaft, der westlichen Demokratie übernehmen. So heißt es, wir sollten uns dem Pluralismus zuwenden, d. h. bei uns im Grunde eine Opposition zur sozialistischen Ordnung schaffen. Ein solcher Weg ist für uns ausgeschlossen. Unsere Gesellschaft — eine Gesellschaft erstarrender sozialer Einheit, frei von jeglichen Überresten der Ausbeuterordnung — benötigt nicht die Normen der bürgerlichen Demokratie, sondern eine Vervollkommnung der Normen und Formen der sozialistischen Demokratie. Einer Demokratie, die immer breitere Möglichkeiten für die Teilnahme eines jeden an der Leitung der Gesellschaft und des Staates schafft. Einer Demokratie, die sorgfältig die Interessen aller Bürger, aller Klassen und sozialen Gruppen, aller Völker und Völkerschaften des Landes berücksichtigt. Einer Demokratie, die der Sache des Kampfes für den Kommunismus dient.

Wir sind zurecht stolz auf das, was bei der Entwicklung unseres politischen Systems bereits getan wurde. Doch wir meinen nicht, daß alles Verwirklichte ideal sei. Wie auf dem Plenum betont wurde, muß vieles noch vervollkommen werden. Dennoch steht beharrliche Arbeit sowohl in den bereits festgelegten als auch in neuen Richtungen bevor.

Die Verwirklichung der Aufgaben im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich hängt sehr stark von der weiteren Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins ab. Der Sozialismus ist eine Gesellschaft, die bewußt aufgebaut wird, die die Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und deren Aneignung verlangt. Und das gilt nicht nur für die Vorhut des Volkes, sondern für das ganze Volk.

Zudem ist gesellschaftliches Bewußtsein für uns nichts Abstraktes. Es ist konkrete Wirklichkeit. Das Bewußtsein der Menschen, die Ergebnisse der ideolo-

gischen Erziehung ändern sich vor allem darin, wie die Arbeiter, die Kolchosbauern und die Angehörigen der Intelligenz an der Lösung großer und kleiner Probleme mitwirken, wie sie arbeiten und wie sie gegen die Mängel kämpfen.

Gefordert ist also vor allem eine wahrhaft bewußte Einstellung zur eigenen Arbeit, zu den Interessen der Gesellschaft und jedes einzelnen. Das März-Plenum des ZK der KPdSU hat deutlich bekräftigt, daß diesem Tätigkeitsbereich auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit gelten wird. "Dabei werden", unterstrich Michail Gorbatschow, "auch künftig entschlossene Maßnahmen ergriffen, um weiter Ordnung zu schaffen, unser Leben von fremden Erscheinungen und jeglichen Übergriffen auf die Interessen der Gesellschaft und ihrer Bürger zu befreien und die sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen."

Strategischer Kurs der Partei in der Innenpolitik ist es also, einen Fortschritt in allen Richtungen zu erreichen. Und das nicht irgendwann, sondern jetzt, in nächster Zeit. Verständlicherweise verlangt das beharrliche Arbeit, intensive Anstrengungen der Partei und aller sowjetischen Menschen. Sind es ja Anstrengungen, die eine schnelle und spürbare Wirkung zeitigen, die zur Verbesserung des Lebens jeder Familie, jedes Sowjetbürgers beitragen.

Von der Effektivität dieser Anstrengungen hängen natürlich nicht nur unser eigenes Leben im Lande, sondern auch die Erfolge unserer Außenpolitik ab. Vor allem die Erfolge bei der Verteidigung des Friedens, bei der Gewährleistung der erforderlichen äußeren Voraussetzungen für die Erfüllung unserer Aufbaupläne.

"Auf dem Gebiet der Außenpolitik", erklärte Michail Gorbatschow auf dem Plenum, "ist unser Kurs klar und konsequent. Das ist der Kurs des Friedens und des Fortschritts."

Klarheit und Kontinuität

Haupttrichtung der internationalen Tätigkeit der KPdSU ist die Entwicklung der Beziehungen zur Welt des Sozialismus. Die Länder des Sozialismus sind unsere nächsten Kampfgefährten beim großen gemeinsamen Werk der grundlegenden sozialen Erneuerung der Gesellschaft, beim Aufbau von Sozialismus und Kommunismus. Zugleich ist der Sozialismus die Hauptkraft von Frieden und Fortschritt. Daher auch die ständige Aufmerksamkeit der Partei für die Fragen der Festigung

der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, der engen Zusammenarbeit mit den brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien dieser Länder.

Natürlich ist die wichtigste dieser von der Partei gestellten Aufgaben die Festigung der brüderlichen Freundschaft mit den uns am nächsten stehenden Staaten, den Mitgliedern der großen sozialistischen Gemeinschaft. Das wurde erneut bei den Begegnungen Michail Gorbatschows mit den Führern der Bruderparteien und Bruderländer mit aller Bestimmtheit bekräftigt.

Die KPdSU wird alles tun, um das Zusammenwirken mit allen sozialistischen Staaten zu erweitern. Auf dem Plenum wurde insbesondere unterstrichen, daß die UdSSR eine ernsthafte Verbesserung der Beziehungen zur VR China wünscht, was unserer Meinung nach bei Gegenseitigkeit durchaus möglich wäre.

Wir streben letztlich danach, zur Hebung der Rolle und des Einflusses des Sozialismus in der Weltpolitik beizutragen. Das ist eine Aufgabe, deren Lösung nicht nur für uns, die Bürger der Welt des Sozialismus, sondern für die gesamte Menschheit von existentieller Bedeutung ist. Das ist ein zuverlässiger Weg, um Abenteuer und militaristische Elemente zu zähmen und den Weltfrieden zu festigen.

Im Kampf für dauerhaften Frieden, für bessere, gerechtere internationale Beziehungen sind die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unsere Freunde und Partner. Der Einsatz dieser Länder gegen den Imperialismus, für den Frieden wird weiter zunehmen. Die UdSSR, die deren Kampf für die Festigung der Unabhängigkeit, für soziale Erneuerung unterstützt, leistet so einen bedeutsamen Beitrag zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen, zur Hebung der Rolle der Friedenskräfte bei der Lösung der Grundfragen der Gegenwart.

Konsequent ist auch der Kurs des Kampfes des Sowjetstaates für normale Beziehungen der friedlichen Koexistenz und der beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit mit den Ländern des entgegengesetzten Gesellschaftssystems. In der Sowjetunion versteht man sehr wohl, wie tief und unversöhnlich die ideologischen Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus sind. Doch wir sind davon überzeugt, daß diese Gegensätze nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertragen werden dürfen. Hier, in diesen Beziehungen, müssen die allgemein anerkannten Normen der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der

Unabhängigkeit aller Länder, der Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten, der Zusammenarbeit im Interesse der Gewährleistung des Friedens und der Entwicklung der Kontakte, die für beide Seiten in allen Bereichen — in Wirtschaft, Politik, Kultur u. a. — nützlich sind, strikt beachtet werden.

"Guten Willen", führte Michail Gorbatschow aus, "wird die Sowjetunion immer mit gutem Willen beantworten und Vertrauen mit Vertrauen. Aber alle sollen wissen, daß wir die Interessen unserer Heimat und ihrer Verbündeten niemals preisgeben werden."

Die Sowjetunion ist bereit, an der Fortführung des Entspannungsprozesses teilzunehmen. Wichtige Voraussetzung eines Erfolges ist für uns dabei, daß das Wettrüsten auf der Erde eingestellt und im Weltraum nicht zugelassen wird. Wir sind davon überzeugt, daß diese Ziele bei der Beachtung vor allem jener Vereinbarungen erreichbar sind, die im Januar bei der Begegnung Andrej Gromyko — George Shultz erzielt wurden. Gerade von diesem Prinzip läßt sich die sowjetische Delegation bei den am 12. März aufgenommenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf leiten.

Das ersehnte Ziel nicht nur der sowjetischen Menschen, sondern aller Friedenskräfte ist die vollständige Vernichtung der Kernwaffen und ihr Verbot für alle Zeiten, die völlige Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges.

Die KPdSU als eine internationalistische Partei wird auch in Zukunft zu den brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien, zu den revolutionär-demokratischen Parteien die engsten Kontakte unterhalten, wird für die Einheit und das aktive Zusammenwirken aller revolutionären Kräfte eintreten.

Bisweilen wird im Westen ein Widerspruch zwischen dem internationalistischen außenpolitischen Kurs der KPdSU und den Prinzipien der friedlichen Koexistenz konstruiert. Doch einen solchen Widerspruch gibt es nicht und kann es auch nicht geben.

Ja, die sowjetischen Kommunisten, die sowjetischen Menschen glauben daran, daß sich letztlich die sozialistischen Prinzipien auf unserem Planeten durchsetzen werden. Doch es ist eine gemeine Unterstellung, wir wollten diese Prinzipien wem auch immer aufoktroyieren, wollten die Revolution "exportieren". Wir wissen sehr wohl, daß Revolutionen, um es mit Lenins Worten zu sagen, weder auf Bestellung noch nach Vereinbarung vollbracht werden. Revolutionen sind die

natürliche Folge der Entwicklung der sozialen Gegensätze, d. h. der inneren Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Und solange ein Volk eine Revolution nicht will, wird es sie nicht geben.

In der heutigen Welt — natürlich außerhalb der Grenzen des Sozialismus — gibt es noch viel soziale Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Hunger und Armut. Die Wolfsgesetze der Ausbeutergesellschaft, die zur Versklavung der einen Länder durch andere, zu Eroberungskriegen und Versuchen führen, die Welt in Einflußsphären aufzuteilen, herrschen noch auf einem Großteil der Erde. Der Wille der Völker, die Herrschaft dieser Gesetze zu brechen, soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit zu erringen, ist in den letzten Jahrzehnten insbesondere in den Revolutionen, die sich in dieser Zeit auf allen Kontinenten ereigneten, überzeugend zum Ausdruck gekommen. Diesen Willen unterdrücken zu wollen, bedeutet, gegen die Gesetze der Geschichte Sturm zu laufen. Das Leben aber hat schon seit langem gezeigt: Wer das Rad der Geschichte zurückdrehen will, erleidet eine vernichtende Niederlage.

Ja, wir hegen Sympathie für den Freiheitskampf der Unterdrückten. Und wir sind davon überzeugt, daß dies voll und ganz den Prinzipien der friedlichen Koexistenz entspricht, welche die Beachtung des unerschütterlichen Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung voraussetzen.

Wenn etwas im Gegensatz zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz steht, dann gerade die Versuche, dieses Recht der Völker zu unterdrücken, einen "Export der Konterrevolution" zu verwirklichen und den Völkern einen fremden Willen aufzuzwingen. Das Schicksal Grenadas, das in Washington bisweilen als wahres Muster der Sorge um die Demokratie hingestellt wird, ist in Wirklichkeit eine zynische Herausforderung der Rechte der Völker wie der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Normen des Völkerrechts.

Nüchternheit und Realismus in der Politik verlangen die Berücksichtigung der Interessen aller Völker, nicht aber großwahnsinnige Ansprüche auf Hegemonie, auf die Führung der Welt, darauf, den eigenen Willen Völkern, Ländern und ganzen Kontinenten aufzuzwingen. Was die Sowjetunion angeht, so zeigt sie eben politischen Realismus — bei strikter Beachtung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und des Völkerrechts.

In der internationalen Arena also ist unser Kurs, der erneut vom März-Plenum des ZK der KPdSU bekräftigt wurde, der Kurs des Friedens, der friedlichen Koexistenz und friedlichen Zusammenarbeit der Völker, der Kurs der Verteidigung der legitimen Rechte aller Völker und Länder. Man kann mit Gewißheit sagen: Dieser Kurs entspricht den Interessen nicht nur unseres Landes, sondern aller Länder, jedes Volkes, jedes Erdenbürgers. Die Friedenspolitik des Sowjetlandes beweist ein weiteres Mal, daß die Grundinteressen und -prinzipien des Sozialismus letztlich die ureigensten Interessen der gesamten Menschheit zum Ausdruck bringen. Darin liegt die Kraft unserer internationalen Position, der Quell des Ansehens unserer Leninschen Außenpolitik.

Triebkraft und Generator unserer schöpferischen friedliebenden Innen- und Außenpolitik ist die KPdSU. Die Partei, die es, enorme Schwierigkeiten und Prüfungen bewältigend, vermocht hat, das Land in die vordersten Positionen zu bringen. Die Partei, die das tiefe Vertrauen des Volkes errungen hat, und dieses Vertrauen gibt den Kommunisten die Kraft für den weiteren Kampf um die Verwirklichung unserer fortschrittlichen Ziele.

Auf jeder Etappe ihrer Entwicklung hat die Partei ihre Arbeit vervollkommenet, wobei sie eine immer größere Effektivität anstrebte. So geschieht es auch jetzt. Die KPdSU, die sich auf die Lösung neuer Aufgaben vorbereitet, verstärkt die Anforderungen an die Kommunisten, an die Parteikader — an die Partei- und Staatsfunktionäre. Lösung der Partei ist die hohe Verantwortung aller Kommunisten für die ihnen übertragene Aufgabe, die beispielhafte Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht, gewissenhafte Arbeit zum Wohle der Gesellschaft und die allseitige Bestätigung des Leninschen Arbeitsstils.

Zum wichtigsten Meilenstein im Leben der Partei und des ganzen Landes wird der näherrückende XXVII. Parteitag der KPdSU. Der Parteitag wird die Strategie der Partei — eine Strategie der Entwicklung, des Wohlstandes und des Friedens — vertiefen und konkretisieren. Er wird die Hauptrichtungen für die weitere Arbeit zur Beschleunigung der Entwicklung und Vervollkommenung der sozialistischen Gesellschaft aufzeigen.

Die Strategie der Partei ist die Strategie der Vernunft und des Humanismus, ist die Strategie im Interesse der sowjetischen Menschen, der gesamten Menschheit.

Die im Befreiungskampf entstandene
Laotische Revolutionäre Volkspartei
leitet erfolgreich den Aufbau
der Grundlagen des Sozialismus

HELLER WEG

Juri JURZEW

Das Ende der Ära der Kolonialherrschaft in Indochina, die Anerkennung unabhängiger Staaten — Vietnam, Laos und Kampuchea — im Jahre 1954 verlangten von den Kommunisten, die der Kommunistischen Partei Indochinas angehörten, eine konkretere Leitung der Befreiungsbewegungen in ihren Ländern.

Im März 1955 verkündeten die laotischen Mitglieder der KP Indochinas die Gründung der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LRVP), anfangs Laotische Volkspartei genannt. Dieses historische Ereignis vollzog sich in Houa Phan, in einer der Provinzen, die zu jener Zeit von Einheiten der patriotischen Kräfte befreit worden waren.

Von Anfang an mußte die LRVP eine schwierige und spezifische Aufgabe lösen: die kommunistische Ideologie in einem Land zu verbreiten, in dem die Mehrheit der Bevölkerung, um es mit Lenins Worten zu sagen, "nicht Arbeiter" waren, "die die Schule der kapitalistischen Fabriken und Werke durchgemacht haben; sondern typische Vertreter der werktätigen, ausgebeuteten Masse der Bauern, die unter mittelalterlicher Unterdrückung leiden". Machten ja die werktätigen Bauern, die unter der kolonialen, feudalen und selbst vorfeudalen Ausbeutung litten, über 80 Prozent der Bevölkerung aus. Nicht unproblematisch war auch die ethnische Buntheit (ca. 70 Stämme und Völkernschaften). Kennzeichnend für den revolutionären Prozeß in Laos war auch, daß er sich viele Jahre lang in Form des bewaffneten Kampfes vollzog.

Um nicht vom richtigen Weg abzukommen, mußten die laotischen Revolutionäre von Anfang an die führende Rolle der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft sicherstellen und sich vom Marxismus-Leninismus als der einzig richtigen Ideologie leiten lassen. "Die Laotische Revolutionäre Volkspartei", hieß es im Politischen Re-

chenschaftsbericht des ZK der LRVP an den III. Parteitag, "entstand und erstarkte in einem rückständigen Agrarland mit schwachentwickelter Wirtschaft und Kultur, wo die Herausbildung der Arbeiterklasse erst vor kurzem begann, die weitaus meisten Parteimitglieder aber aus der werktätigen Bauernschaft kamen. Nichtsdestoweniger ist unsere Partei eine fürwahr marxistisch-leninistische Partei, eine Partei der Arbeiterklasse, eine Partei neuen Typus."

In die Partei wurden vor allem Patrioten aufgenommen, die sich dem nationalen Befreiungskampf angeschlossen hatten. Sie hatten mit der Waffe in der Hand die Entscheidungsschlacht gegen den Feind aufgenommen. Der nationale Befreiungskampf wurde für sie zur wahren Bewährungsprobe. Er ermöglichte es, die besten Vertreter des laotischen Volkes in die Partei aufzunehmen. Und obgleich die meisten Parteimitglieder der werktätigen Bauernschaft entstammten, entwickelten sie ein Klassenbewußtsein, wie es dem Proletariat eigen ist.

Besondere Bedeutung für den revolutionären Prozeß in Laos hatte die Freundschaft des laotischen und des vietnamesischen Volkes. Im Rechenschaftsbericht des ZK der LRVP an den II. Parteitag wurde betont: "Die Praxis hat gezeigt, daß alle Siege unserer Revolution Ergebnis der engen Verbindung der eigenen Anstrengungen unserer Partei und unseres Volkes mit der Hilfe der sozialistischen Länder und aller revolutionären, demokratischen und friedliebenden Kräfte der Erde sind; Hauptvoraussetzung dieser Siege war die Kampfgemeinschaft zwischen unserer Partei und der Partei der Werktätigen Vietnams, zwischen unserer Revolution und der Revolution in Vietnam, zwischen unserem und dem vietnamesischen Volk."

Die Führung der LRVP betont ständig, daß die Revolution in Laos untrennbarer Bestandteil der Revolution in Indochina, ja der gesamten revolutionären Weltbewegung ist.



Beim Bau einer Brücke an der Straße Nr. 13, der Hauptmagistrale des Landes

Foto: TASS

Zugleich ist die laotische Revolution vor allem Ergebnis innerer Prozesse. Die Partei, die die Nöte und Hoffnungen der Arbeiter, der Werktätigen, des gesamten Volkes umfassend zum Ausdruck bringt, wurzelt tief auf nationalem Boden. Der Generalsekretär des ZK der LRVP und Vorsitzende des Ministerrates der VDR Laos, Kaysone Phomvihane, konstatierte zur Dialektik dieser Entwicklung: "Die Partei, die entschieden einen Kurs auf die Festigung der internationalen Solidarität verfolgt, ging immer davon aus, daß unser Land vor allem auf eigene Anstrengungen bei seiner Umgestaltung und Entwicklung setzen und die eigenen inneren Möglichkeiten weitgehend nutzen muß."

Das feste Bündnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft ist die Grundlage der laotischen Revolution. "Alle Siege der Revolution, das Wachstum und die Stärkung der revolutionären Kräfte", hieß es auf dem II. Parteitag der LRVP im Bericht über das Politische Programm der Partei, "sind dadurch bedingt, daß unsere Partei das Bündnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft geschaffen und gefestigt, die Bauern zum Kampf für ein neues Leben, gegen die imperialistischen Aggressoren und ihre Helfershelfer, die Verräter der Heimat, mobilisiert hat." Das Beispiel Laos zeigt die historische Richtigkeit des Leninischen Gedankens, daß "eine 'Volks' revolution, die tatsächlich die Mehrheit des Volkes in die Bewegung einbezieht, nur dann

eine solche sein konnte, wenn sie sowohl das Proletariat als auch die Bauernschaft erfaßte... Ohne dieses Bündnis aber ist die Demokratie nicht von Dauer und die sozialistische Umgestaltung unmöglich."

Diese Umgestaltungen aber sollten in nicht allzu ferner Zukunft erfolgen. Am 2. Dezember 1975 schaffte der Nationale Kongreß der Volksvertreter die Monarchie ab und rief die Volksdemokratische Republik Laos aus, konstituierte die Oberste Volksversammlung und die Regierung. Das laotische Volk begann die Zeit des praktischen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft.

Unter den neuen historischen Bedingungen veränderte sich die Stellung der LRVP im Leben des Landes, nahm die Bedeutung ihrer führenden und leitenden Rolle zu. Von nun an war sie die einzige in Laos regierende Partei. Hauptaufgabe der LRVP wurden die Leitung beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und der Schutz der Errungenschaften der laotischen Revolution vor ihren Feinden. Unter Führung der Partei der Kommunisten erfolgten in der VDR Laos grundlegende sozialökonomische Umgestaltungen: Der staatliche Sektor in der Industrie entstand, der Privatsektor wurde unter Staatskontrolle gestellt, die Privatbanken wurden nationalisiert, landwirtschaftliche Genossenschaften und Staatsgüter werden gebildet. Eine neue — der Form nach nationale, dem Inhalt nach sozialistische — Kultur bildet sich heraus. Die Wirtschaftsentwicklung erfolgt auf der Grundlage staatlicher Planung.

Eine wichtige Etappe in der Geschichte der LRVP und des gesamten laotischen Volkes war der III. Parteitag im April 1982. In seinen Dokumenten wurden die Errungenschaften und Unzulänglichkeiten im Prozeß der revolutionären Umgestaltungen im Lande aufgedeckt, wurde die Einheit der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und der laotischen Besonderheiten in dialektischem Zusammenhang aufgezeigt. Der Parteitag, der die Tätigkeit der LRVP analysierte, nahm ein Programm für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus an, bestimmte die Aufgaben zur Vervollkommen der gesellschaftlichen und politischen Institutionen der Republik für die Übergangszeit.

Der Parteitag zeigte, daß die LRVP die Einheit ihrer Reihen und die Verbindungen zu den Massen immer mehr festigt, daß das laotische Volk an die Partei, an die Richtigkeit ihres Kurses glaubt und ihr als Vertreterin der eigenen Interessen und Hoffnungen folgt.

Nach dem III. Parteitag übernahm

die LRVP die Führung des Kampfes der Werktätigen, des ganzen laotischen Volkes für die Erfüllung seiner Beschlüsse. Die Leitung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durch die Partei erreichte eine neue Qualität. Noch enger wurde die Verbindung zwischen der Arbeit zu der Festigung der Partei und der Konsolidierung der volksdemokratischen Ordnung, dem System der Leitung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der Republik.

Unter Führung der LRVP kämpft die VDR Laos gegen die Kriegsgefahr, setzt sich für eine internationale Entspannung ein. Sie verfolgt konsequent einen Kurs auf die Festigung der brüderlichen Freundschaft mit den Völkern Vietnams und Kampuchas, darauf, Südostasien in eine Region des Friedens, der Stabilität und der guten Nachbarschaft zu verwandeln.

Die LRVP leistet einen würdigen Beitrag zur Festigung der kommunistischen Weltbewegung, zur Einheit der sozialistischen Gemeinschaft und zur Entwicklung der Zusammenarbeit der Bruderparteien und -länder. LRVP-Vertreter beteiligen sich regelmäßig an Beratungen und anderen internationalen Foren der sozialistischen Bruderländer.

Brüderlich sind auch stets die Beziehungen zwischen KPdSU und LRVP. Die sowjetischen Kommunisten, das ganze Sowjetvolk standen immer auf Seiten der patriotischen Kräfte von Laos unter Führung der LRVP. Besonders entwickelten sich die Beziehungen KPdSU—LRVP nach Ausrufung der Republik in Laos und der Übernahme der gesamten Macht im Lande durch die LRVP.

Wahre Meilensteine bei der Entwicklung des Gesamtkomplexes der sowjetisch-laotischen Beziehungen waren die Treffen auf höchster Ebene zwischen der KPdSU und der LRVP.

Lenin lehrte, daß die Partei siegen kann, wenn sie willensstarke Kämpfer in sich aufnimmt, wenn sie die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, die Gesetze des Klassenkampfes, die Gesetze des Aufbaus des Sozialismus vollkommen kennt, wenn sie, alle Schwierigkeiten erfolgreich überwindend, flexibel, doch konsequent, fest und unbeirrbar dem Hauptziel — dem Aufbau des Sozialismus und Kommunismus — entgegengeht.

Die Tätigkeit der LRVP sowohl in den Jahren des Kampfes für die Freiheit und Unabhängigkeit der Heimat, gegen die ausländischen Eindringlinge und die einheimischen Reaktionen wie in der Zeit des Aufbaus der materiell-technischen Basis des Sozialismus zeigt, daß sich die Partei konsequent von diesem Vermächtnis Lenins leiten läßt.

BRUTALITÄT UND KALKÜL

Dmitri WOLSKI

Verbrannte Erde — nur so läßt sich die Taktik der israelischen Truppen bezeichnen, die aus Angst vor Verlusten Südlibanon verlassen müssen. Symbol ihrer Schreckensherrschaft wurde die Ortschaft Zraria. Dort wurden an einem Märztag 50 Bauern ermordet, 150 verwundet und Dutzende von Häusern zerstört. Wie viele Menschen aber starben und sterben noch in diesem einst blühenden Land! Im Land der Dattelpalmen und Olivenbäume, wo seit Menschengedenken jeder Fußbreit Boden bearbeitet wurde.

Ob sie wie der Phönix aus der Asche wiederauferstehen werden? In Tel Aviv hofft man offenbar, dies werde nicht geschehen. "Wir müssen diesen Menschen helfen, ins Paradies zu gelangen", sagte ein Knesset-Abgeordneter des ultrarechten Likud-Blocks vor aller

Soldaten, die es gewohnt sind, auf ihrem Schützenpanzerwagen wie auf einem weißen Pferd in die eroberten Ortschaften einzuziehen, jetzt aber von dort fliehen müssen, wobei sie schreckerfüllt jedes Auto, jeden Traktor betrachten, ob diese nicht mit Dynamit gefüllt sind. "Eine Armee, die einst als eine der besten der Welt galt", schrieb der britische "Guardian", "wurde zu einer demoralisierten und undisziplinierten Kraft." Doch sind ihre Brutalitäten, wie die Zeitung meint, nur "Akte der Verzweiflung".

Nein, hier wird ein gefährliches Kalkül immer klarer. Es wurde Mitte März besonders deutlich, als alarmierende Nachrichten nicht nur aus dem besetzten Süden, sondern auch aus anderen Gebieten Libanons eintrafen. Gegen die libanesische Regierung der nationalen Einheit und den Präsidenten des Landes meuterte ein Großteil der christlichen Rechtsmilizen unter dem 32-jährigen Samir Djaadaa, dem Abkömmling eines großen Feudalclans, der reiche Ländereien in Nordlibanon besitzt. Die reale Gefahr eines breiten Wiederauflebens des Bürgerkrieges entstand, doch nicht von allein. Die hiesige Presse meldete, in den Hafen Juniya nördlich von Beirut seien nachts zusätzliche Einheiten zur Unterstützung der Meuterer transportiert worden. Woher? Aus der von Israel besetzten Zone des Südlibanon. Und womit? Natürlich mit israelischen Schiffen.

Doch das wohl gefährlichste in dieser sich täglich ändernden Situation ist, daß vor der libanesischen Küste erneut die US-Kriegsflotte — der Flugzeugträger "Eisenhower" und Landeschiffe mit 1800 Marines — aufgetaucht ist. Die Marineinfanteristen werden in aller Eile näher an den Libanon herangezogen, und US-Diplomaten werden ebenso überstürzt von dort evakuiert. Von den 190 Diplomaten wurden nur wenig mehr als ein Dutzend zurückgelassen. Und selbst jene wurden überwiegend aus Beirut in die Gebirgsresidenz des US-Botschafters verlegt.

Warum? In Washington heißt es, man befürchtet Terroranschläge. Doch provoziert nicht die US-Regierung selbst die Araber immer wieder, indem sie demonstrativ Schützenhilfe für den israelischen

Terror leistet? Ist es ja kaum ein Zufall, daß in eben jenen Tagen, da Tel Aviv brutalste Repressalien über die Libanesen niedergehen ließ, Washington im Sicherheitsrat ein Veto gegen eine Resolution einlegte, die eben diese Willkürakte verurteilte. Wenige Tage zuvor aber hatte es mit Israel ein beispielloses Abkommen unterzeichnet, das die USA mit keinem anderen Land haben — über die Schaffung einer "Freihandelszone". So wird Israel ökonomisch in eine Art Nahost-Bundesstaat der USA verwandelt — mit allen sich hieraus ergebenden politischen und auch militärischen Folgen. Hatte man ja, wie sich jetzt herausstellt, den Abschluß eines solchen Abkommens bereits im November 1982 vereinbart — gleichzeitig mit der Unterzeichnung eines anderen, nicht weniger bindenden Dokuments: über die strategische Allianz Israel—USA.

Ob man nicht jetzt den Mechanismus der strategischen Zusammenarbeit betätigen wollte? Alles spricht dafür, daß Tel Aviv ernsthaft mit diesem Gedanken spielt. Aus eigener Kraft vermag es sich offenbar nicht aus dem Teufelskreis zu lösen, in den es die aggressive zionistische Politik geführt hat.

Das gestehen übereinstimmend auch jene ein, denen man kaum Voreingenommenheit gegenüber Israel vorwerfen kann — vom Pariser "Le Monde", der betont, daß die Repressalien der Besatzer gegen die Bevölkerung Südlibanons nur zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes der Patrioten führen, bis hin zur Londoner "Financial Times", die zu für Tel Aviv noch weniger tröstlichen Schlüssen kam.

Doch Tel Aviv will weder für seine Fehler noch für seine Verbrechen zahlen. Es möchte seinen Seniorpartner zwingen, auch diese Wechsel einzulösen. Angesichts dieser Absicht sind die Gewalttaten in Zraria und anderswo wohl weniger "Verzweiflungstaten" als vielmehr Provokationen, um die Spannungen in Libanon und im ganzen Nahen Osten zu verschärfen. Anders ist der von israelischen Agenten vorbereitete Putsch bei den christlichen Rechtsmilizen kaum zu verstehen. All das sind Glieder einer Kette, die offenbar zu einer direkten militärischen Einmischung der USA im Nahen Osten führen sollen. Das ist der gefährliche Trumpf, den die israelischen Expansionisten in ihrer Verzweiflung auszuspielen hoffen. Einen anderen haben sie nicht.

Doch ist sich Washington bewußt, in welch tiefen Sumpf seine weitere Verstrickung in Nahost-Abenteuer zu führen droht?



Opfer des Sprengstoffanschlages auf die Moschee im südlbanesischen Dorf Maaraka

Telefoto: AP—TASS

Ohren über die Schiiten, die Mehrheit der Bevölkerung Südlibanons. Offizielle Vertreter der israelischen Koalitionsregierung, die vom Likud zusammen mit den Führern der Arbeiterpartei gebildet wird, äußern sich zurückhaltender. Sie behaupten, sie wollten nicht "über Unschuldige herfallen", sondern beabsichtigten nur, die Partisanenbewegung gegen die Besatzer, an der sich vor allem Schiiten beteiligten, zu liquidieren. Bekannte Worte. Auch die Methoden sind bekannt. Ebenso wie die Triumphatorstimmung der

Mehr Zündstoff im politischen Leben

FÜR PROBLEME KEIN URLAUB

Die Hälfte der Bewohner Dänemarks leidet an einer Allergie. Vielen haben die Ärzte dadurch eine Erleichterung verschafft, daß sie den Erreger fanden und die Patienten davor warnten. Viel mehr Dänen aber sind für eine viel schmerzhaftere Erscheinung anfällig, der die Ärzte machtlos gegenüberstehen: für die Übersättigung Westeuropas mit Nuklearwaffen.

Jahrelang faßten viele das Gerede der NATO- und der USA-Führung, daß diese Waffen eine unentbehrliche Stütze der "westlichen Demokratie" seien, als Axiom auf. Jetzt sinkt das Ansehen der "großen Bombe" ganz rapide, was selbst einflußreiche Politiker zugeben.

Die Opposition schlägt vor

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokraten von Mitte September 1984 beschloß ein neues Arbeitsprogramm. Darauf ist das energische Bemühen vorgesehen, die Atomwaffenfreiheit Dänemarks in Friedens-, Krisen- und Kriegszeiten aufrechtzuerhalten. Das berichtete Lasse Budtz, der sozialdemokratische Parlamentssprecher für Sicherheitspolitik. Und weiter: "Das ist eine Fortentwicklung unserer kritischen Einstellung zur 'Flexibilitätsstrategie' der NATO. Der zufolge darf der Gegner nicht wissen, was die NATO in einer Konfliktsituation unternehmen wird. Dadurch entsteht auch für uns eine Unklarheit, denn man weiß ja nicht, ob das nukleare Potential von Dänemark aus oder gegen Dänemark zum Einsatz kommen wird. Diese Zweideutigkeit muß durch die klare Feststellung behoben werden, daß Dänemark keine Nuklearwaffen auf seinem Boden haben will."

Die neue Ausrichtung der Sozialdemokraten hat Rückhalt gefunden. Im Folketing hat sich aus Abgeordneten der Sozialdemokraten, der Volkssozialisten, der linken Sozialisten und der Radikalen eine "Antiraketenmajorität" gebildet.

Dank ihr sind einige Entschließungen gefaßt worden, darunter über die Ablehnung Dänemarks, dem "Euroraketen"-Programm der NATO zuzustimmen, die Konsolidierung des kernwaffenfreien Status Dänemarks, einen Appell an die USA und die UdSSR, ihre Kernwaffen einzufrieren, und andere wichtige Maßnahmen zur atomaren Abrüstung. Die Parlamente Grönlands und der Färöer, die Stadträte mehrerer Städte und die Leitungen mehrerer Gebiete haben beschlossen, ihre Territorien für atomwaffenfrei zu erklären.

Gert Petersen, Vorsitzender der Sozialistischen Volkspartei, hat erklärt: "Das Volk hat sich klar und deutlich für eine völlige Säuberung des Landes von Atomwaffen ausgesprochen. Seine Stimme ist ganz gewiß auch hinter den dicken Mauern von Christiansborg" (Amtssitz der Regierung und des Folketing) "zu hören. Man muß die jetzige Situation benutzen, um unsere Atomwaffenfreiheit gesetzlich zu erhärten, ohne erst die Erklärung Nordeuropas zur kernwaffenfreien Zone abzuwarten."

Aber die Koalition manövriert

Das bürgerliche Kabinett Paul Schlüters, das für einen beliebigen Zusammenstoß mit der Antiraketenmajorität im Parlament nicht fest genug auf seinen Füßen steht, muß eine Entschließung nach der anderen schlucken.

Die aus Vertretern der Konservativen, der Venstre-, der Christlichen Volkspartei und den Zentrums- Demokraten bestehende Koalitionsregierung unterminiert mit Methode die einheitliche Aktionsbasis ihrer Gegner.

Die Regierung wird von Konservativen des Auslands reichlich unterstützt. Hohe Repräsentanten der USA, Großbritanniens, der BRD und der NATO fielen über die eigenmächtige Einstellung des Folketing

her und behaupteten, er verletze damit die "atlantische Solidarität". Eine massive Propagandahetze gegen alle "Andersdenkenden", vor allem gegen die Sozialdemokraten, wurde aufgezo-gen. Selbst persönliche Drohungen gegen sie wurden laut.

Die Führung der Sozialdemokraten wurde wankend und gab allmählich die erst vor einigen Monaten klar umrissene Politik auf.

Der ehemalige Außenminister Kjeld Olesen (Sozialdemokrat) konstatierte: "Das Folketing wird dieses Jahr kaum so oft über militärpolitische Fragen debattieren. Statt Entschließungen zu fassen, sollte man sich um einen Kompromiß mit den Koalitionsparteien bemühen."

Es sieht danach aus, als neige Anker Jorgensen, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, immer stärker zu einer solchen Taktik, obwohl sie von vielen, möglicherweise sogar von den meisten in der Partei für falsch gehalten wird. Sie sagen, sie isoliere die Sozialdemokraten von ihren Partnern aus der Antiraketenmajorität und entziehe ihnen die außenpolitische Initiative, die ihnen bei den Wählern verdiente Autorität einetragen habe. Das sich jetzt andeutende Abflauen der Diskussion über die dänische Sicherheitspolitik paßt dem bürgerlichen Kabinett sehr gut, denn im sozialen und wirtschaftlichen Bereich gelingt es ihm vorläufig, vereinzelt Angriffe der oppositionellen Linksparteien abzuschlagen.

An verschiedenen Polen

Im Zentrum Kopenhagens steht das elegante Warenhaus Illum. Seine Kunden sind gut betuchte Leute, weniger Bemittelte müssen sich mit dem Anblick der Schaufenster begnügen. Trotzdem wurde den Amerikanern und Westeuropäern zu Weihnachten das Illum auf ihren Bildschirmen als etwas Typisches für die dänische Lebensweise dargeboten.

Nur etwa 200 Meter davon entfernt, an dem uralten Rundturm, versammeln sich diejenigen, die in der Reklame nicht aufscheinen. Auf Tafeln, die die jungen Kopenhagener bei einem Protestaufmarsch gegen die "Hungergesetze" mit sich trugen, stand: "Was ist höher, die Arbeitslosigkeit oder der Rundturm?" Einst konnte Peter I. die Spirale der Auffahrt in dem runden Backsteinturm in seiner Karosse hinauffahren. In den letzten Jahren ist die Spirale der Arbeitslosen immer fester angezogen worden. Es sind jetzt etwa 300 000.

Ein Teilnehmer des Aufmarsches scherzte bitter: "Ein Turm aus denen wäre 495 km hoch, höher sind wohl nur die Satelliten geflogen, die das Illum als Sinnbild Dänemarks ausstrahlen."

Solche Kontraste werden zu etwas Alltäglichem. Zum ersten Mal seit 20 Jahren hat das Kabinett Kurs darauf genommen, sozialen "Luxus" — die verschiedene Hilfe an Bedürftige — abzuschaffen. Die Steuerlasten werden auf die Ärmsten abgewälzt. Jetzt zahlen die Konzerne in Dänemark die niedrigsten Steuern der kapitalistischen Welt, dagegen die einfachen Familien die höchsten. Die Erstgenannten müssen sich von 15–20% ihrer Gewinne trennen, die anderen mindestens 35% ihres Lohns oder Gehalts an die Staatskasse abführen. Ende v. J. berichteten 80 Großkonzerne den Aktionären, daß die Dividende die Rekordsumme von 7 Md. Kronen betragen hat. Bei den Wohltätigkeitsorganisationen aber, die zu Weihnachten kostenlos Essenpakete ausliefern, standen Tausende Schlange.

Die dürtig mit Demagogie bemäntelte volksfeindliche Politik der Konservativen wird von den Sozialdemokraten, dem stärksten politischen Faktor im Land, verurteilt.

Das sind aber nur Worte, es folgen keine Maßnahmen gegen die arbeiterfeindliche Haltung der Regierungskoalition. Beim Gerede über die Herabwürdigung der Grundsätze "allgemeinen Wohlergehens" stimmte die sozialdemokratische Fraktion im Folketing für den vom Ministerpräsidenten vorgelegten Haushaltsentwurf.

Die meisten Kommentatoren erklären die Kapitulation der sozialdemokratischen Führung mit dem Fehlen einer haltbaren Alternative für die Regierungspolitik. Die in Resolutionen des sozialdemokratischen Parteitags im vergangenen Herbst niedergelegte Forderung nach "Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit" macht große Aufwendungen notwendig, während im Staatsetat für das laufende Jahr schon ein Fehlbetrag von 36,4 Md. Kronen eingeplant ist. Man hat die einfachen Steuerzahler so gründlich geschröpft, daß die Bevölkerung den Sozialdemokraten neuerliche Abgaben nicht verzeihen würde. Diese können sich auch nicht entschließen, ein klein wenig mehr Geld aus den Tresoren der Konzerne für die Staatskasse herauszuholen. Das Big Business kann Schimpfereien, die sich in einem "gemäßigten Rahmen" halten, noch hinnehmen, aber "seine" Kronen rückt es nicht heraus, ungeachtet der "demokratischen Spielregeln".

Eine Lektion in "sozialer Solidarität" hat unlängst der größte Reeder, Per Henriksen, erteilt. Als das Folketing auf Antrag der Sozialdemokraten einige Steuerhinterfurchen für die Finanzierung des Schiffbaus schloß, vergab seine Reederei, die Mercandia, den Auftrag auf ein Schiff prompt ans Ausland, während die dänischen Werften in der Krise stecken und das Problem der Erhaltung von Arbeitsplätzen besonders akut ist.

Unter diesen Umständen haben die Gewerkschaften im Kampf gegen die sozialökonomische Regierungspolitik die Führung übernommen. Zwar verhält sich die Leitung ihres Zentral-



Auf der Tafel, die die kleine Teilnehmerin einer Antikriegsdemonstration in Kopenhagen trägt, steht: „Ich will auch einmal Großmutter werden!“

Foto aus: "Politiken" — TASS

verbandes, weil sie den führenden Sozialdemokraten nahesteht, vorsichtig, aber viele Branchenverbände sind kampfbereit.

Bent Hansen, ein Ideologe der Gewerkschaftsbewegung, früher sozialdemokratischer Minister für Sozialfürsorge, erzählt: "Die Verhandlungen über die neuen Tarifverträge werden in heftigem Kampf geführt. Der Reallohn sinkt jährlich um 2%. Von den Arbeitslosen will ich erst gar nicht reden, sie bekommen immer weniger Unterstützung und immer kürzere Zeit. Vielen droht es überhaupt, zu den 'ständig

DAS WORT DER WISSENSCHAFTLER

In Moskau fand die 48. Tagung des Exekutivkomitees der Weltföderation der Wissenschaftler (WFW), die über 500 000 Wissenschaftler in 50 Ländern vereint, statt. An der Arbeit des Exekutivkomitees nahmen 30 Vertreter von Wissenschaftlerorganisationen aus 19 Ländern teil.

Die 1946 gegründete WFW, die zu einer bedeutenden internationalen Organisation wurde, verbindet auf engste die Lösung sozialer und beruflicher Fragen der Wissenschaftler mit den Problemen der Bewahrung und Festigung des Friedens. Die von der WFW herausgegebenen Forschungsberichte "Die Gefahr eines

Nuklearkrieges" und "Folgen eines chemischen Krieges" wurden als Dokumente der Föderation auf der Weltversammlung "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg" in Prag verbreitet, und der Anfang 1985 in Englisch und Russisch herausgebrachte Forschungsbericht "Das Wettrüsten im Weltraum muß verhindert werden" wurde von der WFW-Leitung den Repräsentanten einer Reihe von Staaten zugeleitet.

WFW-Präsident Prof. J. M. Legay (Universität Lyon) verwies auf der Tagung darauf, daß das von den Kräften des Imperialismus entfesselte Wettrüsten die größte Bedrohung für

den Frieden darstellt und sich schmerzhaft auf die Entwicklungsländer auswirkt, die enorme Schwierigkeiten bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses haben.

Auf der Tagung wurden die wichtigsten Ziele, Aufgaben und Richtungen der Tätigkeit der WFW für die nächste Zeit erörtert, wurde eine Einschätzung der derzeitigen Weltlage gegeben, ferner die Teilnahme der WFW an Veranstaltungen im Rahmen des internationalen Jahres des Friedens und der weltweiten Abrüstungskampagne sowie an dem bedeutsamen internationalen Wissenschaftlerforum "Wissenschaft und Frieden" (Moskau, 1986) erörtert.

Auf der Tagung wurden wichtige politische Dokumente verabschiedet.

T. POSNJAK

Nichtarbeitenden' gezählt zu werden. Indessen kassierten die Finanziers allein im Jahre 1983 aus Aktienspekulationen rund 100 Md. Kronen, viermal soviel, wie jährlich an Arbeitslosenunterstützung im Jahr gezahlt wird. Deshalb ist Paul Schlüters Behauptung, daß 'eine Lohnerhöhung unratsam' sei, völlig unhaltbar. Beim jetzigen Answellen der Inflation bedeutet das eine Lohnkürzung um 6-7%. Der Untermervverband droht, wegen des 'Starrsinns' der Gewerkschaften werde die Produktion schrumpfen und die Arbeitslosigkeit anwachsen. Die großen Geschäftsleute haben aber keine Eile, den Werktätigen Zugeständnisse zu machen. Sie spüren den Rückhalt der Regierung, die durchsichtig darauf anspielt, daß die 'übermäßigen Einkünfte' der breiten Bevölkerungsmassen auf dem Gesetzeswege gekürzt werden können. Ein offener Konflikt auf dem Arbeitsmarkt ist durchaus möglich."

Indessen rücken die Massenmedien, die größtenteils von den Geschäftskreisen kontrolliert werden, die geringsten Meinungsunterschiede oder Fehlgriffe bei den Sozialdemokraten in ein grelles Licht, loben dagegen jeden wirklichen oder angeblichen Erfolg des Kabinetts Schlüter über den grünen Klee. Ein besonderes Augenmerk gilt der Wirtschaft. Für die langwierige Wirtschaftskrise, die den Westen vor Amtsantritt der jetzigen Regierung heimsuchte, wird jetzt andeutungsweise den Sozialdemokraten die Schuld gegeben, es heißt, sie hätten "die Dänen nicht schützen können". Was hingegen den Zuwachs der vorjährigen industriellen Produktion um 3,75% angeht, so wird er der "klugen Politik" der Regierungskoalition zugeschrieben.

Das führende Blatt "Berlingske Tidende" sei jetzt faktisch ein Sprachrohr der Regierung, sagte mir der Chefredakteur einer unabhängigen Landeszeitung. Die zweitgrößte, "Politiken", die es gewagt hat, der Regierung mehrmals am Zeug zu flicken, wurde schnell zur Raison gebracht. Der Verfasser der kritischen Beiträge wurde "auf unbestimmte Zeit beurlaubt".

Die realen Probleme, die die Dänen beschäftigen, kann man aber nicht in Urlaub schicken. Trotz aller politischen Manöver kann die Regierung Schlüter noch immer keinen größeren Einfluß im Parlament gewinnen und außerhalb des Parlaments die Opposition in Gestalt der Gewerkschaften nicht schwächen. In Dänemark, das man gern als Oase des "Burgfriedens" hinstellt, häuft sich rapide der Zündstoff für soziale Konflikte an.

A. POLJUCHOW

Kopenhagen

"NEUE ZEIT"

13.85

NZ

STANDPUNKT

DOLLAR UND... NATO

Einen Kursabfall des überhöhten Dollars erwartete man schon seit langem. Trotzdem reagierten die Börsen sehr nervös, als sein Kurs in den letzten Februartagen plötzlich zu sinken begann: Der Dollarkurs fiel, weil die BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien und die Niederlande eine sogenannte staatliche Währungsregulierung vornahmen. Gleichzeitig warfen sie rund 1,5 Md. Dollar aus ihren Währungsreserven auf die Finanzmärkte. Der dadurch bewirkte Überschuß des Angebots über die Nachfrage führte zum Rückgang des Dollarkurses.

Im Lichte der dollarfeindlichen Stimmungen unter den westeuropäischen Geschäftsleuten und Politikern ist schon diese gemeinsame Aktion als Mahnung an Washington aufzufassen: Es ist besser, den Dollar zurückzustecken, denn sonst... Nach Ansicht von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt könnten die Westeuropäer Beschränkungen für den Kapitalexport in die USA einführen, und der SPD-Vorsitzende Vogel forderte die Bundesregierung auf, die Amerikaner auf Art. 2 des Nordatlantikpakts hinzuweisen, welcher Artikel von allen NATO-Staaten verlangt, auf die Interessen der Bündnispartner Rücksicht zu nehmen.

Vielleicht ist man in den Hauptstädten der EG-Staaten müde, dem Weißen Haus gut zuzureden, es sei notwendig, dem Kapitalabfluß in die USA Einhalt zu gebieten; daher die gemeinsame Aktion. Daß sie aber herangereift war, zeigt auch Reagans Erklärung, die er vor kurzem abgab: Die Dollarhaushalte sei nicht auf die USA, sondern auf die schwache westeuropäische Wirtschaft zurückzuführen. Mit großem Eifer hat die US-Presse in den letzten Monaten dieses Thema strapaziert.

Der Kapitalzufluß und der hohe Dollarkurs ergäben sich aus solchen "Vorteilen der USA" gegenüber den anderen westlichen Ländern wie "der dynamischeren Wirtschaft und den niedrigeren Inflationsraten" ("New York Times"), auch aus der "Schwäche der amerikanischen Gewerkschaften", die den Abbau der Löhne möglich mache ("Business Week"). Die Anhänger von Reaganomics beschränken sich nicht darauf, sie lobzupreisen. Sie behaupten: Die anderen müßten den "starken Dollar" hinnehmen und ja nicht versuchen, ihn zu schwächen, denn das wäre ein Eigentor. Sie berufen sich dabei auf Tatsachen. Die BRD, die Niederlande und Großbritannien erhöhten Ende Januar die Bankkredite, um die Kapitalabwanderung in die USA zu verlangsamen. Die Konjunktur in den genannten Ländern hat Schaden genommen, ohne deshalb die Erhöhung des Dollarkurses zu verhindern.

Stehen die westeuropäischen Regierungen demnach der Hauptursache der Wirtschaftsdepression und der immensen Arbeitslosigkeit hilflos gegenüber? Getan werden könnte etwas, allerdings wenn man dem Dollarproblem auf den Grund geht. Das Weiße Haus braucht den "starken Dollar" vor allem zur Amerikas "Neuaufrüstung". Wenn schon von "Vorteilen der USA" gesprochen wird, so bestehen sie heute in der beispiellosen Umverteilung der Wirtschaftsressourcen zugunsten des amerikanischen Establishments, das sich an der Hochrüstung bereichert. Gewiß, die Reaganomics hat dem Big Business der USA dabei geholfen, die Arbeiter auszupowern und die Gewerkschaften an die Kandare zu nehmen. Doch auch die Monopolherren Europas haben keinen Grund zum Klagen: Seit mehr als zwei Jahren gehen die Löhne hier zurück, während die Profite wachsen. Übrigens haben die westeuropäischen Neokonservativen für die Gewerkschaften nicht mehr übrig als ihre Gesinnungsgenossen in den USA. Was aber deren Wirtschaftsdynamik betrifft, so ist sie recht einseitig. Etwa die Hälfte des in den USA erzeugten Grundkapitals wird durch die wachsenden Militärausgaben bezahlt. Fügt man dem die Investitionen in den neuen, "hochtechnologischen" Zweigen hinzu, die so oder so den militaristischen Zielen dienen, so wird noch klarer, daß die US-Wirtschaft mit der Hochrüstung steht und fällt. Im laufenden Finanzjahr wird sich das Defizit des Bundeshaushalts der USA auf schätzungsweise 222 Md. Dollar belaufen. Der Hauptgrund der amerikanischen Defizite sind die enormen Militäretats. Demnach wird der "starke Dollar" weiterhin Kapital aus anderen Ländern saugen — zumindest solange die USA sich vom militaristischen Taumel nicht befreien. Der Dollar ist Leitwährung der kapitalistischen Welt. Deshalb bestimmt die militärpolitische Strategie des Weißen Hauses auch die Finanzkonjunktur im Westen. Also wird nichts — keine Devisenintervention, keine zeitweiligen Beschränkungen für den Kapitalexport in die USA und erst recht keine Aufrufe, die Interessen der Bündnispartner zu berücksichtigen — diese Konjunktur verändern.

Das Dollarproblem wurzelt nicht in den Valutabeziehungen zwischen den Bündnispartnern, sondern in ihrer Außenpolitik, im verderblichen Kurs auf die forcierte Produktion von konventionellen, eurostrategischen, strategischen und schließlich kosmischen Waffen. Dabei folgen diesem US-Kurs auch andere NATO-Länder.

Felix GORJUNOW

DIE ARBEITER UND DIE MACHT

Das Werk stand anfangs in einem Außenbezirk. Vor mehr als 100 Jahren wurde es von dem Moskauer Industriellen Gushon in Nowo- Andronjewka hinter dem Rogoshschaja-Stadttor gegründet. Damit beginnt die Chronik eines der in der UdSSR bekanntesten Metallurgischen Kombinate, des Serp i molot (Sichel und Hammer). 1917 sagte eine Kreatur des Fabrikbesitzers, als die Herren spürten, daß ihnen der Boden unter den Füßen schwankte, den Arbeitern frech ins Gesicht: "An die Macht wollt ihr also! Nehmen wir einen Augenblick an, daß die Bolschewiki siegen werden. Wer wird uns dann regieren! Etwa diese Gießer oder der Rohrleger da?"

Das Volk und die Geschichte aber entschieden auf ihre Weise. Schon als die Sowjetmacht gegründet

wurde, hatte das Werk Vertreter seiner Belegschaft im Revolutionären Militärkomitee des Rogoshschi-Simonski-Bezirks. Später wurden Arbeiter dieses Werks wiederholt in den Stadtbezirks- und den Moskauer Stadtsowjet gewählt. Mehrmals gehörten Vertreter von Serp i molot den höchsten Machtorganen der Russischen Föderation und der UdSSR an. Am 24. Februar 1985 haben Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unions- und der autonomen Republiken sowie zu den Ortssowjets der Volksdeputierten stattgefunden. Schon zum zweiten Mal hintereinander ist der Stahlwerker Wjatscheslaw Koptew, Held der sozialistischen Arbeit, in den Obersten Sowjet der RSFSR gewählt worden.

Unser Berichterstatter Wladimir Galin hat Wjatscheslaw KOPTEW interviewt.

Als Mitglied von Delegationen waren Sie wiederholt im Ausland. Was haben Leute, mit denen Sie sprachen, dazu gesagt, daß Sie, ein Arbeiter, Mitglied des höchsten Machtorgans der größten Sowjetrepublik sind! In den Parlamenten bürgerlicher Länder sind ja fast keine Arbeiter anzutreffen.

Unlängst war ich in den USA. Man zeigte uns Hüttenwerke in Pittsburg, Cleveland, Chicago und Detroit. Vielmehr durften wir nicht hinein, man erzählte uns nur einiges und zeigte uns die Betriebsanlagen aus dem Wagen. Wir baten, uns beim Gießen zusehen zu lassen. Das wurde abgelehnt. Die Betriebe sind dort nur zur Hälfte ausgelastet. Sehr viele Arbeiter sind entlassen, ganze Werkhallen stillgelegt. Wir kamen mit Bossen zusammen, hatten aber auch Aussprachen mit Arbeitern. Erstaunlich, daß sie kaum etwas von unserem Land wissen. Und wie naiv sind sie in Dingen, die jeder sowjetische Schuljunge weiß! So wurde ich gefragt, wieviel es mich gekostet hat, in den Obersten Sowjet der RSFSR gewählt zu werden, und wollte es nicht glauben, daß alle Ausgaben für die Wahlen vom Staat getragen werden. Viel wurden wir darüber ausgefragt, wie wir für den Frieden kämpfen und wie unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse sind. Am meisten hat man sich darüber gewundert, daß ich, ein einfacher Arbeiter, Mitglied des Republiksparlaments bin, Gesetze verabschiede und über wichtige Staatsangelegenheiten entscheide. Viele Arbeiter gestanden mir, daß sie gern in die UdSSR

reisen und herausfinden möchten, wann über unser Land die Wahrheit und wann die Unwahrheit gesagt wird, daß sie aber Angst hätten, nach der Rückkehr gekündigt zu werden, und das ist für einen Amerikaner das Schlimmste.

Schon das zweite Mal sind Sie in den Obersten Sowjet der RSFSR gewählt worden. Womit haben Sie Ihre Tätigkeit als Deputierter begonnen!

Damit, die Obliegenheiten eines Deputierten zu erfüllen, vor allem für die Leute da zu sein. Ebenso wie früher halte ich an bestimmten Tagen des Monats im Exekutivkomitee des Bezirksowjets Sprechstunden. Ich habe über Gesuche, Probleme, Konflikte und noch vieles andere zu entscheiden. Ich habe nicht nachgerechnet, aber in den letzten 4-5 Jahren hatte ich wahrscheinlich über 700 solche Aussprachen. Was die Kollegen — Arbeiter wie Angestellte — betrifft, so kommen sie ohne alle Formalitäten zu mir. Da heißt es: "Hilf doch bitte!" Wozu auch Zeit vergeuden, um in der Sprechstunde zu warten, wo ich doch in der Halle nebenan bin!

Über was für Fragen haben Sie z. B. entschieden!

Über ganz verschiedene, manchmal sehr einfache, als wäre ich nicht Deputierter des Obersten Sowjets, z. B. daß es bei jemandem durchregnet oder irgendwo mit der Straßenreinigung hapert. In dieser Funktion ist aber nichts unwichtig. Doch kommen auch schwierigere Angelegenheiten vor. Sagen wir, eine Familie hat

Zwillinge bekommen und braucht eine größere Wohnung. Da war ein Fall, mit dem ich mich mehrere Jahre beschäftigen mußte. In unserem Stadtbezirk steht ein vierstöckiges Haus, darin wohnen größtenteils ältere Leute, denen das Treppensteigen schwerfällt. Ein Fahrstuhl ist nicht vorhanden. Ich mußte bei Bauorganisationen und bei der Leitung des Moskauer Stadtsowjets vorsprechen, und, als Fahrstühle bewilligt wurden, einen Auftragnehmer finden und für die Bewilligung von Geld sorgen. Wie schön war es aber, in einer kürzlichen Wählerversammlung zu berichten, daß das Haus in allen 12 Aufgängen bald die ersehnten Fahrstühle haben wird.

Ausländische NZ-Leser fragen oft an, welche Obliegenheiten die Ständigen Kommissionen der Sowjets der Volksdeputierten haben und wie sie sich zusammensetzen. Können Sie mir etwas ausführlicher darüber berichten!

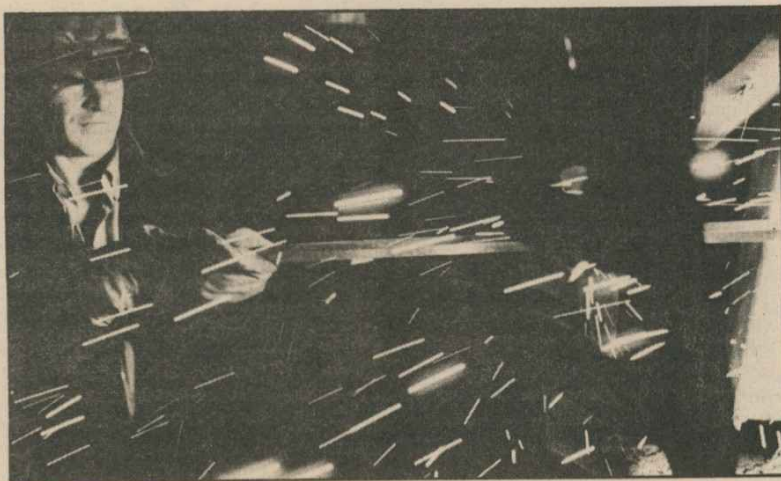
Bevor ich in den Obersten Sowjet gewählt wurde, war ich zwei Legislaturperioden Deputierter des Moskauer Stadtsowjets. 1975 wurde ich in dessen damals gebildete Ständige Kommission für Umweltschutz gewählt. Wir hatten nicht viel Erfahrung, aber mit vereinten Kräften brachten wir die Arbeit in Gang: suchten Betriebe auf, die die Umwelt besonders verschmutzten, z. B. Wärmekraftwerke und Webereien und auch meinen Betrieb. Den Befund der Kommission leiteten wir dem Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsowjets zu. Auf dessen

Beschluß wurden mehrere mit Kohle beheizte Kraftwerke auf Gas umgestellt, und in den Plänen für die jetzige Rekonstruktion des Serp i molot haben die Projektierungsingenieure besonderes Gewicht auf den Bau von Abwasserkläranlagen gelegt. In der Moskwa wird jetzt sogar im Stadtzentrum geangelt, das wissen Sie ja.

Haben Sie die Tätigkeit in der Umweltkommission im Obersten Sowjet fortgesetzt?

Nein, und ich finde das richtig. Erstens braucht nicht jeder Deputierter unbedingt in einer Ständigen Kommission zu arbeiten. Zweitens sollen auf so hoher Ebene, wie mir scheint, in den Kommissionen nicht Dilettanten, sondern Fachleute sitzen, die sich aus dem Effeff auf ihre Sache verstehen. Was für Nutzen könnte ich, ein Stahlwerker, sagen wir, als Mitglied der Gesundheitskommission bringen! Sie muß natürlich aus Deputierten bestehen, die von Beruf Ärzte sind. So wird es mit allen Kommissionen gehalten.

Ich sehe auf Ihrem Tisch viele Briefe, und da habe ich gleich zwei Fragen.



Wenn jeder eine Bitte enthält, können Sie allein alles bewältigen? Und müssen Sie alle Briefe beantworten?

Offen gestanden kann ich nicht genau sagen, wieviel Briefe ich in diesen Jahren bekommen habe: aus Moskau, von allen Ecken und Enden Rußlands und sogar aus anderen Sowjetrepubliken. Jeden Brief frage ich in eine Kartotheke ein und beantworte ihn entweder gleich selbst oder stelle auf einem speziellen Formular (einem offiziellen Dokument) eine Anfrage an die zuständige Organisation mit der Bitte, die Angelegenheit zu prüfen und mir das Ergebnis mitzuteilen. Manchmal muß ich solche Anfragen an das Oberste Gericht der RSFSR, den Minister-

rat und die Exekutivkomitees von Städten schicken. Jeder Brief wird unbedingt beantwortet.

Wie unterhält ein Deputierter außer schriftlich die Verbindung mit seinen Wählern aufrecht?

Wenigstens zweimal im Jahr legt er vor ihnen in einer speziellen Versammlung Rechenschaft über die geleistete Arbeit ab, namentlich darüber, wie er ihrem Wählerauftrag nachgekommen ist.

Als ich für den Obersten Sowjet der RSFSR der vorigen Legislaturperiode kandidierte, beauftragten mich die Wähler durchzusetzen, daß eine Betonfabrik, die mitten im Zentrum, am Ufer der Jausa, stand, nach außerhalb verlegt wird. Sie erzeugte wenig Beton, verursachte aber viel Staub, Lärm und Schmutz, worunter die Einwohner und die benachbarten Betriebe litten. Voriges Jahr ist die Fabrik auf Beschluß des Moskauer Stadtsowjets verlegt worden.

**Der Stahlwerker und Deputierte
Wjatscheslaw Koptew**
Fotos: TASS

derselbe Plan, höchstens daß von mir mehr verlangt wird und meine Verantwortung größer ist, denn jetzt bin ich nicht nur der Stahlwerker Koptew, sondern gewissermaßen eine Vertrauensperson der ganzen Belegschaft.

Ihre Brigade gehört zu den besten des Betriebs. Gewiß haben Sie Ihre Geheimnisse, wie Sie das erreichen, oder!

Geheimnisse? Nein, genaue Verteilung von Kraft und Zeit, daran liegt es. Wir arbeiten an Lichtbogenöfen. Wie Sie



wahrscheinlich wissen, ist das Stahlgießen ein strikt geregeltes Verfahren. Wenn man irgendwo Zeit spart, leidet die Qualität. Und so sparen wir denn Zeit beim Herrichten und Beschicken der Öfen. In vier Jahren des laufenden Planjahrünftfs hat meine Brigade schon 570 t Stahl über den Plan hinaus gegossen.

Ich glaube, die Tätigkeit als Deputierter läßt Ihnen nicht viel Muße.

Zu Haus bin ich tatsächlich weniger, als ich möchte. Manchmal kann ich nicht auf die Datsche fahren oder angeln gehen, und meine Frau nörgelt. Ich bin aber an diese Obliegenheiten gewöhnt. Das ganze Jahr wartet man auf den Urlaub, und wenn er seinem Ende entgegengeht, hält man das Nichtstun nicht mehr aus. Der Tätigkeit als Deputierter verdanke ich die Freude, mit Menschen zu tun zu haben, ihnen bei Schwierigkeiten zu helfen und von ihnen in ihre Sorgen eingeweiht zu werden. Wenn man helfen kann, merkt man doch, daß man nicht umsonst lebt.

Seit 27 Jahren stehen Sie im Betrieb. Das sind Ihre besten Jahre. Was ist Ihnen besonders erinnerlich?

Da gab es vieles, aber das Gemeinsame ist eine große Dankbarkeit für das Vertrauen, das mir, einem einfachen Arbeiter, von den vielen tausend Kollegen im Betrieb entgegengebracht wird. Das verpflichtet.

KRIMINALITÄT IN BLÜTE

In den ersten Frühlingswochen schlug über den US-Amerikanern eine Sturzflut sensationeller Enthüllungen zusammen. Es handelte sich um Dienstvergehen hoher Beamter. Michael Deaver, ein Berater des Präsidenten, und 35 andere Mitglieder der US-Delegation, die zur Vorbereitung des Reagan-Besuchs nach Westeuropa reiste, ließen einmal Dienst sein und befaßten sich mit dem spekulativen Ankauf von BMW-Wagen.

Ein anderer namhafter Angehöriger des Reagan-Teams, Paul Thayer, ehemaliger stellvertretender US-Verteidigungsminister, gestand unter der Last unumstößlicher Beweise Schiebung an der Börse.

Zu den illustren Verbrechern gehört auch Edwin Edwards, Gouverneur des Staates Louisiana. Ihm werden 50 Gesetzesbrüche angelastet, darunter schwere Erpressung, Betrug, Behinderung der Rechtspflege und Korruption.

Eine amerikanische TV-Gesellschaft berichtete verzweifelt

über diese Frühjahrsflut der Kriminalität. Der Sprecher rief aus: "Unser Land hat die Verbrechen und Verbrecher bis obenhin satt. Davon gibt es hier mehr, als die Polizeistellen, die Gerichte aburteilen und die Haftanstalten fassen können."

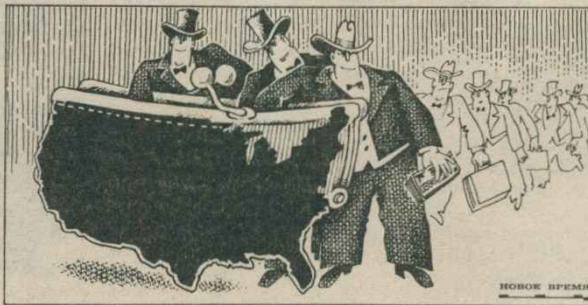
Der Mann auf der Straße ist darüber besorgt, aber die Verbrecher beliebigen Ran-

ges — angefangen vom Staatsmann bis zum Taschendieb — läßt die Sache kalt. Der CBS zufolge sind sich die meisten schon Verurteilten darüber einig, daß "es sich gelohnt hat".

Stimmt. Der Gouverneur soll im Amt — so die TV-Gesellschaft ABC — mehrere Millionen eingesackt haben. Was hat er zu gewärtigen? Wenn die Anklage in allen Punkten bewiesen werden kann, 20 Jahre. Wenn! Das ist aber ziemlich unwahrscheinlich. Dafür dürfen in Louisiana Personen, die eine Haftstrafe verbüßen, seit dem Fall Edwards keine wählbaren Posten bekleiden. Fragt sich: Warum nicht klauen, wenn es einem die "Demokratie" so leicht macht?

Y. MASCHIN

Zeichnung: N. Sfscherbakow



NOTENPRESSE LÄUFT HEISS

Dieses Jahr sind in Israel 10 000-Schekel-Noten in Umlauf gesetzt worden. Dabei waren doch erst vor etwa einem halben Jahr die 5000-Schekel-Noten eine Neuheit!

Inzwischen ist deren Wert auf die Hälfte gesunken. Die jähe Geldentwertung widerspiegelt die katastrophale Wirtschaftslage Israels.

Die neuen Banknoten erinnern anschaulich an die Wurzeln des Problems, sie zeigen ein Bildnis Golda Meirs, die von Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre Ministerpräsidentin war. Damals begann die intensive Erschließung der Gebiete, die Israel im Zuge der Aggression von 1967 seinen Nachbarn entzogen hatte. Die hartnäckige Weigerung der Regierung Meir, sie zurückzuerstatten, führte im Nahen Osten erneut zum Krieg. Die Expansionspolitik wuchs sich für die Wirtschaft Israels zu einer untragbaren Last aus.

In 20 Tagen kamen die Kosten des Kriegs von 1973 dem Wert des jährlichen Bruttosozialprodukts von Israel gleich.

Die jetzige Regierung zeigt die Absicht, die Expansion trotz der unstreitigen Niederlage im Libanon fortzusetzen. Das Kabinettsmitglied Ariel Sharon hat sich unlängst so weit vergaloppiert, zu behaupten, daß auch Jordanien Israel gehören müsse. Zu Israels Einflußsphäre müßten außer dem Nahen Osten auch die Golfzone und Nordafrika zählen.

Für solche Vorhaben braucht man natürlich Munition. Daher nehmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu. Diese hochfliegenden Absichten mußten schon viele Israelis mit ihrem Leben bezahlen, die Glücklicheren allerdings nur mit Banknoten, deren Wert sinkt, noch ehe sie in Umlauf gesetzt worden sind.

M. OSSOKIN

ÜBERRASCHENDES WIEDERSEHEN

Wir schrieben bereits (Heft 38/84 und 4/85) über den Hollywoodreißer mit dem vielsagenden Titel "Die rote Flut". Er handelt von einem angeblichen Versuch sowjetischer und kubanischer Truppen, die USA zu besetzen. Jetzt läuft er auch in Westeuropa, u. zw. "Die rote Flut" in den Verleih. Filmkritiker haben ihn schon maßgeblich und objektiv rezensiert. Dem wäre eigentlich nichts hinzuzufügen. Aus folgendem Grunde kommen wir aber doch auf den Fall zurück.

Reporter der Monatsschrift "Elan" [BRD] mögen beim Anblick der Darsteller dies oder Ähnliches ausgerufen haben: "Die kennen wir doch!" Richtig, aber nicht aus früheren Filmen, sondern von Szenen, die in keinem Film vorkamen.

Um die Szenen, in denen Blut in Strömen fließt, glaubhafter zu machen, hat der Regisseur besonders geeignete Darsteller ausgesucht. Es sind wirkliche Söldner, die das Filmen nebenberuflich betreiben, hauptberuflich aber foltern und morden.

Cliff Albright und Tom Naylor spielen tapfere Landungssoldaten. Sie "proben" in Honduras. Dort bildeten sie nikaraguanische Contras darin aus, Futterspeicher zu sprengen, Kinder zu ermorden und aus dem Hinterhalt zu kämpfen. Von dort schickten sie den Banden, die sich in Nicaragua verschanzt hatten, mit Hubschraubern Waffen.

Sie waren nicht die einzigen, die ihr Glück in Hollywood versuchten. Bei einem Jahrestreffen der Söldner in Las Vegas sahen sie eine Menge Bekannte, mit denen sie noch kurz vorher beim Schein der Jupiter geschwitzt hatten.

Und noch eins: Konsultantin beim Film war die Redaktion der satissam bekannten Zeitschrift "Sol-

THEMA FÜR
K - FURN - U

amerikanischen Fernsehge-
-furn-U Ltd. läutete das Tele-
fonat sich der Producer des
"Die Roten in Ihrem Hause".
erster a. D. Bärbeißig von der
Frieden von der Position der
letzter Zeit senden Sie ja einen
Sinn! Hat man sowas ein-
sehen, dann glaubt man, daß
lieber als Frieden mit den
ten und zum Abrüsten bereit
in Sie so weitermachen, hält
le bald für Pazifisten."

ein lieber Bärbeißig! Wie nett,
er Programm so ernst nehmen.
nicht ein paar Ideen für uns?"
sich hören. Meine Hilfe würde
el kosten. Ich hab' da einige
jets auf Lager: wie die Sowjets
ka, Asien, Europa, Lateiname-
uch in der Antarktis und in
bedrohen..."



Wildgans" ist nicht ins Bild
nen. Unter den in Las Vegas
melten Söldnern spielt der
ber keineswegs die letzte

Foto aus: "Elan" (BRD)

f Fortune", mit denen ja
Söldner gemeint sind. John
der Regisseur und Mitver-
es Drehbuchs, und Robert
Herausgeber des ge-
Blattes, sind Busenfreun-
d das ist kein Zufall. Die
en und die Filmsadisten
ja demselben Gott: dem
munismus.

N. SHOLKWER

"Schön und gut, aber wir reden ja schon
die ganze Zeit davon und haben dadurch
Abonnenten verloren. Je mehr man denen
die Wahrheit sagt, desto weniger glauben
sie einem. Deshalb haben wir das
Programm ja anders aufmachen müssen."

"Daß das auf dem letzten Loch pfeift,
merkt man. Daran sind Sie selbst schuld.
Dabei gibt es ja so viele dankbare,
herzzerreißende Geschichten über die
Ränke der Russen! Die lassen alle ihre
Verpflichtungen links liegen. Haben Sie
denn noch nicht gehört, daß die sich ein
biochemisches Labor am Fuße des Eiffel-
turms eingerichtet haben und überall
Defolianten versprühen? Ich könnte selber
als Augenzeuge auftreten und meine
Leute auch."

"Ist ja gut, aber die Sache hat einen
Haken. Genau das haben wir nämlich in
Vietnam und noch anderwärts getan. Das
wissen Sie ja am allerbesten."

"Na schön. Wie wäre es mit der
Inszenierung eines Prozesses? Sagen wir
mal, ich verklage Ihre Gesellschaft wegen
falscher Darstellung des edlen Wirkens
meiner Koalition. Das wird hinhauen. Bloß
keine Angst! Am Ende nehme ich meine
Klage zurück, und wir trennen uns in
bestem Einvernehmen. Das Ganze wäre
eine vorzügliche Reklame für Ihr
Programm und unsere Bewegung."

"Die Idee taugt schon, aber gerade
jetzt geht sowas nicht. General Westmore-
land hat vor kurzem auch so etwas
versucht, aber weder ihm noch der CBS
hat das Lorbeeren eingetragen. Haben Sie
noch was?"

"Man könnte z. B. ein 'Durchsickern von
Informationen organisieren, die besagen,
daß wir Städte Westeuropas in die Luft
sprengen wollen. Wir werden sagen,
daß uns die Russen dazu
zwingen, daß ihre Panzer schon
Kampfstellung bezogen haben. Eine glän-
zende Gelegenheit, die Umtriebe und
Tücken der Russen zu enthüllen! Da
können wir auch gleich offen sagen, was
wir tun müssen, um Amerika zu retten."

"Jetzt liegen Sie grundrichtig. Nur ist
heutzutage der Kosmos unser Haupt- und
Pflichtthema. Wir müssen uns überlegen,
wie die Weltraumwaffen den Frieden
festigen und daß das eigentlich gleichbe-
deutend mit der Abrüstung ist."

"Ich fürchte, da kann ich nicht mit, und
andere auch nicht", entgegnete der sonst
so forsche Bärbeißig unsicher.

"Versuchen Sie's mal", sagte der
Producer plötzlich fordernd. "Ein Kolle-
ge — er ist übrigens aktiv und im Rang
höher — hat einen fabelhaften Bericht
verfaßt, den kann ich Ihnen zusammen mit
dem anderen Zeug und einem Scheck auf
eine hübsche runde Summe schicken.
Halten Sie sich für die Aufnahmen bereit,
und vergessen Sie nicht, Ihre Uniform
aufbügeln zu lassen."

J. KNJASEW

FÜR DIE LIEBE SEELE

Anfang März verbrüderte
sich Präsident Reagan im
Washingtoner Hotel Shera-
ton mit Leuten, die von
vielen Amerikanern als Ban-
diten und Mordbuben an-
gesehen werden. Es waren
Mujaheddins, Somozistas
und Pol-Pot-Leute. Der
Redner pries sie in den
höchsten Tönen und nannte
sie Freiheitskämpfer.

Damit nicht genug, setzte
er das ehr- und gewissen-
lose Gesindel moralisch
"unseren" [d. h. den ameri-
kanischen] "Gründervä-
tern" gleich — mit anderen
Worten: Pol Pot, Khieu
Samphan und ihresgleichen
einem Thomas Jefferson und
George Washington, die
das Leben, die Freiheit und
das Streben nach Glück
"unverbrüchliche Rechte
des Menschen" nannten!

Die Gründerväter der

USA sind als Kämpfer für
die Befreiung ihres Volkes,
für Gleichberechtigung und
für das Recht, nicht zu
sterben, sondern zu leben,
in die Weltgeschichte ein-
gegangen. Den belobigten
Vandalen ging Reagans
Vergleich mit den National-
helden des amerikanischen
Volkes wie Balsam für die
liebe Seele ein. Es folgte
denn auch prompt der Ap-
pell an sie, der Freiheit in
der ganzen Welt wieder zu
ihrem Recht zu verhelfen.
Was für einer Freiheit! Etwa
der, die unter Pol Pot in
Kampuchea herrschte! Scheint so. Nicht von unge-
fähr wurde zur gleichen Zeit
gemeldet, daß auf Wa-
shingtons Initiative unweit
der Grenze Kampuchas
Waffenmagazine der USA
angelegt werden sollen.

P. BORIN

EIN SCHLAG INS KONTOR

Pretoria mimt ganz gern Demokratie, natürlich für
die übrige Welt. Ein Schauplatz dafür ist das
Dreikammernparlament, in das die Rassisten, wie
ihnen schien, folgsame Repräsentanten der indischen
und der "farbigen" Gemeinde aufgenommen hatten.
Aber gleich auf der ersten Tagung dieses Parlaments
mußten sie eine peinliche Überraschung erleben.

In der Debatte über einen Geheimfonds für die
Polizei stimmten die Abgeordneten von der in-
dischen Gemeinde vollzählig dagegen. Einer zählte
Ausschreitungen der Polizei auf und erklärte, wenn
sie mehr Geld bekäme, würde sie erst recht freie
Hand zu Terrorakten haben. Ein anderer Abgeord-
neter erinnerte an das skandalöse "Muldergate" — die
Verwendung geheimer Bewilligungen für die Be-
stechung von Amtspersonen des Auslands, damit sie
das Lied der Apartheid sangen.

Noch ist unbekannt, ob man gegen die
Abgeordneten, die die Regierung derart blamiert
haben, vorgehen wird. Kein Rassist zweifelt jedoch
daran, daß der Protest vergebens war. Das
Dreikammernparlament ist ja nur Staffage. Alle seine
Beschlüsse faßt nämlich, ohne Rücksicht auf die
Abstimmungen, der Präsidentenausschuß, in dem die
weißen Abgeordneten in der absoluten Mehrheit
sind. Wie könnten sie der Polizei Geld versagen, wo
doch von deren Eifer schon der bloße Bestand des
rassistischen Regimes abhängt!

L. SKURATOW

Eine gefährliche Absicht, die weder geheimgehalten noch ausgeführt werden konnte

WAS HINTER DER „FRIEDENSOFFENSIVE“ STECKT

Andrej URNOW

Etwa ein Jahr ist es her, daß die Republik Südafrika (RSA) beim Donnern von Bomben, Geschossen und Raketen der neuerlichen großangelegten Aggression gegen Angola eine Folge diplomatischer Schritte unternahm, die die rassistische und die westliche Propaganda sogleich auf den Namen "Friedensoffensive" der Regierung Botha taufte. Diese in engem Kontakt mit der Regierung Reagan unternommenen Initiativen führten (am 16. Februar 1984) zur Vereinbarung von Lusaka zwischen der RSA und der VR Angola (VRA) über eine Truppenentflechtung und zu einem "Vertrag über Nichtangriff und gute Nachbarschaft" zwischen der RSA und Mocambique, der nach dem Ort seines Abschlusses der "Nkomati-Vertrag" (vom 16. März 1984) genannt wird.

Gegenstand der Vereinbarung von Lusaka waren der Abzug der RSA-Truppen aus den seit August 1981 besetzten Südgebietes Angolas und die Wiederherstellung von dessen Hoheitsrecht auf sie. Pretoria verpflichtete sich, den Truppenabzug bis zum 31. März 1984 zum Abschluß zu bringen. Dafür willigte Angola ein, die Operationen der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO auf seinem Boden im selben Zeitraum zu begrenzen. Die Regierung Angolas ging davon aus, daß gleich nach dem Abzug der RSA-Truppen die Erfüllung der Resolution Nr. 435 des UNO-Sicherheitsrates über eine Regelung in Namibia anlaufen und deren erster Schritt die Feuereinstellung zwischen der RSA und der SWAPO in Namibia sein werde. Zur Überwachung, wie die Vereinbarung von Lusaka befolgt wird, wurde eine gemischte (Angola-RSA) Kommission gebildet.

Schon der Name des Nkomati-Vertrags läßt erkennen, daß er einen weiteren Fragenkreis umfaßte und von den Vertragspartnern als Rechtsgrundlage ihrer Beziehungen angesehen wurde. Er fußte auf der beiderseitigen Verpflichtung, die Streitkräfte, die einen bewaffneten Kampf gegen die Regierungen der RSA und der

VR Mocambique (VRM) führten, nicht länger zu unterstützen. Pretoria sagte zu, seinen Marionetten vom "Nationalen Widerstand Mocambiques" (MNR) nicht mehr beizustehen. Mocambique übernahm die gleiche Verpflichtung im Hinblick auf die Befreiungsorganisation Afrikanischer Nationalkongreß (ANC). Dabei präzisierte die Führung der VRM, daß der Vertrag nur für dessen militärische Betätigung gilt. Was seine moralische, politische und diplomatische Unterstützung betreffe, so werde sie fortgesetzt. Rund 200 aktive ANC-Mitglieder verließen die VRM, in Maputo blieb nur eine kleine "diplomatische Mission" des ANC zurück.

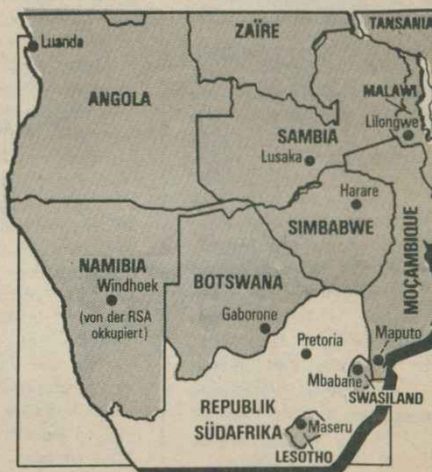
Bei Unterzeichnung des Nkomati-Vertrags erklärte Pieter Botha, damals Ministerpräsident und jetzt Präsident der RSA, der Vertrag solle eine "eminent wichtige Wende" im Geschick des südafrikanischen Subkontinents, eine "neue Ära der Zusammenarbeit und friedlichen Koexistenz" einleiten und "Frieden, Sicherheit und Stabilität" garantieren.

Im Zerrspiegel der Rassisten

Nun sind aber die Begriffe von "Frieden, Sicherheit und Stabilität" bei der RSA und den jungen Nationalstaaten im Süden Afrikas grundverschieden. Pretoria sieht die Situation in und um die RSA und die Mittel und Wege zur Lösung der dortigen Probleme aus dem Gesichtswinkel seiner rassistischen Ideen und Auffassungen. Die von der UNO als Verbrechen an der Menschheit qualifizierte Apartheid gibt Pretoria für eine "gerechte" Nationalpolitik und "innere Angelegenheit" der RSA aus und nennt die vom ANC und von der SWAPO geführten Befreiungsbewegungen "terroristisch". Jede Hilfe von Afrika-Staaten an sie wird als Einmischung und Verstoß gegen die Grundsätze der friedlichen Koexistenz gebrandmarkt, und das eigene aggressive und subversive Vorgehen gegen diese Staaten wird für eine "berechtigte Gegenmaßnahme" ausgegeben.

Und so wird denn die wahre Sachlage derart entstellt, daß sie nicht wiederzuerkennen ist. Die Schuld an den Spannungen in der Region wird auf die Afrika-Länder abgewälzt, und als vorrangige Bedingung für Frieden wird verlangt, daß diese Länder den ANC und die SWAPO nicht länger unterstützen. Damit will man dem Apartheidregime günstige internationale Bedingungen für seinen Fortbestand und sein Erstarken verschaffen.

Und das ist noch nicht alles. Die Rassisten wissen, daß kein einziger Staat Afrikas, der etwas auf sich hält, freiwillig auf die "Zusammenarbeit" mit dem Apartheidregime eingehen und das höchstens unter Zwang tun würde. Um sich sicher fühlen zu können, kann sich Pretoria aber mit der erzwungenen Einwilligung eines Nachbarstaats in eine "Normalisierung" der Beziehungen nicht abfinden. Es bemüht sich, weiterzugehen und in den Ländern der Region ihm selbst hörige neokolonialistische Regimes einzusetzen. Nur dann hätte der strategische Plan der Rassisten, um die RSA (wie unter der Herrschaft der Kolonialisten und Rassisten in Angola, Mocambique und Rhodesien) wieder einen "Sanitätskordon" zu ziehen, eine Chance. Auf



südafrikanisch bedeutet Frieden die Unterjochung der Staaten des Subkontinents, ihre Herabwürdigung zu von Marionetten regierten Bantustans.

Wie stellen sich die jungen Nationalstaaten im Süden Afrikas zu dem rassistischen Staat und seinen Absichten? Die Antwort ist im Kommuniqué des am 29. April 1984, also nach dem Abschluß der erwähnten Abkommen, abgehaltenen Gipfeltreffens der "Frontstaaten" in Arusha (Tansania) zu finden. Darin heißt es: "Der Friede ist mit dem Rassismus und Kolonialismus unvereinbar. Der Mensch ist so beschaffen, daß Männer und Frauen für die Ideale der Freiheit und Menschenwürde in den Tod gehen, wenn ihnen die friedliche Ausübung dieser Grundrechte unmöglich gemacht wird. Da die Regierung der RSA mit den Befreiungskraften Südafrikas über eine friedliche Aufhebung der Apartheid nicht verhandeln will, wird die Fortsetzung des Kampfes gegen dieses System mit anderen Mitteln, auch mit Waffen, die unvermeidliche Alternative sein."

Die afrikanischen Spitzenpolitiker haben betont, daß sich die "Frontstaaten" und die Befreiungsbewegungen das Ziel setzen, die Apartheid mit allen erforderlichen Mitteln auszurotten, und haben erklärt, daß sie die Freiheitskämpfer auch weiterhin unterstützen werden. Sie haben darauf hingewiesen, daß sie es nicht nur aus Solidarität und aus Ablehnung der Apartheid tun, "die zu akzeptieren man niemanden, sei es durch die militärische, sei es durch die wirtschaftliche Macht der RSA noch auch mit Hilfe von Söldnern oder Verrätern, zwingen kann". Die Frage sei akuter und umfassender: "Die Teilnahme am Kampf für die restlose Befreiung Afrikas vom Kolonialismus und Rassismus bedeutet, zur Konsolidierung der Freiheit und Sicherheit der bereits unabhängigen ..., vor allem der 'Frontstaaten', beizutragen."

Die Teilnehmer des Treffens in Arusha haben demnach die Auffassung der Regierung Botha von den Grundsätzen für die Beziehungen zwischen der rassistischen RSA und den jungen Nationalstaaten entschieden abgelehnt und das Antagonistische der Gegensätze zwischen ihnen dargelegt.

Es ist bezeichnend, daß Pretorias Optimismus hinsichtlich der Vereinbarungen sogar in der "weißen" RSA längst nicht von allen geteilt wird. Im Johannesburg "Star" schrieb der in der RSA bekannte Kommentator Allister Sparks: "Eine Unmenge euphorischen Unsinn ist über den Nkomati-Vertrag und über die Unterstützung geschrieben worden, die die Spitzenpolitiker der anderen afrikanischen Frontstaaten dem Signatar Präsident Machel geleistet haben. In Wirklichkeit bedeutet das alles keineswegs, daß man sich nähergekommen ist. Die schwarzen Staaten haben ihre Mei-

nung über die Apartheid nicht geändert, und ebensowenig hat die RSA ihre vornehmliche Absicht, den weißen Staat aufrechtzuerhalten, aufgegeben."

Nicht vertrauenswürdig

Trotzdem hielten es Mocambique und Angola für zweckmäßig, ein Abkommen mit der RSA zu treffen. Die Spitzenpolitiker der VRM und der VRA sahen in der Bereitschaft der RSA zur Einigung vor allem das Eingeständnis, daß die Pläne der Regierung Botha gescheitert waren, die FRELIMO in Mocambique und die MPLA-Partei der Arbeit in Angola mit der bisherigen unverhohlenen aggressiven Politik zu stürzen. In Maputo und Luanda erwartete man, das gebe die Möglichkeit, die Spannungen an ihrer Südgrenze etwas zu lockern und eine Atempause zu bekommen, die sie zur Stabilisierung und zur Erfüllung der lebenswichtigen Aufgaben ihrer internen Entwicklung so dringend brauchen. Außerdem betrafen die von Pretoria zugesagten Zugeständnisse Probleme, die für die VRM und VRA äußerst wichtig sind.

In Mocambique z. B. hatten sich die konterrevolutionären MNR-Banden, die der IV. Kongreß der FRELIMO-Partei als "Vortrupp" der RSA-Streitkräfte bezeichnet hat, zu einem destabilisierenden Faktor gesamtnationalen Maßstabs ausgewachsen, und das zu einer Zeit, wo das Land ohnehin von der schwersten Dürre seit 50 Jahren und von den Krisenerscheinungen in der Wirtschaft des Westens, von der es noch immer weitgehend abhängt, betroffen war.

In einer Debatte über die Lage im südlichen Afrika trug die 40. Ministerratstagung der OAU vom 5. und 6. März 1984 den Schwierigkeiten Mocambiques und Angolas Rechnung und äußerte Verständnis für die Umstände, die sie zu dem Abkommen mit der RSA veranlaßt hatten. Auf der Tagung und später, bei dem schon erwähnten Treffen der "Frontstaaten", wurde hervorgehoben, jetzt, wo der Nkomati-Vertrag und die Vereinbarung von Lusaka vorlägen, erwarte das unabhängige Afrika von der RSA eine strikte Erfüllung ihrer Verpflichtungen.

Die jüngsten Geschehnisse haben jedoch bestätigt, daß das Apartheidregime kein vertrauenerweckender Partner sein kann. Es basiert seine Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten auch weiter auf Gewalt, Diktat, Betrug und Verrat. Pretoria denkt nicht daran, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Vielmehr hat es versucht, sie als Köder auszuwerfen, um die VRM und die VRA zu neuen Zugeständnissen ohne Gegenleistung zu veranlassen.

In Angola wurde der Abzug der RSA-Truppen, kaum begonnen, an einer Linie abgebrochen, die etwa 40 km

WAS IST WAS!

MPLA-Partei der Arbeit: Regierungspartei Angolas, die den wissenschaftlichen Sozialismus zu ihrer Ideologie erklärt hat

FRELIMO: Regierungspartei Mocambiques, die den wissenschaftlichen Sozialismus zu ihrer Ideologie erklärt hat

SWAPO: Südwestafrikanische Volksorganisation. Seit 1968 heißt sie namibisch. Die UNO-Vollversammlung hat die SWAPO als "die einzige Repräsentantin des Volks von Namibia" anerkannt

ANC: Afrikanischer Nationalkongreß in Südafrika, eine politische Massenorganisation, die im Kampf für die Liquidierung des rassistischen Regimes führend ist

UNITA: "Nationalunion für völlige Unabhängigkeit Angolas". Eine von den Geheimdiensten der RSA und von der CIA gebildete und auf deren Kosten existierende konterrevolutionäre Marionettenorganisation

MNR: "Nationaler Widerstand Mocambiques", eine konterrevolutionäre Marionettenorganisation im Dienste der RSA

nördlich der Grenze Namibias verläuft und an der die Okkupanten noch heute stehen. Pretoria hat darauf spekuliert, daß Angola an der Befreiung der annektierten Gebiete interessiert ist, und als Bedingung für den Abzug seiner Truppen verlangt, die VRA solle unter Aufbietung aller ihrer Möglichkeiten die SWAPO zwingen, den bewaffneten Kampf in Namibia einzustellen, ohne daß sich die RSA zur Erfüllung der Resolution Nr. 435 des UNO-Sicherheitsrates verpflichtet.

Das Verhalten der RSA zeugte von ihrer Absicht, die Erfüllung der Resolution Nr. 435 nach wie vor zu blockieren und nach Möglichkeiten zu suchen, sie zu umgehen. So z. B. dauerten die Versuche an, die Marionetten Pretorias zu legalisieren, obwohl in der Resolution Nr. 435 im namibischen Konflikt nur die SWAPO und die RSA als Konfliktparteien anerkannt werden und mit der Formulierung einer Verfassung für das unabhängige Namibia eine Konstituante betraut wird, die im Rahmen der Regelung zu wählen sei. Was die Feuereinstellung betrifft, so ist sie, der Resolution zufolge, nur der Ausgangspunkt zu einem unter Aufsicht und Kontrolle der UNO vorzunehmenden Komplex von Maßnahmen, dank denen Namibia binnen ungefähr eines Jahres

unabhängig werden soll. Eine Feuereinstellung in Namibia ohne solche Maßnahmen wäre für die SWAPO gleichbedeutend mit einer militärischen Kapitulation.

Bei den Zusammenkünften zur Namibiafrage in Lusaka im Februar und Mai sowie auf den Kapverdischen Inseln im Juli 1984 drängte die RSA ihren Standpunkt hartnäckig der SWAPO, Angola und den anderen "Frontstaaten" auf, wurde jedoch zurückgewiesen.

Die Rassisten, die den Frieden im Munde führen, brachten mit Hilfe ihrer Kreaturen von der UNITA auch weiter Tod und Verderben über Angola. Nachdem die Banditen eine Reihe schwerer Niederlagen einstecken und sich von der Unhaltbarkeit des Planes überzeugen mußten, die großen Städte zu besetzen, gingen sie zu Terror- und Sabotageakten über, denen größtenteils Zivilisten zum Opfer fallen. Immer häufiger nimmt die UNITA Geiseln, von denen die meisten ausländische Zivilfachkräfte sind. In den Raum der angolanischen Provinz Kunene, den die RSA-Truppen schließlich doch geräumt haben, wurden Banden dieser konterrevolutionären Organisation eingeschleust.

Die Regierung Botha hat es nicht nur unterlassen, den Abbruch der Verbindungen mit der UNITA zuzusagen, sondern verlangt immer unverschämter deren internationale Anerkennung. Im März 1984 schlug sie vor, die UNITA — ebenfalls unter Umgehung der Resolution Nr. 435 — zu einer von Pretoria geplanten Konferenz "sämtlicher in den Namibia-Angola-Konflikt verstrickten Parteien" heranzuziehen. Im September wohnte der UNITA-Führer Savimbi der Vereidigung Pieter Bothas als Präsident bei. Auf einer danach gemeinsam mit RSA-Außenminister Roelof Botha abgehaltenen Pressekonferenz erklärte Savimbi, er wolle die MPLA "zwingen", "die Macht zu teilen". Roelof Botha wiederum hat bestätigt, daß Pretoria bemüht ist, die Regierung der VRA für Verhandlungen mit der UNITA zu gewinnen.

Obstruktionstaktik

Auch an der Einstellung der RSA zu der vielstrapazierten "Koppelung" einer Regelung in Namibia mit dem Abzug der internationalistischen kubanischen Truppen aus Angola hat sich nichts geändert. Die Idee hat die Regierung Reagan Pretoria eingeflüstert, um die Sicherheit der VRA zu unterminieren und zu erreichen, daß diese der von den imperialistischen Mächten unterstützten direkten und indirekten Aggression der RSA ohne die Militärhilfe Kubas ausgeliefert sei. Zugleich sollte mit dieser Forderung die Erfüllung der Resolution Nr. 435 abgebremst werden.

Dieser Einstellung setzte die Regierung Angolas die Bemühung um ein wirkliches Gesunden der Lage in der Region entgegen. Angola legte das in gemeinsamen Urkunden mit Kuba vom 4. Februar 1982 und 19. März 1984 sowie in einer Erklärung des Präsidenten der VRA vom 26. August 1983 dar. Diese besagt, daß dem Abzug der kubanischen Internationalisten die Schaffung von Bedingungen vorauszu gehen habe, die die Sicherheit Angolas ausreichend garantieren würden. Konkret handelt es sich um einen sofortigen und bedingungslosen Abzug der RSA-Truppen aus den besetzten Gebieten Angolas und um die Einstellung der Aggression der RSA gegen Angola sowie jedweder Unterstützung der UNITA-Banden; ferner um eine unverzügliche Erfüllung der Resolution Nr. 435 und um wahre Unabhängigkeit für Namibia.

Im September 1984 wurden die grundsätzlichen Punkte der angolanischen Stellungnahme zu einem "Programm" fortentwickelt und gestaltet, das eine Aufzählung der praktischen Maßnahmen enthält, die die VRA vorgeschlagen hat, um aus der durch Verschulden Pretorias und Washingtons entstandenen Sackgasse herauszukommen. Einen Monat später leitete die Regierung Angolas der RSA über die USA einen Zusatz zum Programm zu, in dem diese Vorschläge detailliert worden waren.

Die Verhandlungen waren zwar geheim, aber die USA und die RSA hatten schon für ein "Durchsickern von Informationen" gesorgt. Die Initiative Angolas wurde völlig entstellt, es wurde behauptet, Angola sei mit der "Koppelung" einverstanden. Es war ein notorischer Versuch, die UNO irrezuführen und ihr vorzuspiegeln, daß es der RSA und den USA gelinge, Angola ihren eigenen Kurs aufzuoktroyieren. Um das zu widerlegen, machte die Regierung der VRA das Programm selbst und den Zusatz in einem Schreiben von Präsident dos Santos an den UNO-Generalsekretär vom 17. November 1984 publik. (Die Dokumente waren im vollen Wortlaut in unserem Heft 51/1984 veröffentlicht.)

Angolas Vorschläge zeugten von seiner Bereitschaft, sich im Interesse einer Regelung politisch sehr flexibel zu zeigen, ohne seine Prinzipien aufzugeben. Pretorias Antwort war dem Sinn nach völlig negativ und der Form nach ultimatив und beleidigend. Sie ließ das Widerstreben Pretorias erkennen, nach für beide Seiten akzeptablen Lösungen zu suchen, sowie dessen völlige Unfähigkeit, mit den souveränen Ländern Afrikas anders als mit ihren Bantustans umzugehen.

Die Regierung Botha machte die Zusicherung des Truppenabzugs aus Angola davon abhängig, daß die SWAPO ohne Gegenleistung den bewaffneten

Freiheitskampf einstelle und die VRA auf eine Umbildung der provisorischen gemischten Kommission (Angola-RSA), die die Erfüllung der Vereinbarungen von Lusaka zu überwachen hat, in ein permanentes Organ eingehe. (Ein solches war in der Vereinbarung von Lusaka nicht vorgesehen.) Dann könnte die RSA ihre Präsenz in den zu räumenden Grenzgebieten der VRA aufrechterhalten. Beide Forderungen laufen der Resolution Nr. 435 zuwider.

Für den Abzug aller kubanischen Internationalisten aus Angola setzte Pretoria drei Monate an und verlangte außerdem seine Zulassung zur Kontrolle über den Abzug einschließlich der Freizügigkeit in der VRA und des Rechts, die Gebiete, wo die Evakuierung erfolgt, zu beobachten. Außerdem forderte es Listen der kubanischen Soldaten und der Berater aus anderen Staaten.

Die Unterstützung der UNITA hat das rassistische Regime jedoch ostentativ umgangen und damit gezeigt, daß Änderungen der Politik in dieser Hinsicht nicht zu erwarten sind.

Angolas Vorschläge seien, wie dos Santos auf der I. Landesparteikonferenz der MPLA-Partei der Arbeit vom Januar d. J. erklärte, "mit Dünkel und Mißachtung unserer Souveränität von der RSA aufgenommen worden, die unzulässige, den Normen für die internationalen Beziehungen zuwiderlaufende Forderungen stellt". Das Ende Januar d. J. abgehaltene neue angolanisch-amerikanische Treffen hat lediglich bestätigt, daß die Verhandlungen noch mehr als früher festgefahren sind.

Nicht minder herausfordernd haben sich die Rassisten Mocambique gegenüber verhalten.

Verrat als Politik

Anfang 1984, gerade als die Vorbereitungen zum Abschluß des Nkomati-Vertrags zu Ende gingen, verlegte die RSA rund 2000 Banditen und einige Dutzend Tonnen Waffen und Munition für den MNR nach Mocambique. Schon dieser merkwürdige Prolog zum Vertrag zeugte eindeutig davon, daß Pretoria ihn gar nicht gewissenhaft zu befolgen gedenkt. Das hat es auch nicht getan.

Nachdem die Regierung Botha demonstrativ einige "Repräsentanten" des MNR ausgewiesen hatte, ließ sie im Widerspruch zum Vertrag Stützpunkte und Militärlager dieser Organisation in der RSA fortbestehen. Die in Mocambique hausenden Banden bekamen aus der RSA weiter auch Verstärkungen, anfangs allerdings in getarnter Form. Seit dem 16. März sind die Gesamtaktivitäten des MNR nicht zurückgegangen, sondern angewachsen.

Die Rassisten verfuhrten nach demselben Schema wie in Angola. Sie glaubten,



Die MNR-Banden überfallen friedliche Dörfer und äschern Bauernhäuser ein. Dieses kleine Mädchen hat schwere Brandwunden erlitten und ist nur wie durch ein Wunder am Leben geblieben

Foto: AIM-TASS

die Regierung Mocambiques zu Verhandlungen mit dem MNR zwingen zu können, was schließlich — so hoffte man in Pretoria — zu einer "Teilung der Macht" führen würde. Die Versuche, Mocambique zu diesen Verhandlungen — direkten oder mit RSA-Vermittlung — nötigen zu können, unternahm die Regierung Botha, als ihr Außenminister im Juni 1984 Maputo besuchte und während sich Delegationen der VRM unter Minister Veloso, Mitglied des Politbüros des ZK der FRELIMO, Mitte August und Ende September in Pretoria aufhielten.

Die Führung Mocambiques wies diese Ansinnen zurück. Sie fand Verhandlungen mit dem MNR grundsätzlich inakzeptabel und praktisch sinnlos, da es nicht von den Marionettenführern, sondern von Pretoria abhing, ob die Aktionen der Banden in Mocambique aufhören würden oder nicht. Deren Fortdauern betrachtete man in Mocambique mit Recht als Verstoß der RSA gegen ihre eigenen vertraglichen Verpflichtungen. Vor seinem Abflug aus Pretoria am 28. September 1984 erklärte Veloso: "Sechs Monate nach Unterzeichnung des Nkomati-Vertrags sind noch immer keine praktischen Resultate erzielt." Die Nachrichtenagentur Mocambiques konstatierte damals, daß das Verhalten der RSA die Vereinbarung in Nkomati zu sprengen drohe.

Angesichts des unerschütterlichen Widerstandes beschlossen die Rassisten zu manövrieren. Bei Verhandlungen mit der Delegation der VRM, die Anfang Oktober in die RSA zurückkehrte, schien die Regierung Botha Zugeständnisse zu machen. Es wurde eine Erklärung vereinbart und publiziert, wonach die Kampfhandlungen aufgrund einer Anerkennung der Staatsführung Mocambiques unter Präsident Machel durch den MNR demnächst eingestellt werden würden. Zur möglichst baldigen Ausführung dieser

Erklärung wurde aus Vertretern der VRM, der RSA und des MNR eine Kommission gebildet.

Die Führung Mocambiques betonte, daß die Kommission rein technischen Charakter habe und daß ihre Funktionen auf Fragen beschränkt zu bleiben hätten, die die Einstellung der militärischen Aktivitäten des MNR und die Auflassung seiner Stützpunkte und Waffenmagazine betrafen. Anhängern des MNR, die die Waffen strecken sollten, wurden eine Amnestie, Arbeitsbeschaffung und Rückkehr ins friedliche Leben zugesagt.

In Mocambique kam es aber nicht zum Frieden.

Kaum hatte der RSA-Außenminister aus einer Pressekonferenz vom 3. Oktober 1984 den Inhalt der "Erklärung von Pretoria" bekanntgegeben, da gaben die Rädelsführer des MNR der Urkunde ihre eigene Auslegung und erklärten, daß die Bedingungen für die "Feuereinstellung" erst bestimmt werden müßten, und solange das nicht geschehen sei, würden sie gegen die FRELIMO-Regierung weiter Krieg führen. Recht bald zeigte es sich, was das für Bedingungen waren. Der MNR forderte sage und schreibe Zulassung seiner Vertreter zu Schlüsselposten in der Regierung, eine Verfassungsänderung in Mocambique und die Abkehr von der sozialistischen Ausrichtung seiner Politik. Ultimativ wurden Direktverhandlungen zwischen dem MNR und der Regierung der VRM gefordert.

Und die RSA? Da der MNR eine Marionettenorganisation ist, errät man unschwer, daß sich seine Rädelsführer

nicht auf eigene Faust, sondern auf Weisung ihrer Brötchengeber aus der RSA so verhielten. Die Mache der Rassisten mit der "Erklärung von Pretoria" verfolgte nicht nur einen Zweck. Bothas Regime stellte den MNR angelegentlich als selbständig hin und versuchte, nicht nur die Verantwortung für seine eigenen Verbrechen von sich abzuwälzen, sondern sich zugleich auch als "ehrlicher Vermittler" zu geben, der für den Frieden und die Stabilität in Mocambique alles tue, jedoch außerstande sei, den Starrsinn der "Konfliktparteien" zu brechen.

Mehr noch, unter dem Deckmantel dieser "friedensfördernden Vermittlermission" bemühten sich die Rassisten um die militärische Präsenz in Mocambique und boten der VRM aufdringlich ihre Truppen zum "Schutz" verschiedener Objekte vor dem MNR, zur Verhütung von "Gewaltakten" und zur Aufsicht über die "Feuereinstellung" an. Wie man sieht, bedient sich Pretoria in seiner Afrikadiplomatie ungeniert bei Gangstern entlehnter Methoden, denn es bietet Mocambique ja eigentlich an, darauf einzugehen, daß es von der RSA vor dieser selben RSA geschützt werde.

Bei mehreren Zusammenkünften im Rahmen der gemischten Kommission, die in Pretoria stattfanden, wies Mocambique die Forderungen der Rassisten und ihrer Handlanger zurück. Die RSA beantwortete das mit einer weiteren Eskalation der politischen und militärischen Druckausübung. Der MNR erklärte, er trete aus der Kommission aus. Die Rassisten sind dazu übergegangen, den Konterrevolutionären auf dem Luftwege ganz offen Waffen und Munition zu liefern. Immer neue Banden werden in Mocambique eingeschleust. Man versuchte sogar, die Hauptstadt Maputo zu blockieren. Auf dem Lande haben die Banditen unter der Zivilbevölkerung und unter ausländischen Fachkräften Blutbäder angerichtet.

Ende Dezember 1984 erklärte Samora Machel: "Der Schlüssel zum Problem des Terrorismus in Mocambique liegt in Südafrika." Der Präsident der VRM warf den Rassisten vor, daß sie wie früher Banditen "unterstützen, ihnen Verstärkungen schicken, sie ausrüsten und in Mocambique einschleusen".

Blitzkriegsübungen

Pretorias scheinbare Friedensinitiativen hatten unaufhaltsame Kriegsvorbereitungen zum Hintergrund. Davon, daß die Aggressivität der Rassisten unverändert ist, zeugt beredt ein vom Verteidigungsministerium der RSA einen Monat nach Abschluß des Nkomati-Vertrages herausgegebenes "Weißbuch". Die diplomatischen "Erfolge" der RSA werden

darin unverblümt mit den "machtvollen Militäraktionen der südafrikanischen Sicherheitsstreitkräfte" erklärt, die es ermöglicht hätten, die Nachbarn "zur Raison zu bringen". Eine derartige "Abschreckungsstrategie" wird auch für die Zukunft empfohlen.

Im August und September 1984 hielt die RSA unter der Kodebezeichnung "Streitwagen des Donnerers" die größten Manöver seit dem zweiten Weltkrieg ab. Wie General Kruijs, der die Manöver befehligte, gesagt hat, hatten sie den Zweck, die Blitzkriegskunst noch besser beherrschen zu lehren. Ohne alle Umschweife hat sich Verteidigungsminister Malan, der den Manövern beiwohnte, so geäußert: "Mit dem gestern Gesehenen können wir bis Kairo kommen."

In zunehmendem Umfang werden die materiellen Vorbereitungen zum Krieg getroffen. Im Rechnungsjahr 1984/85 soll der Militäretat der RSA auf 3,75 Md. Rand, d. h. um 21,4% gegenüber dem vorangegangenen Jahr, erhöht werden. Geplant ist eine "neue Generation der wichtigsten Rüstungen", ferner der Bau neuer Militärstützpunkte und an der Nordgrenze der RSA vorgeschobener Flugplätze sowie eine Verstärkung der Armee.

Also spricht die RSA noch jetzt mit dem unabhängigen Afrika die Sprache der Gewalt.

Die Regierung Botha stützt sich in ihrer Politik auf das Mitwirken Washingtons, das von den Urhebern der US-Politik wie zum Hohn konstruktiv genannt wird. Die USA haben sich rege an den Verhandlungen der RSA mit Angola und Mocambique beteiligt — im ersten Falle offiziell als Vermittler. Der stellvertretende Staatssekretär für Afrika, Ch. Crocker, und sein Assistent Frank Wisner waren mehrmals in Pretoria, Luanda, Maputo und den Hauptstädten anderer "Frontstaaten". Jedemal bemühten sie sich darum, die Rassisten zu rechtfertigen und den Afrikanern Bedingungen und Forderungen aufzuzwingen. Wenn sich die Herren aus Washington zuweilen "feiner" als die Rassisten ausdrücken und sogar versprechen, die RSA zur "Zurückhaltung" zu bringen, so ist das nichts weiter als ein Spiel mit verteilten Rollen.

Die Teilnehmer der am 6. März in Moskau abgehaltenen sowjetisch-angolanisch-kubanischen Beratungen haben konstatiert, daß die Spannung im Süden Afrikas im vergangenen Jahr nicht nachgelassen hat, weil Pretoria seine aggressive Politik gegen Angola und die anderen unabhängigen Länder Afrikas weiterbetreibt. Der Weg zur Sanierung in der Region könne nur bei der Bereitschaft gebahnt werden, auf die wahren Interessen dieser Staaten, der Völker Namibias und des südlichen Afrika Rücksicht zu nehmen.

USA

Washington setzt auf ein neues ICBM – Programm

IM MX-TAUMEL

Die Reagan-Administration bemüht sich um ein Ja des Kongresses zu Bewilligungen für die Produktion der zweiten Partie von MX-Raketen (21 Stück). Am 12. März, dem Tag des Beginns der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf, hat das Weiße Haus den Unterausschuß für Verteidigungsausgaben beim Finanzausschuß des Repräsentantenhauses "herumgekriegt". Die Gesetzgeber waren einverstanden, 1,5 Md. Dollar bereitzustellen. Dem war eine massive Kampagne für den Bau neuer interkontinentaler ballistischer Raketen (ICBM) vorausgegangen.

Noch früher waren Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger persönlich beim Verteidigungsausschuß des Senats vorstellig geworden, um die Gesetzgeber zu zweit für das MX-Programm einzustimmen. Am 4. März legte Reagan dem Kongreß einen Bericht vor. In einem Begleitschreiben führte er aus: Genug geredet, "die Zeit ist gekommen, die Frage endgültig zu lösen", wobei endgültig gleich positiv verstanden werden sollte. Täglich lud der Präsident 30 Kongreßmitglieder zu vertraulichen Gesprächen ein. Am 9. März schließlich forderte er in seiner Rundfunkansprache erneut dazu auf, das MX-Programm zu unterstützen.

"Waffen haben wir genug"

Wie vielleicht Erinnerung, stellte der Kongreß im vorigen Jahr 2,5 Md. Dollar für den Bau von 21 Raketen bereit, obwohl das Weiße Haus 4,6 Md. für 40 Raketen beantragt hatte. Anderthalb Milliarden Dollar aus diesem Betrag wurden gesperrt, solange beide Kammern bei einer Sonderabstimmung und bei der Abstimmung über die einzelnen Posten des Haushalts 1985 keinen entsprechenden Beschluß gefaßt hatten.

Gesagt sei, daß das MX-Programm im Kongreß von verschiedenen Seiten kritisiert wird: sowohl von den "Liberalen" als auch von einigen "Falken". Die republikanischen Senatoren John East und Steve Symms betonten in einem Brief an den Präsidenten, daß sie eventuell gegen die Mittel für die MX stimmen würden. Sie seien nämlich überzeugt: Man könne die Überlegenheit über die UdSSR anders, billiger erreichen. Beispielsweise schlagen sie vor, den SALT-2-Vertrag überhaupt aufzugeben.

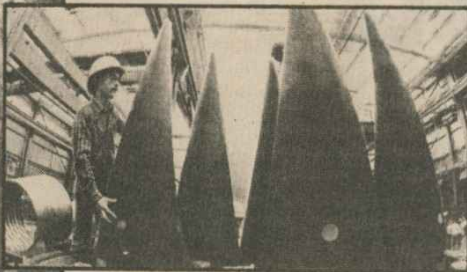
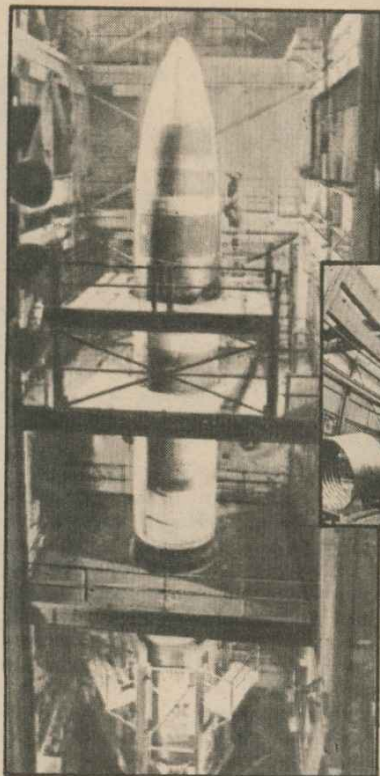
Die Öffentlichkeit und vernünftige Politiker wenden sich eifrig gegen das MX-System. F. Vertheimer, der der Anti-Kriegsorganisation "Common Cause" vorsteht, sagt: "Wenn wir die Oberhand gewinnen, wollen wir etwas tun, was früher nie getan wurde: einem konkreten Waffensystem den Weg versperren..."

Alles für den Erstschatz

Unter Nixon als materielle Basis von Schlesingers Counter-force-Konzeption gedacht, nahm die MX in Carters Doktrin des "begrenzten Nuklearkrieges" eine zentrale Stellung ein. Eine Zeitlang suchte Reagan mittels dieser Raketen das "Fenster der Verwundbarkeit" zu schließen. Nunmehr ist sein Team der Meinung, die MX sei der Schlüssel zum Erfolg der Verhandlungen in Genf.

Die heutige Administration hat die endgültige Lösung gefunden und die MX in die Strategie der "direkten Konfrontation" eingebunden. Im Programm der "Neuausrüstung Amerikas" ist dem Bau dieser Raketen — unter dem Aushängeschild "Modernisierung der ICBM-Kräfte" — ein zentraler Platz zugewiesen. Bei der Diskussion über die Modernisierungspläne im Senatsausschuß für Angelegenheiten der Streitkräfte nahmen die Washingtoner Strategen kein Blatt vor den Mund: "Die Sprengköpfe der MX-Raketen mit ihrer Treffgenauigkeit werden die Russen lehren, daß ihre unterirdischen Raketenbunker, ihre Führungsorgane und die entsprechenden Kommando- und Steuerzentralen gefährdet sind." (J. Vessey, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs.) "Der vom Präsidenten vorgeschlagene Plan der ICBM-Modernisierung sprengt den Rahmen der nuklearen Eindämmung allein". (Verteidigungsminister Weinberger.)

Die technischen und taktischen Daten der MX geben Aufschluß über die strategischen US-Pläne. Jedes dieser 100-t-Monstren kann bis zu 10 einzelnen Gefechtsköpfe tragen, von denen jeder eine Detonationsstärke von 600 Kilotonnen TNT hat. Die MX hat mehr als dreimal so viele Gefechtsköpfe wie die schon in den Rüstungsbestand der USA aufgenommenen Minuteman-3-Rakete, jeder MX-Sprengkopf hat eine fast doppelt so



Das vielköpfige MX-Monstrum: Seit Juni 1983 werden Flugversuche vorgenommen. Das Weiße Haus will diese Raketen schon im nächsten Jahr stationieren

Fotos aus:

"Le Nouvel Observateur" (Frankreich) und "U. S. News and World Report" (USA)

große Detonationsstärke und ist doppelt so treffsicher (die wahrscheinliche mittlere Zielabweichung der M-21-Sprengköpfe: 90m). Ihrer Vernichtungswirkung nach kommt eine MX-Rakete 15--20 Minute-man-3-Raketen gleich und ist dafür bestimmt, auf dem Territorium der UdSSR Objekte zu treffen (ICBM-Startschächte, Gefechtsstände), deren Vernichtung nur bei einem Erstschoß Sinn hat.

Mitte Dezember v. J. teilte der stellvertretende Pressesekretär des Weißen Hauses, S. Symms, Journalisten mit: Vorgesehen sei der Bau von 223 MX-Raketen. Sein Chef L. Speakes pflichtete bei: "Der Präsident ist für das volle Programm von Produktion und Aufbau der MX...".

Die Massenmedien in den USA beachteten diese Neuigkeit nicht weiter, es war keine. Im Juli 1983 schrieb die "Washington Post" warnend: Es gebe ein geheimes "Memorandum über die Programmziele", dem zufolge die be-

kanntgegebene Stationierung von 100 MX-Raketen in den "Minuteman"-Bunkern nur die erste Stufe der Neuausrüstung Amerikas sei.

Höchst offen war Paul Nitze, Hauptberater der Administration für Rüstungskontrolle. Vor kurzem sagte er im Verteidigungsausschuß des Senats, wobei er sich natürlich für das MX-Programm einsetzte: "Die geplanten 100 MX-Raketen genügen

nicht, um eine wirksame Gefahr des Erstschoßes gegen die verbunkerten ICBM-Starttrampen der Sowjetunion zu schaffen."

Trumpf bei den Verhandlungen?

Reagan konnte das MX-Programm durchbringen. Als Ende 1982 das Repräsentantenhaus den vom Weißen Haus vorgeschlagenen Plan einer "zusammengeballten Stationierung" ablehnte, wurde bekanntgegeben, eine spezielle zwischenparteiliche Expertenkommission werde eine endgültige Methode für die Stationierung erarbeiten. Mitglieder der Kommission wurden eingefleischte Hardliner — A. Haig, R. Helms, Th. Reed, J. Woolsey u. a. —, ihr Vorsitzender ist General a. D. Brent Scowcroft, früher Sicherheitsberater Präsident Nixons und Präsident Fords.

Gerade die Kommission für strategische Kräfte hat eine solide ideologische und propagandistische Begründung des MX-Programms ausgearbeitet. Sie legte ihre Empfehlungen vor: 100 MX-Raketen in den bestehenden Bunkern für Minute-man-Raketen zu stationieren und mit der Entwicklung einer neuen Rakete vom Typ "Midgetman" (Zwerg), mit nur einem Sprengkopf, zu beginnen.

Das größte "Verdienst" der Scowcroft-Kommission ist, daß sie nicht nur die Orientierungspunkte bei der Entwicklung amerikanischer ICBM auf weite Sicht festsetzte, sondern auch noch so, daß jede Stufe der Aufstockung des US-Potentials mit der "Rüstungskontrolle" und mit der "höheren Stabilität" der nuklearen Konfrontation verbunden scheint. Wenn früher solche Verbindungsbrücken in Washington hauptsächlich als Hypothesen bestanden, so werden sie gegenwärtig zu einem politischen Imperativ erhoben. K. Adel-

man, Direktor der amerikanischen Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung, erklärte: "Hier, in den USA, soll es nicht darum gehen, ob die nukleare Hochrüstung eingestellt werden muß oder sich ungestört ausdehnen darf, sondern darum, wie sie am besten zu steuern ist."

Vom Standpunkt der US-Interessen führe der "beste" Weg der Hochrüstung über den Verzicht auf die "destabilisierenden" Systeme, d. h. auf die ICBM mit individuell ins Ziel gehenden Gefechtsköpfen. Deshalb wurde in einem Bericht der Scowcroft-Kommission der alte Gedanke wieder hervorgeholt, Raketen mit Einzelgefechtskopf zu bauen.

Doch die Aufrichtigkeit solcher Absichten Washingtons wird selbst von leidenschaftslosen Beobachtern angezweifelt. Im Einklang mit den Empfehlungen der Kommission soll nämlich nichts anderes als das MX-System jene Übergangsbrücke zur "Midgetman"-Rakete sein, die nicht vor 1987 in die Bewaffnung aufgenommen wird.

Real denkende Politiker in den USA sehen ganz andere Verbindungen zwischen dem MX-Programm und der Erhöhung der Stabilität. Senator G. Hart, einer der konsequentesten Sprecher der Opposition gegen das MX-Programm im Kongreß, sagte seinerzeit, sobald die USA die Entfaltungsbegonnen, würden sie gezwungen sein, entweder zu einer Form der Raketenabwehr ihrer Angriffskräfte oder aber zur Konzeption des Erst- bzw. "Vorbeugungs"-schlages zurückzukehren. Hinzugefügt sei nur, daß das weltraumgestützte Raketenabwehrsystem in Washington schon im Konzeptionsstadium ist, und man denkt dort nicht daran, auf einen Erstschoß zu verzichten.

Ende Januar wurden ins Weiße Haus Mitglieder des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses eingeladen. Dort unternahm es Reagan selbst, sein Sicherheitsberater McFarlane und George Shultz, sie umzustimmen. Das Treffen verlief hinter verschlossenen Türen, doch in die Presse sickerten die Worte des Präsidenten, die US-Delegation zu den Genfer Verhandlungen werde Weisungen erhalten, "sich vom Tisch zu erheben und nach Hause zu gehen", falls sie nicht ein "gutes Abkommen" erreiche. Mit Sicherheit kann man sagen, daß die USA in den Rahmen eines solchen Abkommens die MX-Raketen, die Weltraumrüstung, die Cruise Missiles, die "Trident", die "Stealth" usw. usf. hineinräumen.

Die Verbindung zwischen dem MX-Programm und der Rüstungskontrolle ist rein spekulativ. Nicht von ungefähr wies das Weiße Haus die Versuche einiger Kongreßmitglieder zurück, die MX als "Tauschobjekt" bei den Verhandlungen zu betrachten. Für Washington ist die MX ein Trumpf, ja ein Trumpf, das ihm das Diktat ermöglichen soll.

K. JERMISCHIN

SHUKOW

MARSCHALL

Prof. Nikolai JAKOWLEW

Woher kommt der nächste Schlag?

Am 8. April 1943 lag Stalin ein von der Woronesher Front eingesandter Bericht Marschall Shukow vor. Der Bericht war mit den Oberbefehlshabern der Woronesher und der Zentralfront erörtert worden und gab auch die Meinung des Generalstabs wieder, mit dessen Leitung Shukow den Inhalt durchgesprochen hatte. Er schrieb:

"Ich übermittle Ihnen hiermit meine Meinung über die möglichen Handlungen des Gegners im Frühjahr und Sommer 1943 und meine Erwägungen über unsere Verteidigungskämpfe in der nächsten Periode.

1. Der Gegner wird nach den großen Verlusten des Winterfeldzugs 42/43 ..., in Anbetracht der Begrenztheit größerer Reserven ... im Frühjahr und in der ersten Hälfte des Sommers 1943 gezwungen sein, Angriffshandlungen an einer schmalen Front zu entfalten... Ausgehend davon, welche Gruppierungen augenblicklich vor unserer Zentral-, Woronesher und Südwestfront stehen, bin ich der Auffassung, daß der Gegner seine Hauptangriffsoperationen gegen diese drei Fronten richten wird...

2. Der Gegner dürfte in der ersten Etappe ... einen Stoß ... im Nordosten und ... unter Umgehung von Kursk im Südosten führen...

Der Gegner ... kann ... gegen unsere Kursker Gruppierung bis zu 15 bis 16 Panzerdivisionen mit insgesamt 2500 Panzern einsetzen...

6. Soll der Gegner an unserer Verteidigung zerbrechen, so müssen wir nicht nur die Panzerabwehr der Zentral- und der Woronesher Front verstärken, sondern auch schnellstens unsere Operative Re-

serve im Raum Jefremow--Liwny--Kastornoje--Nowy Oskol--Waluiki--Rososch--Liski--Woronesh--Jeletz unterbringen. Dabei wären die Hauptkräfte der Reserven im Raum Jeletz--Woronesh zu stationieren...

Ich halte es für unzweckmäßig, unsere Truppen in den nächsten Tagen zum Angriff übergehen zu lassen, um dem Gegner zuvorzukommen. Es wäre besser, wenn wir ihn durch unsere Verteidigung zermürben, seine Panzer vernichten und dann seine Hauptgruppierung unter Einsatz frischer Reserven im Generalangriff endgültig schlagen."

Als Stalin Shukows Bericht erhielt, war Generalstabschef Wassilewski gerade bei ihm. Der Oberste Befehlshaber las das Dokument aufmerksam durch, ging in seinem Arbeitszimmer schweigend hin und her, sog hin und wieder an seiner Pfeife und betrachtete die Bilder Alexander Suworows und Michail Kutusows (bald nach Kriegsbeginn hatte Stalin verfügt, diese Porträts in sein Arbeitszimmer zu hängen). Schließlich sagte er:

"Man müßte sich mit den Oberbefehlshabern der Fronten beraten."

Er verfügte eine Beratung zur Erörterung des Sommerfeldzugs 1943. Am Abend des 11. April kehrte Shukow nach Moskau zurück.

Gewiß, das Kräfteverhältnis an der Front war für den Feind keineswegs günstig. Durch totale Mobilmachung gelang es Deutschland zwar, die Truppenstärke an der sowjetisch-deutschen Front im Sommer 1943 auf 4,8 Millionen Mann zu bringen (hinzu kamen 525 000 Mann in den Truppen seiner Satelliten); diese Einheiten hatten über 54 000 Geschütze und Granatwerfer, 5800 Panzer und Sturmgeschütze und bis zu 3000 Flugzeugen. Doch konnte Deutschland seine Verluste nicht wettmachen und die Höchststärke seiner Armeen an der Ostfront — 6,2 Millionen Mann im Herbst 1942 — nicht wieder erreichen.

Unsere Einsatzarmee war im Sommer 1943 auf 6,6 Millionen Mann gestiegen und verfügte über 105 000 Geschütze und Granatwerfer, 2200 Geschoßwerfer, 10199 Panzer und Selbstfahrlafetten und 10 252 Flugzeuge. Das war nicht mehr die Armee von 1941. Seit Anfang 1943 trugen Armee und Flotte stolz die Schulterstücke als Sinnbild der ehrenvollen militärischen Pflicht gegenüber dem Heimatland. Neue Kampforden wurden gestiftet: der Suworow-, der Kutusow-, der Alexander-Newski-Orden. Durch ihre neuen Heldentaten mehrten die sowjetischen Soldaten die jahrhundertalten Kampftraditionen Rußlands.

Die Kommunistische Partei erfaßte in ihrer Tätigkeit alle Bereiche des Lebens im Lande. Vor allem war ihre Arbeit darauf gerichtet, die Stärke der sowjetischen Streitkräfte zu erhöhen, die ganze Volkswirtschaft auf militärisches Gleis umzustellen, die Militärökonomie anzukurbeln, die Partisanenbewegung im Hinterland des Feindes zu fördern, die politisch-moralische Einheit der sowjetischen Gesellschaft und die Völkerverfreundschaft in der UdSSR, den Patriotismus der Sowjetbürger zu festigen, eine Antihitlerkoalition zu schaffen, eine Einheitsfront der freiheitliebenden Völker gegen das faschistische Deutschland zu errichten und alle fortschrittlichen Kräfte zur endgültigen Zerschlagung des Faschismus zusammenzuschließen.

Unser Oberkommando hatte am Ende des zweiten Jahres des Großen Vaterländischen Krieges eine gigantische Militärmacht in der Hand. Aber auch der Feind war noch immer stark. Zwar waren die USA und Großbritannien unsere Verbündeten, aber schon damals stand fest: Die Sowjetunion wird die Hauptlast der Kampfhandlungen tragen müssen, und es galt, im voraus daran zu denken, wie unser Heimatland aus dem größten Krieg der Geschichte hervorgehen würde. Folglich ging es darum, den Feind möglichst unter geringen Verlusten zu besiegen.

Fortsetzung. Siehe "Neue Zeit", Nr. 7, 9, 10

Auf der Beratung im Hauptquartier wurde die Entscheidung getroffen, die Positionen am Kursker Vorsprung größtmöglich zu befestigen. Dessen Nordrand wurde von der Zentralfront unter Rokossowski, der Südrand von der Woronesher Front unter Watutin gehalten. Der Generalstab und die Stäbe dieser Fronten gingen daran, einen ausführlichen Plan für die Konzentration sowjetischer Truppen in diesem Raum aufzustellen.

8. April. Shukow bestimmte den Ort der bevorstehenden Schlacht und legte seinen Plan vor, der Wehrmacht eine Niederlage beizubringen. Am 12. April stimmte das Hauptquartier ihm zu. Was geschah inzwischen im Hauptquartier Hitlers?

15. April 1943. Hitler erließ seinen Operationsbefehl Nr. 6. Darin wurden Aufgaben gestellt, die Shukow vorausgesehen hatte, was durch folgendes Zitat belegt wird:

"... befehle ich: Ziel des Angriffs ist, durch scharf zusammengefaßten, rücksichtslos und schnell durchgeführten Vorstoß je einer Angriffsmasse aus dem Gebiet Belgorod und südlich Orel die im Gebiet Kursk befindlichen Feindkräfte einzukesseln und durch konzentrischen Angriff zu vernichten."

Hitler hatte sich nicht einfallen lassen, daß ein sowjetischer Marschall genau eine Woche früher nicht nur die Richtung der Stöße zu bestimmen wußte, sondern auch die Kräfte, die die Wehrmacht noch aufbringen konnte: 2500 Panzer. In der Schlacht bei Kursk setzten die Deutschen 2700 Panzer ein.

Völlig sinnlos waren deshalb Hitlers Weisungen, alle Maßnahmen zur Tarnung, Geheimhaltung und Irreführung des Gegners zu treffen.

Aufklärung hatte nichts Genaues zu melden, die vom sowjetischen Oberkommando eingeführten Sicherheitsmaßnahmen hatten ihre Wirkung nicht verfehlt: Ein undurchdringlicher Vorhang hatte sich über unsere Truppen gesenkt.

Die Naziführung erhoffte sich viel von der neuen Technik: den Panzern "Tiger" und "Panther", den Sturmgeschützen "Ferdinand". Aber die neue Kriegstechnik der deutschen Konstrukteure hatte zwar eine starke Panzerung, war jedoch wenig beweglich. In den "Ferdinand" und einem Teil der "Tiger" waren keine Maschinengewehre eingebaut, was sie im Nahkampf verwundbar machte. Die teutonische Gigantomanie ließ Hitler und seine Generalität trotzdem fest daran glauben, eine Wunderwaffe in der Hand zu haben.

Das beste vom besten, das die Wehrmacht an Menschen und Material zu bieten hatte, wurde bei Kursk konzentriert. Anfang Juli hatten die Deutschen in der Kursker Richtung über 900 000 Mann, rd. 10 000 Geschütze und Granatwerfer, 2700 Panzer und Sturmgeschütze und rd. 2000 Flugzeuge.

Die ihnen gegenüberstehenden Fronten — die Zentral- und die Woronesher Front — zählten mehr als 1,3 Millionen Mann, ferner 19 000 Geschütze und Granatwerfer, etwa 3500 Panzer und Selbstfahrlafetten und über 2000 Flugzeuge. Unmittelbar hinter ihnen entfaltete sich noch die Steppenfront unter Befehl Iwan Konews: bis zu 580 000 Mann, 8500 Geschütze und Granatwerfer, über 1600 Panzer. Wie wir sehen, war die Sowjetarmee dem Feind an Kräften und Mitteln wesentlich überlegen.

wurden fast 10 000 km ausgehoben. An allen panzergefährdeten Richtungen wurden Minenfelder, Panzerabwehrräume und -gräben angelegt. Überall zogen sich breite Drahtsperrn hin, manche standen unter Strom.

Zwei Monate, den Mai und den Juni, verließ Shukow die Truppen der Woronesher und der Zentralfront nicht. Er befaßte sich auch mit den geringsten Einzelheiten der Schlachtvorbereitung. Ihm entging nichts. Das System der Beschlußfassung an diesen Fronten sah zu jener Zeit wie folgt aus. Die Führung der Zentralfront z. B. meldete am 26. Mai 1943 an den Generalstab, wobei das eine Frage betraf, die angesichts der Ausmaße der bevorstehenden Schlacht keineswegs entscheidend war:

"Mit Erlaubnis von Marschall Shukow und des Genossen Stalin wird Romanenko nur durch zwei Divisionen — die 202. und die 170. Schützendivision — aus der Reserve der Front verstärkt. Rokossowski, Telegin."

Täglich, manchmal mehrmals an einem Tag übermittelte Shukow Telegramme an den Obersten Befehlshaber, worin er ihn über die einen oder anderen Maßnahmen benachrichtigte und um Billigung ersuchte. Die Vorschläge der Vertreter des Hauptquartiers Shukow und Wassilewski sowie der Oberbefehlshaber der Fronten wurden im Hauptquartier und im Generalstab studiert und zu Direktiven des Kommandos des Obersten Befehlshabers an die Fronten verarbeitet.

Die sowjetische Aufklärung konnte nicht nur feststellen, welche Kräfte die Hitlerfaschisten und wo konzentriert hatten. Sie wußte auch rechtzeitig von den Tagen des Übergangs zur Offensive, die Hitler allerdings immer wieder aufschob. Jedesmal übermittelte das Hauptquartier den Oberbefehlshabern der Fronten am Kursker Bogen das jeweilige Datum des zu erwartenden deutschen Angriffs. Sofort wurden diese Nachrichten an die Stäbe der Armeen, Korps, Divisionen und Regimente weitergeleitet. Jeder Zug an der Hauptkampflinie erfuhr davon, alle, von den Generalen bis zu den Soldaten, waren auf der Hut — und wiederum geschah nichts.

Die Nerven aller unserer Oberbefehlshaber waren bis zum äußersten gespannt. Am 30. Juni erhielt Shukow den Befehl, in der Richtung Orjol zu sein, wo die Handlungen der Zentral-, der Brjansker und der Westfront koordiniert werden mußten. Die Operation "Kutusow", die das Ziel hatte, eine deutsche Offensive auf Orjol abzuschlagen, war schon ausgearbeitet. Marschall Wassilewski begab sich an die Woronesher Front. Dort plante man die Operation "Rumjanzew", der zufolge die Woronesher, die Steppen- und die benachbarte Südwestfront nach der Verteidigungsphase des Gefechts einen Schlag in Richtung Belgorod—Charkow führen sollten.

In der Nacht zum 5. Juli stellte unsere Aufklärung fest, daß die deutsche Offen-



Die Schlacht bei Kursk

Die Hitlerfaschisten schoben den Angriff auf den Kursker Bogen, der ursprünglich für Anfang Mai geplant war, in den nächsten zwei Monaten mehrmals auf. Hitler hatte ausgeholt, fürchtete sich jedoch loszuschlagen. Was steckte hinter der unheilvollen Stille an der Ostfront? Die

Nach einem Plan des Hauptquartiers wurden Truppen im Raum von Kursk und Orjol konzentriert

Am Kursker Bogen hatten wir 8 Verteidigungstreifen von einer Gesamttiefe bis zu 300 km. Der Umfang der dort eilig geleisteten Arbeiten ist verblüffend: Allein an Schützen- und Deckungsgräben

sive für 3 Uhr morgens geplant war. Shukow verfügte eine sofortige Artilleriegegenevorbereitung. Er rief Stalin noch in der selben Minute an und teilte ihm seinen Beschluß mit.

Der Feind erlitt schwere Verluste und begann seine Offensive auf die Zentralfront mit 2,5 und auf die Woronesher Front mit 3 Stunden Verspätung. Die Faschisten gingen geschwächt zur Offensive über, von düsteren Ahnungen beschlichen. Sowjetischerseits waren erfahrene Soldaten eingesetzt, und die Geschosse, die auf die Deutschen niederschlugen, sagten ihnen: Die Russen wissen es, die Russen sind bereit. Dennoch war Shukow unzufrieden. Seiner Meinung nach hätte die Artilleriegegenevorbereitung mehr ergeben sollen, häufig war es Flächenschießen und nicht gezieltes Feuer gewesen. Noch ungehaltener war er über unsere Flieger. Die sowjetischen Bomber fanden die gegnerischen Flugplätze leer vor, die deutschen Maschinen waren inzwischen schon dabei, ihre Bodentruppen zu unterstützen.

Zeitweise setzte der Feind bei seinen Angriffen 300–500 Panzer ein, trotzdem konnte er an der Zentralfront in einer Woche höchstens 10–12 km vorstoßen. Shukow und Rokossowski leiteten gekonnt die Schlacht, die Front schlug die Offensive mit ihren eigenen Kräften zurück, ohne die hinter ihnen stehende Steppenfront um Hilfe gebeten zu haben.

Mit tiefer Genugtuung berichtete Shukow Stalin über die ersten Ergebnisse der Schlacht. Am 9. Juli fragte Stalin:

"Ist es nicht an der Zeit, die Brjansker Front und den linken Flügel der Westfront, wie das im Plan vorgesehen war, einzusetzen?"

Shukow war der gleichen Meinung und fuhr auf Weisung des Obersten Befehlshabers zum Stab der Brjansker Front. Am 11. Juli meldete Jurjew (Shukow) an Iwanow (Stalin):

"Vorbereitung 'Kutusow' abgeschlossen. Haben heute eine gewaltsame Aufklärung durchgeführt, um die vordere Linie der gegnerischen Verteidigung zu präzisieren. Laut Berichten der Armeebefehlshaber und der Kommandeure von Verbänden an all diesen Richtungen glaubten wir, daß unsere Truppenteile dicht vor der vorderen Linie stehen.

In Wirklichkeit haben die heutigen Handlungen verstärkter Bataillone ergeben, daß die ersten Schützengräben des Gegners nur durch kleinere Einheiten gehalten werden.

Alle eingesetzten Bataillone haben heute den ersten Graben besetzt. Gemäß der präzisierten vorderen Linie des Gegners werden gegenwärtig Verbesserungen für die Artillerie und Berichtigungen für die Fliegerkräfte für die Zeit der Artillerievorbereitung vorgenommen."

Am 12. Juli erfolgten niederschmetternde Schläge in der Richtung Orjol. Sofort stellten die Hitlerfaschisten ihre Angriffe auf die Zentralfront ein und beeilten sich, die Lächer dort mit den

Truppen zu stopfen, die am Kursker Bogen bereits erschöpft worden waren. Der Stab der Zentralfront berichtete dem Hauptquartier: "Die Truppen der Zentralfront sind dem Feind mit einer Mauer treffsicheren Feuers, mit der russischen Standhaftigkeit und Ausdauer begegnet, haben den Feind in 8tägigen Dauerkämpfen zermürbt und ihn zum Stehen gebracht. Die erste Etappe der Schlacht ist beendet." Am 15. Juli ging auch die Zentralfront zur Gegenoffensive über.

Shukow wollte weniger als drei Tage an der Brjansker Front und begab sich in der zweiten Hälfte des 12. Juli auf Befehl des Hauptquartiers an den Südrand des Kursker Bogens, wo er die Koordinierung des Vorgehens der Woronesher und der Steppenfront zu übernehmen hatte. Was war geschehen?

Zwar hatten Watutins Truppen den Kampf mit nicht geringerem Mut aufgenommen als ihre Kampfkameraden, die sich unter Rokossowskis Befehl schlugen, aber die Hitlerfaschisten, die dort eine stärkere Gruppierung als am Nordrand des Bogens hatten, konnten trotzdem einen Keil von etwa 35 km in unsere Verteidigung treiben. An den Durchbruchsabschnitten wurden sofort Verbände von Panzer- und Schützentruppen der Steppenfront eingesetzt. Im Raum Prochorowka fand am 12. Juli die größte Panzerschlacht des zweiten Weltkrieges statt: Etwa 800 deutsche Panzer und Sturmgeschütze und etwa ebenso viele sowjetische Panzer und Selbstfahrlafetten prallten aufeinander. Beinahe die Hälfte der bei Prochorowka eingesetzten deutschen Panzer wurden außer Gefecht gesetzt. Auch die sowjetischen Verluste waren groß, doch immerhin geringer als bei den Deutschen.

Am Ausgang dieser historischen Schlacht traf Shukow frühmorgens am 13. Juli im Gefechtsstand der Woronesher Front ein, wo sich auch der Oberbefehlshaber der Steppenfront, Konew, befand. Wie Shukow später schrieb, "fanden an allen Abschnitten der Front erbitterte, blutige Kämpfe statt, in denen Hunderte von Panzern und Selbstfahrlafetten ausbrannten. Das Schlachtfeld war in Staub und Rauch gehüllt. Diese Tage brachten die Wende in den Kämpfen in der Belgoroder Richtung." Shukow studierte die Lage, ließ Gefangene verhören und zog den Schluß, daß die Krise in der Schlacht vorbei war. Am 16. Juli stellten die Hitlerfaschisten ihre Angriffe endgültig ein und gingen allmählich auf die Ausgangsstellungen zurück. Jetzt war der Zeitfaktor entscheidend. Es kam darauf an, diese Stellungen noch vor dem zurückweichenden Feind zu erreichen, die Deutschen durften sich nicht in ihren guteingerichteten Gräben verkriechen und das Feuersystem wiederherstellen. Leider trat bis zum 23. Juli gerade das ein, der Feind nahm wieder die Stellungen ein, von denen aus er am 5. Juli die ruhmlose Schlacht begann.

Shukow war nicht überrascht. Er traf an der Woronesher Front mitten in der Schlacht ein, als die Hauptentscheidungen schon gefällt und alle vorhandenen Kräfte schon eingesetzt worden waren. Als Vertreter des Hauptquartiers erfüllte Shukow natürlich seine täglichen Aufgaben. Zugleich übermittelte er an Stalin mehrere recht umfangreiche Dokumente, die gewissermaßen militärtheoretischen Charakter tragen. Sie handeln davon, wie eine Offensive durchzuführen sei.

So meldete Jurjew (Shukow) am 16. Juli Iwanow (Stalin):



Die sowjetischen Soldaten wichen keinen Schritt zurück. Die deutsche Offensive brach rasch zusammen

"Die Erfahrungen unserer Angriffsoptionen an verschiedenen Fronten zeigen folgende Mängel bei der Artillerievorbereitung auf:

1. Als Folge der schlechten Aufklärung des Verteidigungssystems hielten unsere Kommandeure häufig eine vordere Scheinlinie, die eine starke Gefechtssicherung hatte, für die wahre vordere Linie, und der Hauptartillerieschlag richtete sich auf diese Scheinlinie...

2. Die Artillerievorbereitung erfolgte nach einer Methode, die der Gegner bereits kannte. Die Deutschen wußten, daß auf den letzten Feuerüberfall eine Salve von reaktiven Geschossen folgte und daß diese Salve zugleich das Signal für unsere Infanterie ist, zum Angriff überzugehen. Nach dem Verlegen des Feuers in die Tiefe wurde es schwächer als beim letzten Feuerüberfall, und in Erwartung unseres Angriffs verließen die Deutschen die Deckung und begegneten den Angreifenden mit Feuer."

Nein, so durfte nicht weiter vorgegangen sein. Wie dann anders? Als Beispiel nannte Shukow die Offensive der Truppen der West- und der Brjansker Front vom 12. Juli. Die Handlungen verstärkter Bataillone bestimmten die wahre vordere Linie, und daran orientierte sich auch die Artillerievorbereitung.

"Die Bewegung der Panzer und dann der Infanterie von den Ausgangsstellungen begann 20 Minuten vor Ende der Artillerievorbereitung. Diese Bewegung wurde bis zum Angriffsbeginn nicht verlangsamt. Die Artillerie folgte auf-

merksam der Bewegung der Infanterie und begleitete sie nach Maßgabe dessen, wie sich die Infanterie den feindlichen Gräben näherte, mit einer Feuerwalze. Eine solche Artillerievorbereitung nahm dem Gegner die Möglichkeit, das Ende der Artillerievorbereitung zu erraten, die Deckungen zu verlassen und unserer Infanterie zu begegnen; als Ergebnis konnte diese überraschend in die feindlichen Gräben eindringen."

Shukows Vorschläge:

"1. Die Erfahrungen der West- und der Brjansker Front auswerten. 2. Die Kommandeure bis hin zu den Kommandeuren von Schützen- und Artillerieregimentern damit bekanntzumachen."

Warum nahm der Marschall, der von den unaufschließbaren Angelegenheiten der Front Tag und Nacht in Spannung gehalten wurde, sich trotzdem die Zeit, diese Dokumente zu schreiben? Er hatte es verstanden, den eben erst vorbereiteten Plan der Wehrmachtführung zu durchschauen. Die Niederlage bei Kursk trug in Hitlers Hauptquartier die letzte Hoffnung zu Grabe, es werde gelingen, den sowjetischen Truppen durch Angriffsoperationen eine Niederlage beizubringen. Hitlers spätere Weisungen waren eindeutig: in harter Verteidigung unseren Truppen maximale Verluste beizubringen.

Shukows militärwissenschaftliche Studien mitten in einer erbitterten Schlacht waren ferner eine Art Artillerievorbereitung für das Hauptquartier: Ihm ging es darum, in allen Einzelheiten zu erläutern, warum die Offensive an der Woronesher Front nicht überstürzt werden durfte. Es widerstrebte Shukow als Soldat und erfahrener Kämpfer, die ohnehin äußerst grausame Schlacht auch noch zur blutigsten werden zu sehen.

Shukow und Wassilewski mußten nicht wenig Kraft aufwenden, um Stalin davon abzubringen, die Truppen sofort angreifen zu lassen. Sie brachten es jedoch fertig, und die Truppen erhielten Zeit für eine gründliche Vorbereitung.

Charkow befreit!

Die Woronesher und die Steppenfront zählten zusammen fast eine Million Mann, über 12 000 Geschütze und Granatwerfer, 2400 Panzer und Selbstfahrlafetten und 1300 Flugzeuge und waren somit weit stärker als die Hitlerfaschisten. Aber...

In der Richtung Belgorod--Charkow hatte der Feind 7 Verteidigungslinien. Er hatte alle Ortschaften zu starken Widerstandsknoten ausgebaut. Die Tiefe der Verteidigung betrug 90 km. Das Kommando hatte der wendige und initiativreiche Feldmarschall Manstein, der in der Wehrmacht den Ruf eines vernünftigen Mannes hatte.

Am 3. August brach die Operation "Rumjanzew" los. Mit berechtigter Genußtuung, ohne seinen Stolz auf die Truppen und die geleistete Arbeit zu verbergen, übermittelte Shukow eine ausführliche Meldung an Stalin:

"Heute, am 3.8.43, begannen die Truppen Tschistjakows, Shadows, Managarows und Krjutschenkins um 5.00 Uhr eine Gegenoffensive, bei der die Erfahrungen der West- und der Brjansker Front völlige Berücksichtigung fanden und die wie folgt aufgebaut war.

Fünf Minuten lang ein Feuerüberfall der Artillerie, der Granat- und der Geschößwerfer sowie des Feuers der Infanterie auf die vordere Linie und in der ganzen Tiefe der gegnerischen Verteidigung.

35 Minuten Aufsatzverbesserung und Einschießen der schweren Kaliber.

Eine Stunde 20 Minuten methodische Zielunterdrückung und -zerstörung und Salven von Geschößwerfern M-20, M-30 und M-31.



Am 12. Juli ging die Rote Armee zur Gegenoffensive über

20 Minuten auf den Höchstwert anwachsendes Artillerie- und Granatwerferfeuer.

45 Minuten im voraus geplantes Artilleriefeuer auf die Widerstandsknoten in der Tiefe der gegnerischen Verteidigung.

Die Infanterie trat zusammen mit den Durchbruchspanzern und SFL-Geschützen um 7.55 Uhr zum Angriff an, d. h. im Moment des Beginns des auf den Höchstwert anwachsenden Artilleriefeuers; im Schutz der Feuerwalze stieß die Infanterie mit Panzern und Selbstfahrlafetten 20 Minuten später bis zur vorderen Linie der gegnerischen Verteidigung vor.

Im Laufe des Tages gingen die Fliegerkräfte nach folgendem Plan vor:

Der erste Bombenangriff galt den Stäben, den Nachrichtenzentralen und -verbindungen, um die Führung zu stören.

Die aufeinander folgenden Bombenangriffe zwei, drei und vier galten den Artilleriestellungen in der Tiefe der Verteidigung, den Truppenansammlungen und Reservens des Gegners.

Der erste Angriff der Schlachtflyzeuge erfolgte um 7.55 Uhr, d. h. im Augenblick des Beginns des Angriffs durch unsere Infanterie, und dauerte ununterbrochen

2,5 Stunden an, wobei die Aufgabe darin bestand, die Artillerie und die Granatwerfer des Gegners sowie die Feuernester an den Hinterhängen zu unterdrücken...

Die Panzerarmeen Katukows und Rotmistrows, die in den Wartestellungen zur Gefechtsordnung entfaltet waren, ließen ihre Vorhutbrigaden unmittelbar nach der Infanterie angreifen, was die Möglichkeit gab, nach dem Aufbrechen der taktischen Tiefe der gegnerischen Verteidigung die Hauptkräfte der Panzerarmeen rasch in den Durchbruch einzuführen."

Aufgebrochen wurde sie gegen 14.00 Uhr, nach einem Vorstoß von 6--7 km. Sofort wurden am Durchbruchabschnitt die Hauptkräfte der Panzerarmeen eingeführt. Bis 18.00 Uhr stießen sie bis zu 20 km vor. Gegen Abend hatten die Woronesher und

die Steppenfront den Gegner um 35 km zurückgeworfen.

Am Morgen des 5. August wurde Belgorod befreit, und an demselben Tag endeten die schweren Kämpfe um Orjol.

Zu Ehren dieser beiden Siege wurde in Moskau das erste Siegesalut des Großen Vaterländischen Krieges geschossen.

Nach fünf Tagen Offensive befanden sich unsere Truppen schon 80 km westlich von Charkow. Der Taumel der Offensive erfaßte die Stäbe wieder. Die Hitlerfaschisten wurden geschlagen, wo sie auch immer auftauchten, und darüber bemerkte man nicht, daß sich der Gegner allmählich organisierte und unsere euphorische Offensive demnächst zum Stehen bringen konnte.

Am 15. August rüttelte Shukow mit einem harten Befehl die Oberbefehlshaber der Woronesher und der Steppenfront und die Befehlshaber der 9 zu ihnen gehörenden Armeen wach. Er schrieb:

"Das Hauptquartier hat Ihnen ein Artilleriekorps und Durchbruchsdivisionen beigegeben, damit Sie die gegnerische Verteidigung aufbrechen. In der ersten Etappe des Durchbruchs der gegnerischen Verteidigung am 3.8.43 haben wir die Artilleriedivisionen des Durchbruchs richtig eingesetzt und im Ergebnis die Aufgabe glänzend erfüllt.

Bei der Verfolgung wurden die Artilleriedivisionen ebenfalls richtig eingesetzt, als sie durch leichte Brigaden die Schützendivisionen verstärkten.

Gegenwärtig hat sich die Situation verändert, den dritten Tag führen wir die Offensive gegen eine organisierte gegnerische Verteidigung, folglich sind in dieser Situation die Artillerieschützen zum Durchbruch in der wichtigsten, entscheidenden Richtung einzusetzen. In Wirklichkeit ist es so, daß die Artillerieschützen den Schützen divisionen beigegeben sind und ihre Aufgabe nicht in einem Durchbruch, sondern im Vormarsch der eigenen Divisionen sehen.

ICH VERLANGE

1. Die Artillerieschützen des Durchbruchs in der Hauptrichtung zu konzentrieren.

2. Einen Artillerieschützendurchbruch einzuleiten, wozu in der Hauptrichtung 150--170 Geschütze je Frontkilometer aufzustellen sind.

3. In der ausgewählten Richtung die Hauptmasse der Panzer und Selbstfahrlafetten zusammenzuballen.

4. Den Durchbruch in Richtungen zu organisieren, die es möglich machen, den Gegner zu umfassen, seinen Gruppierungen in die Flanken zu fallen und sie im Rücken zu fassen. Frontaldurchbrüche, die zu langwierigen, blutigen Kämpfen führen, sind unzulässig."

In diesen Augustwochen sah man Shukow wenig in den Stäben der Fronten, er war ständig unterwegs, bei den Truppen. Ihm ging es darum, die Offensive so laufen zu lassen, daß die deutschen Verbände in einzelnen Teilen eingeschlossen und geschlagen wurden. Das war ein Manöverkrieg. Darin war Manstein auch nicht gerade schwach. Er versäumte keinen einzigen überstürzten Schritt unserer Kommandeure und erteilte sofort starke Gegenschläge. Von seinen Untergebenen forderte Shukow immer, rasch, aber wohlüberlegt zu handeln und nichts dem Zufall zu überlassen. Von Moskau aus, weitab vom Gefechtsfeld, sah das Bild verwischt und manchmal wenig verständlich aus, denn die Situation wechselte täglich, manchmal sogar stündlich.

Der Erfolg stellte sich nicht immer ein, trotzdem aber verschob sich die Frontlinie west- und südwestwärts.

Am 16. August meldete Shukow an Stalin:

"Wie ich Ihnen bereits berichtete, hat der Gegner in den letzten Tagen den Widerstand gegen unsere vorstoßenden Truppen beträchtlich verstärkt... Gefangene sagen aus, daß die Wehrmachtstruppen Hitlers Befehl erhalten haben, bis zum letzten Soldaten zu kämpfen, aus den Stellungen auch nicht unter Lebensgefahr zu weichen und Charkow um jeden Preis zu halten."

Im Vorfeld der Stadt wurde bereits erbittert gekämpft.

Am 22. August teilte Shukow kurz Stalin mit:

"Die Organisation der Operation zur Einnahme Charkows ist in einer Hand zu konzentrieren."

Gemeint war der Oberbefehlshaber der Steppenfront Konew. Es galt zu handeln!

Fast schluchzend schrieb Feldmarschall Manstein in seinen Memoiren, als er sich an die Kämpfe erinnerte, die er im August 1943 verloren hatte: "Bis Ende August waren bei der Heeresgruppe allein 7 Divisions-Kommandeure, 38 Regiments- und 252 Bataillons-Kommandeure ausgefallen... Aber die Decke war eben zu kurz!.. Die außerordentliche organisatorische Leistung, die hierin, wie im Ausbau der Kriegsproduktion, auf sowjetischer Seite festzustellen ist, ist deutscherseits doch wohl nicht erwartet worden."

Die Einnahme Charkows ist für Militärhistoriker das Schlußkapitel der Kursker Schlacht. In den 50 Tagen der Kämpfe verlor der Feind etwa 500 000 Soldaten und Offiziere, 1500 Panzer, 3000 Geschütze und über 3700 Flugzeuge. Das Rückgrat der Stoßkraft der Wehrmacht, der Panzertruppen, war gebrochen, und bis zum Kriegsende konnte sie ihre frühere Stärke nicht mehr wiederherstellen. Die Offensive unserer Truppen, die bei Kursk begann, wuchs bis Ende August 1943 in eine strategische Generaloffensive hinüber, die die sowjetisch-deutsche Front in einer Länge von etwa 2000 km erfaßte.

Die Erstürmung des "Ostwalls"

Nach dem Zusammenbruch der "Zitadelle" brachen die Hoffnungen der Naziführung auf einen siegreichen Abschluß des Krieges gegen die UdSSR zusammen. In Berlin verlegte man sich nun auf die Suche nach Mitteln und Wegen, bei dieser Entwicklung den Sieg der UdSSR auszuschließen. Ein Eckpfeiler der Hitlerschen Strategie und Taktik war es, der UdSSR nicht wiedergutzumachende Verluste beizubringen und maximalen Schaden zuzufügen.

Die Wehrmacht erhielt eine harte Weisung nach der anderen, auch in der Verteidigung rücksichtslos zu kämpfen und bei einem Rückzug alles auf sowjetischem Boden zu vernichten und verbrannte Erde zu hinterlassen.

Am 11. August legte das OKW endgültig fest, wo der "Ostwall" zu verlaufen hatte: an der Linie Fluß Molotschnaja--Dnepr--Fluß Sosh--Orscha--Witebsk--Pskow--Narwa. Es wurde beschlossen, bis zum 15. November 1943 die Befestigungen am gefährlichsten Abschnitt -- am steilen Westufer des Dnepr -- zu errichten.

Was konnte die Rote Armee unternehmen, um den Dnepr schneller zu erreichen und zu forcieren? Shukow vertrat die Meinung, in der Ukraine am linken Dneprufer Operationen der Trennung und Einkreisung eines großen Teils der Feindgruppierungen durchzuführen. Besonders verlockend schien es, durch einen "starken Schlag" aus dem Raum Charkow--Isjum in der Richtung Dnepro-

petrowsk--Saporoschje große Kräfte des Feindes, die im Donezbecken noch immer verzweifelten Widerstand leisteten, abzuschneiden. Stalin war nicht damit einverstanden, er meinte, man solle den Feind durch einen Frontalangriff zurückwerfen, das würde weniger Zeit in Anspruch nehmen. Dazu bemerkt Shukow in seinen Memoiren lakonisch: "Ich widersprach nicht."

"Es ist notwendig!" -- mit diesem an der Südflanke der sowjetisch-deutschen Front bald geflügelten Wort antwortete Shukow auf Fragen von Oberbefehlshabern und Kommandeuren. Es war notwendig, den Feind aus der Ukraine am linken Dneprufer zu vertreiben und den Strom zu forcieren. Er wußte, daß die Truppen sehr müde waren, daß sich ihre Reihen gelichtet hatten, nur wenige Panzer übriggeblieben waren und auch die Munition nicht immer ausreichte. Auf Weisung des Hauptquartiers wurde der Woronesher Front vorgeschrieben, gegen Kiew vorzugehen, während die Hauptrichtung der Steppenfront Poltawa--Krementschug war.

Die Wende kam bald, und zwar nicht nur und nicht so sehr durch das Eintreffen von Verstärkungen an der Front wie vielmehr durch den moralischen Elan, der sich der Truppen bemächtigte. Die Schlacht um den Dnepr gehört zu den hervorragenden Beispielen dessen, was die politische Parteilarbeit leisten kann. Politoffiziere, die mitten in den Massen standen, waren auch selber in jeder Hinsicht beispielgebend. Sie gehörten zu den Vorastruppen, die die Gefechtsordnung des Feindes aufbrachen, um seine Rückzugswege abzuschneiden und in seinem Hinterland Verwirrung zu stiften. Im voraus wurden Sturmabteilungen zum Forcieren des Dnepr formiert, wobei Kommunisten und Komsomolzen darin 50--70% ausmachten.

Die sowjetischen Soldaten vertrieben die Faschisten, die sich noch an das linke Dneprufer klammerten, führten ununterbrochene Kämpfe, stießen immer weitere Dutzende Kilometer vor, befreiten immer weitere Gebiete des Heimatlandes, aber für sie war das die normale, alltägliche Soldatenarbeit. Sie sprachen von der Beseitigung ärgerlicher "Hindernisse", wo es sich in Wahrheit um die Zerschlagung starker Einheiten und Verbände des Feindes handelte. Die Soldaten meinten, das Wichtigste beginne erst am Dnepr. Was an sich schon als ein glänzender Sieg betrachtet werden konnte, war für sie nur das Vorspiel zum Kampf um den Dnepr.

Am 20. September meldete Shukow an Stalin, wie die Forcierung des Dnepr vorbereitet wurde:

"Gemeinsam mit Nikolajew" (Watutin) "habe ich Maßnahmen zur baldmöglichsten Eroberung von Übersetzstellen am Dnepr ausgearbeitet."

Zu diesem Zweck sind heute in jeder Armee Vorausabteilungen formiert, zu denen Panzereinheiten, aufgefressene In-



Mit der Tochter Ella. Ende 1943

fanteristen, Artillerie und Granatwerfer gehören.

Diese mobilen Vorausabteilungen haben die Aufgabe, unter Vermeidung von Kämpfen mit den gegnerischen Deckungseinheiten, unter Umgehung der Nachhut schnell zu den Übersetzstellen vorzudringen und nach Möglichkeit diese sowie die Brücken zu besetzen...

Meines Erachtens werden diese Vorausabteilungen den Dnepr am 22.—23. September erreichen."

Der Elan unserer Armee war so groß, daß die Truppen den von Shukow an Stalin übermittelten Termin um ganze 24 Stunden unterboten. Das Übersetzen begann bereits in der Nacht zum 22. September, sobald die Truppen den Dnepr erreichten. Entschlossene Kommandeure begannen damit schon in der Dunkelheit, manche sogar am Tage, aus der Bewegung. Ohne auf die zurückbleibenden etatmäßigen Pionier- oder Übersetzmittel zu warten, strebten die Truppenteile auf rasch zusammengezimmerten Flößen, in vorgefundnen Booten und Fässern dem rechten Ufer zu. Nicht überall waren diese Übersetzoperationen erfolgreich, an manchen Stellen konnte der Feind sie zurückschlagen, ja durch wütende Gegenangriffe einzelne kleine Brückenköpfe liquidieren.

Dennoch gelang es den Hitlerfaschisten nicht, den "Ostwall" zu halten. Ende September erreichten wir den Dnepr an einer 700 km breiten Front und brachten 23 Brückenköpfe an seinem rechten Ufer an uns. Das stimmte genau mit der

Weisung des Hauptquartiers vom 25. September überein: nach Maßgabe des Vorstoßes bis zum Dnepr "ihn unverzüglich an einer breiten Front zu forcieren, um die Aufmerksamkeit des Feindes abzulenken und seine Kräfte auseinanderzuziehen. Die Fliegerabwehrmittel sind an die Übersetzstellen heranzuziehen, um sie gegen Luftangriffe des Feindes zuverlässig abzusichern."

Die Heldentaten der ersten Stunden und Tage der Forcierung des Dnepr wurden durch die gekonnte, durchorganisierte Handlungsweise aller Waffengattungen untermauert. Kaum hatten sich die ersten Infanteristen mit MPis und MGs an jenem Ufer festgesetzt, da wurden sie schon vom linken Ufer durch alle Mittel unterstützt: Geschossen wurde nicht nur aus Geschützen, sondern auch aus Panzern, die sich inzwischen an den Strom herangeschoben hatten. Unter den Schützen, die sich am rechten Ufer eingegraben hatten, waren auch Artillerieoffiziere, die das Feuer korrigierten. Die Kräfteansammlung an den Brückenköpfen ging erstaunlich rasch vor sich. In wenigen Stunden wurden Pontons gebaut, neue Fähren in Betrieb genommen, und schon sah man unter den Truppen, die den Feind vom Strom immer weiter wegtrieben, Panzer und Geschütze, die die Infanterie auf jede Weise unterstützten.

Für die Forcierung des Dnepr wurde 47 Generalen, 1123 Offizieren und

1268 Sergeanten und Soldaten der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen.

Familiäres

Marschall Shukow, äußerlich verschlossen und hart (aber wie sonst hätte ein Heerführer aussehen sollen, der millionenstarke Fronten befehligte?), war ein zärtlicher Vater.

Insgesamt war es wohl nicht einmal eine Woche, die er in jenem Krieg in Moskau, mit seiner Frau und seinen beiden heißgeliebten Töchtern Ella und Era, verbrachte. Nach dem Sieg, 1945, traf sich der Schriftsteller Konstantin Fedin mit Shukow, es entspann sich ein Gespräch. Fedin schrieb später: "Noch eine kurze Pause, noch einmal die zusammengezogenen Brauen und die ernste Stirn, aber dann glättet sie sich mit einmalem, und ganz von allein scheint das Eingeständnis zu kommen:

'Wissen Sie, vor kurzem trat ich an die Karte, warf einen Blick darauf, und dann kommt mir plötzlich der Gedanke, daß sich wohl kaum ein Fleck findet, wo ich nicht war. Mein Fahrer, der ausgezeichnete Kradfahrer Butschin, der an Wettrennen teilnahm, hat errechnet, daß wir beide, er und ich, während des Krieges 175 000 km zurückgelegt haben. Wieviel Erdumkreisungen ergibt das? Dabei bin ich ja nicht nur mit ihm gefahren. Außerdem bin ich Hunderte Stunden geflogen. Drei Flugzeuge hatten sich abgenutzt, wie sich ein Paar Schuhe abträgt. Und da rechne ich die Mongolei nicht einmal hinzu."

Doch wohin auch immer der Willen des Obersten Befehlshabers und die Anliegen der Front Shukow versetzen mochten, in den äußerst seltenen Pausen zwischen den Kämpfen wandte er sich in Gedanken seiner Familie zu. In den wenigen Stunden, die der Heerführer mit den Seinigen in Moskau verbrachte, konnte er mit ihnen lange über die kleinen Dinge des häuslichen Alltags sprechen oder für seine Lieben übertrieben ernst seine Harmonika spielen. Die Familie war geteilter Meinung über seine musikalische Begabung, und besonders die kleine Ella (1943 war sie 6 Jahre alt) sagte dem Vater ihre Meinung mit der ganzen Unerschrockenheit ihres Alters.

Die Familie Shukow hatte schon immer eine sehr schlichte Lebensweise, die Lebensweise der roten Kommandeure aus den 20er Jahren. Nicht selten verteidigte Shukow seine eigene Meinung vor dem Obersten Befehlshaber, nicht in allem war er mit ihm einverstanden, doch eines hob er in seinen Memoiren besonders hervor: "Stalin lebte sehr bescheiden... Weder in der Wohnungseinrichtung noch in der Kleidung und Lebensweise Stalins gab es irgendwelchen Luxus." Shukow lernte Stalin recht gut kennen, ahmte ihn keineswegs in dieser Hinsicht nach, diese schlichte Lebensweise, die persönliche Bescheidenheit absolut in allem war ein Merkmal der Menschen jener Zeit.

Shukow schrieb seiner Familie von der Front wenig. Viel häufiger hatte er Gelegenheit zu telefonieren. Was sich von seinen Briefen erhalten hat, ist noch weniger. Die folgenden zwei, gerade vom Oktober 1943, sind sehr aufschlußreich.

Am 5. Oktober schrieb er:

"Ich grüße Dich, meine Schurotschka! Ich umarme Dich und küsse Dich ganz lieb, einen Kuß auch an Erotschka und Ellotschka..."

Bei uns ist alles nach wie vor gut. Wir sitzen am Dnepr. Die Deutschen wollen sich um jeden Preis hier festkrallen, doch offenbar werden sie es nicht schaffen. Noch immer besuche ich die Armeen, kann jedoch wenig mit meinem Waggon anfangen, es ist wohl mein Charakter, daß ich mich zu den Truppen und ihren Standorten hingezogen fühle, dort bin ich in meinem Element.

Meine Gesundheit ist in Ordnung. Das Gehör läßt allerdings nach. Ich sollte mir das Ohr wieder behandeln lassen, kann das aber jetzt nicht organisieren. Manchmal habe ich Schmerzen im Bein, ab und zu Kopfschmerzen. Das wäre es.

Ich wünsche Dir und den Kindern gute Gesundheit und küsse Euch."

Ein Auszug aus dem Brief vom 23. Oktober:

"... An der Front steht jetzt alles gut. Freilich kommt es an einigen Abschnitten zu kleinen Verzögerungen, aber das ist nach einem solchen Vorankommen wohl unvermeidlich. Man möchte die Sache mit Kiew möglichst bald zum Abschluß bringen. Dann könnte man nach Moskau. Vorläufig aber habe ich mich hier etwas aufgehalten.

Mit meiner Gesundheit geht es nach wie vor bald auf, bald ab. Jetzt tut mir wieder das Bein weh. Ich möchte mal nach Moskau, um es ein wenig behandeln zu lassen. Auf dem einen Ohr höre ich noch immer nicht besser, das Rauschen hat noch nicht nachgelassen, offenbar ist es das Alter" (G. Shukow war damals erst 46!) "es bröckelt ab..."

Wenn alles nach Wunsch geht, könnte ich in etwa acht Tagen in Moskau sein, falls der Chef" (Stalin) "es erlaubt. Das ist, glaube ich, soweit alles."

Echte Soldatenbriefe, und es wäre vermessen, sie zu kommentieren, diese wenigen Zeilen, die uns noch erreicht haben und hinter denen die unendliche Müdigkeit steckt, denn der Krieg verlangte ihm alles ab.

"Ein Stalingrad am rechten Dneprufer"

Bis Ende 1943 waren 54% des vom Feind 1941/42 besetzten sowjetischen Territoriums befreit. Vor dem Krieg lebten dort 46 Millionen Menschen. In dem einen Jahr der Offensive stieß die Rote Armee 500--1300 km westwärts vor. Die Front verlief in westlicher Richtung durch die Ostgebiete Belorußlands; die uralten russischen Lande um Smolensk waren

völlig frei, im Süden verlief die Front bei Shitomir, Fastow, Kirowograd, bei Saporoschje und Cherson. Auf der Krim war eine deutsch-rumänische Gruppierung eingeschlossen. Das Donezbecken war wieder frei.

Die Spitze der Roten Armee war die 1. Ukrainische Front, sie war am weitesten westwärts vorgestoßen.

Im Dezember fand im Hauptquartier eine sehr ausführliche Beratung statt. Die Ergebnisse der Schlachten wurden erörtert und ausgewertet, die militärischen Reserven des Landes eingeschätzt. Mit größter Genugtuung konstatierten die Anwesenden: Die Kampfstärke der Roten Armee war in jeder Hinsicht gewachsen. Sie hatte die perfektesten Waffen in reichlichen Mengen und reife Kommandeure, in den Truppen herrschte der größte patriotische Schwung. Der Feind war bei weitem noch nicht besiegt, hatte noch immer fast 5 Millionen Mann an der Front, 54 500 Geschütze und Granatwerfer, 5400 Panzer und Selbstfahrlafetten und über 3000 Flugzeuge. Aber die kampfgestählten Truppen der Roten Armee waren dem Feind zahlenmäßig um 30%, an Artillerie um 70% und an Flugzeugen um 170% überlegen.

Stalin, der kurz zuvor aus Teheran, von der Konferenz mit Roosevelt und Churchill, zurückgekehrt war, berichtete in groben Zügen darüber. Roosevelt und Churchill bewunderten die Siege der russischen Waffen. Das war nichts Neues. Shukow erinnerte sich an die schmeichelhaften Worte unserer Alliierten von den Großtaten der Roten Armee. Jaja, flüsterte Wassilewski ihm zu, erst vor kurzem, im Oktober, habe der Chef der britischen Mission, General Martel, erklärt: "Keine andere Armee der Welt könnte eine solche Großtat vollbringen wie die Forcierung des Dnepr durch die Rote Armee."

Die beiden Marschälle tauschten ein Lächeln aus.

Streng sah Stalin sie an, er duldet kein a-parte-Flüstern, während er bei solchen Beratungen im engen Kreis sprach. Nach einer winzigen Pause kam er zum Schluß:

"Roosevelt hat fest versprochen, 1944 großangelegte Kampfhandlungen in Frankreich aufzunehmen. Ich denke, er wird Wort halten. Wenn nicht, so reichen auch unsere eigenen Kräfte, um Hitlerdeutschland zur Strecke zu bringen."

Shukow mußte daran denken, daß die Frontsoldaten das konservierte Schweinefleisch aus Amerika "die zweite Front" nannten. Stalin warf ihm einen vorwurfsvollen Blick zu, Shukow, wieder ernst, meinte kurz:

"Natürlich werden wir es zur Strecke bringen!"

Unsere höchsten Kommandeure dachten überhaupt nicht mehr daran, daß irgendwo, irgendwann eine "zweite Front" eröffnet würde. Sie wußten: Die Rote Armee schlug den Feind und würde ihn aufs Haupt schlagen. Es handelte sich nicht darum, sondern um die beste

Planung und Durchführung siegreicher Operationen. Das allgemeine Ziel hieß: Offensive von Leningrad bis zur Krim. Aber die Hauptstöße sollten an der 1., der 2., der 3. und der 4. Ukrainischen Front erfolgen.

Am 25. Dezember setzte sich die 1. Ukrainische Front an der äußersten Spitze des westwärts gerichteten Keils bei Shitomir in Bewegung. An nur einem Tag wurde die gegnerische Verteidigung an einem 300 km breiten Abschnitt aufgebrochen, und zwei Panzerarmeen, die in den Durchbruch eingeführt wurden, drangen mehr als 100 km vor. Die sowjetischen Panzersoldaten verhüteten und verhinderten die Gegenmanöver des Feindes: Sie stießen den Deutschen in die Flanken und zwangen sie, ihre Verteidigungslinien aufzugeben. Marschall Shukow durfte endlich seinem Hang zu kühnen Manövern nachgeben, jetzt hatte er die Genehmigung des Hauptquartiers.

Die Hitlerfaschisten ballten eilig alles zusammen, was sie nur hatten, um der Offensive Einhalt zu gebieten. Letzten Endes stabilisierte sich die Front Mitte Januar 1944, aber während dieser Operation stießen unsere Truppen bis zu 200 km vor und befreiten die Gebiete Kiew und Shitomir völlig. Die Kämpfe verlegten sich in die Gebiete Winniza und Rowno. Der Keil der 1. Ukrainischen Front spaltete tief die deutsche Verteidigung auf.

Nach dem kühnen Vorstoß der 1. Ukrainischen Front in westlicher Richtung entstand zwischen ihr und der südlich vorgehenden und weit zurückgebliebenen 2. Ukrainischen Front ein Vorsprung, der in westöstlicher Richtung 275 km maß. Seine Spitze streifte den Dnepr, seine Basis (die Entfernung zwischen der 1. und der 2. Ukrainischen Front) maß 130 km.

Während man sich im Mainsteins Stab dazu gratulierte, die Offensive der sowjetischen Truppen westwärts zum Stehen gebracht zu haben, berichtete Shukow dem Obersten Befehlshaber über einen Operationsplan des Frontstabs: durch Stöße der 1. Ukrainischen Front direkt ostwärts und der 2. Ukrainischen Front westwärts, unter die Basis des deutschen Dreiecks, die Feindgruppierung einzukreisen und zu vernichten. Das Hauptquartier bestätigte den Plan.

Die glänzend konzipierte Operation entfaltete sich am 24. Januar 1944, und als sich die Zange am 28. Januar bei Swenigorodka schloß, waren über 10 feindliche Divisionen eingekreist. Gemeinsam rieben die 1. und die 2. Ukrainische Front diese Gruppierung bei Korsun-Schewtschenkowski auf.

Der Feind verlor in den Kämpfen 55 000 Mann an Toten. Unter ihnen wurde die Leiche eines hageren alten Mannes entdeckt. Gefangene erkannten ihren Oberbefehlshaber, den General Stemmermann. In seinem Befehl vom 23. Februar 1944 nannte Stalin diese Operation ein "neues Stalingrad am rechten Dneprufer".

(Fortsetzung folgt)

Soweit ich verstehe, sind die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern ein unabdingbarer Bestandteil des Staatsapparates. Sie beschäftigen sich mit Angelegenheiten, mit denen Gewerkschaften meines Erachtens nichts zu tun haben. Ihre Pflicht ist es, die Interessen der Werktätigen zu vertreten und nicht, ihnen den Willen des Staates aufzuzwingen. Da sagt mir die Idee der polnischen "Solidarnosc" mehr zu, aber die Praxis zeigt, daß unabhängige Gewerkschaften unter dem Sozialismus keinen Spielraum haben.

Rainer KNOR
Frankfurt/M, BRD



Es diskutiert
der "Trud"-
Kommentator
Jewgeni
SCHASCHKOW

Was bestimmt das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Staat? Selbstverständlich das Klassenwesen des Staates. Wenn der Staat vor allem die Interessen des Großkapitals, der von der Ausbeutung lebenden monopolistischen Spitzenschicht vertritt, dann müssen die Gewerkschaften die Werktätigen vor der Willkür sowohl der Arbeitgeber als auch des Staatsapparates schützen. In diesem Fall stehen die Seiten in ständiger Auseinandersetzung, denn die Klasseninteressen von Arbeit und Kapital sind unvereinbar.

Wenn in einem Land die sozialistische Revolution gesiegt und die Arbeiterklasse ihre Macht behauptet hat, tragen die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Staatsapparat grundsätzlich neuen Charakter. Staat und Gewerkschaften sind dann, klassenmäßig gesehen, gleichartige Organisationen, weil sie die Arbeiterklasse, alle Werktätigen repräsentieren und deren Interessen wahrnehmen. Im Sozialismus haben die Gewerkschaften die Aufgabe, nicht die Rechte der Werktätigen zu erringen, sondern zur Realisierung dieser Rechte beizutragen, da sie in großem Umfang verkündet und vom Staat gesichert worden sind.

Das ist wohl eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen der Tätigkeit der Gewerkschaften in sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Bei uns sind der Staat, sein Apparat und die Gewerkschaften nicht Gegner, sondern Bundesgenossen.

Nehmen wir die Sozialpolitik als Beispiel. Zu den wichtigsten Funktionen des sozialistischen Staates gehört der Schutz der Arbeitsrechte der Bürger. Der Staat sorgt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes.

Besonderes Augenmerk gilt der Aufgabe, das Lebensniveau der Werktätigen zu heben, das System von Volksbildung, Kultur, Handel, kommunaler Wirtschaft zu erweitern, das Gesundheitswesen und die Sozialfürsorge weiterzuentwickeln. Das sind nur einige der übereinstimmenden Richtungen in der Tätigkeit sowohl des sozialistischen Staates als auch der sozialistischen Gewerkschaften. In diesen Richtungen arbeiten sie eng zusammen.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die Gewerkschaften nun ein Anhängsel oder, wie Sie schreiben, ein unabdingbarer Bestandteil des Staatsapparates sind. Ein solcher Irrtum rührt wohl von der Unkenntnis dessen her, daß die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern an der Bildung der Machtorgane teilnehmen und zur Vorbereitung von Gesetzen und Regierungsentscheiden beitragen. Allein in den letzten Jahren wurden in der UdSSR auf Initiative der Gewerkschaften und unter ihrer unmittelbaren Mitwirkung die Grundlagen der sowjetischen Arbeitsgesetzgebung, die Gesetze über den Luftschutz und über die Arbeitskollektive ausgearbeitet.

Sie schreiben, Herr Knor, daß die Gewerkschaften die Interessen der Werktätigen zu vertreten und nicht ihnen den Willen des Staates aufzuzwingen haben. In der Tat gehört die Schutzfunktion zu den wichtigsten in den Gewerkschaften. Übrigens haben die sowjetischen Gewerkschaften auch in dieser Hinsicht bedeutend mehr Rechte und ein viel weiteres Wirkungsfeld als die Verbände im Westen.

Ein Punkt der Gewerkschaftsstatuten lautet: "Die technische Inspektion der Gewerkschaften kann durch ihre Macht einen Abschnitt, eine Betriebsabteilung oder sogar einen ganzen Betrieb schließen, wenn es zu beträchtlichen Abweichungen von der Norm kommt. Bei einer solchen Einstellung der Produktion wird den Arbeitern der volle Lohn gezahlt." In Wahrnehmung dieses Rechts wurde vor kurzem auf Beschluß eines technischen Arbeitsinspektors und ehrenamtlicher Inspektoren des Betriebsgewerkschaftskomitees eine Zementfabrik in Kiew für eine Zeit geschlossen. Solche Forderungen an den Arbeitsschutz und die Gesundheit der Arbeiter werden nicht

nur an die schon funktionierenden, sondern auch an die erst im Entwicklungsstadium befindlichen Objekte gestellt, unabhängig davon, ob sie sowjetischer oder ausländischer Herkunft sind. Als die angesehene italienische Firma Fiat seinerzeit das ursprüngliche Projekt der gigantischen Autowerke in der sowjetischen Stadt Togliatti vorlegte, forderten die Fachkräfte der sowjetischen Gewerkschaften, rd. 500 Veränderungen daran vorzunehmen. Sie gingen von den in der UdSSR geltenden Normen des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik aus. Dabei war das Projekt nach den italienischen Normen durchaus annehmbar.

Ein weiteres Beispiel. "Die sowjetischen Gewerkschaften kontrollieren, wie die Werkleitung die Arbeitsgesetze einhält. Kein sowjetischer Arbeiter oder Angestellter kann ohne schriftliche Zustimmung des Betriebsgewerkschaftskomitees entlassen werden. Die sowjetischen Gewerkschaften können einem Wirtschaftler das Mißtrauen aussprechen bzw. seine Entlassung verlangen." In diesem Zusammenhang nur eine Ziffer: 9000 Wirtschaftsleiter verschiedener Ebenen wurden allein 1982 auf Forderung sowjetischer Gewerkschaften abgesetzt. Meiner Meinung nach illustriert diese Ziffer auch ein weiteres Problem, das Sie berühren: ob die Gewerkschaften ihren Mitgliedern nicht den Willen des Staates aufzwingen. Das Gegenteil ist der Fall.

Sie schreiben, Herr Knor, daß Ihnen die Idee der polnischen "Solidarnosc", "unabhängiger" Verbände mehr zusagt. "Unabhängig" von wem? Von der Sache des Sozialismus, vom eigenen Volk? Die Tätigkeit der "Solidarnosc" zeigte, was hinter der Losung "Unabhängigkeit der Gewerkschaften" steckt.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß Statuten und Programm der "Solidarnosc" ihr keine gewerkschaftlichen Aufgaben stellten. Vergebens würde man im Wirken dieses "Verbandes" nach realen und verantwortungsbewußten Schritten zur Verbesserung des Lebens der Werktätigen suchen. Man kann doch nicht die provokatorischen Streiks, die letztendlich nur Schwierigkeiten für die Werktätigen heraufbeschworen und zum Produktionsrückgang führten, allen Ernstes als solche Schritte ansehen. Schließlich ging die "Solidarnosc" zu offener konterrevolutionärer Tätigkeit über. Nur sehr naive Menschen können jetzt noch glauben, die "Solidarnosc" habe lediglich vorgehabt, "unabhängige" Gewerkschaften zu schaffen. Die Gewerkschaftsform war jener Hebel, mit dessen Hilfe die sozialistische Gesellschaftsordnung in Polen beseitigt werden sollte. Deshalb ist es nur logisch, daß Organisationen, die sich mit solchen Plänen trugen, in der Tat kein Spielraum geboten wird.

Selbst Reagan



Ronald Reagan charakterisierte auf der Konferenz der Nationalen Vereinigung der Unabhängigen Schulen die Lage so: "An Schulen in ganz Amerika wurde das Lernen durch Alkohol, Rauschgift und Kriminalität verdrängt. So ermittelte 1983 eine angesehene Kommission, die eines unserer größten Systeme städtischer Schulen studierte, daß im vergangenen Jahr die Hälfte Mittelschullehrer, die an der Umfrage teilnahmen, Opfer von Überfällen und Betrügereien wurden oder mit mutwilliger Beschädigung des Schuleigentums konfrontiert wurden. Von den befragten Schülern wurden fast vier Zehntel Opfer von Verbrechen. Zudem ermittelte die Kommission, daß 17 Prozent der befragten Schülerinnen und 37 Prozent der Schüler mit Waffen in die Schule kamen." Wenn schon der Präsident derartiges eingesteht — wie mag es da in Wirklichkeit aussehen...

Rechtlose

"Gesetzgeber"

Einem oppositionellen Abgeordneten des RSA-Parlaments, Dave Darling (einem Weißen), wurde UPL zufolge nicht gestattet, zwei Abgeordnete der neuen Asiatenkommission in die Parlamentskantine einzuladen. Es kam zu einem

Skandal. Um die Empörung zu dämpfen, erlaubte man dann doch, Abgeordnete der "Mischlinge" und asiatischer Herkunft in die Kantine einzuladen. Doch die Bar und das Café des Parlaments bleiben ihnen verschlossen.

Gebührender Empfang

Bei der feierlichen Amtseinführung des Präsidenten von Uruguay, Julio Maria Sanguinetti, am 1. März waren Vertreter vieler Länder zugegen. Aus den USA kam Außenminister George Shultz, aus Nicaragua Präsident Daniel Ortega. Und so beschrieb die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC den Empfang, den die Uruguayer diesen beiden Politikern bereiteten: "Die ganze Aufmerksamkeit galt dem Präsidenten Nikaraguas. Tausende Einwohner von Montevideo gingen auf die Straße, um ihn zu begrüßen und Unterstützung für die sandinistische Regierung zu bekunden. Was Shultz angeht, so wird ihm geringste Aufmerksamkeit zuteil. Unweit des Hotels, wo beide Politiker abstiegen, versammelt sich eine Menschenmenge nur unter den Fenstern des Zimmers, in dem Ortega wohnt."

Helft

den Ex-Ministern!



Die Niederlage der Liberalen Partei bei den Parla-

mentswahlen im September v. J., schrieb der "Globe and Mail", hat in Kanada ein neues Problem geschaffen — Arbeitslosigkeit unter ehemaligen Ministern und Parlamentsabgeordneten. Der Ex-Minister für das Nationaleinkommen, Pierre Bussieres, kann nirgends Arbeit finden. Ex-Sportminister Jacques Olivier gedenkt Autoverkäufer zu werden. Der Abgeordnete Rolland Dion erhält keine Antwort auf seine Bewerbungen. Ein anderer Abgeordneter, Harold Herbert, erklärte, er würde "jede Arbeit, wo auch immer auf der Welt, übernehmen". Doch ergebnislos... Die Zeitung brachte Porträts dieser und anderer frischgebackener Arbeitsloser. Ob ihnen das helfen wird?

Business as usual



Eine der solidesten Banken der USA, die First National Bank of Boston, ist laut CBS der Verbindung zur Mafia überführt. Viele Jahre lang hatte die Bank heimlich, still und leise Bargeld von Firmen angenommen, die von Gangstersyndikaten kontrolliert werden. Und ebenso heimlich hatte sie diese Gelder an Schweizer Banken überwiesen. Beide Seiten waren zufrieden: Die Mafiabosse entzogen ihre Einnahmen den Behörden, und die Bankiere erhielten neue reiche Kunden.

Fußballspielen verboten

Der Geschäftsmann Luis Abelleira, der das Amt des Präsidenten des Unternehmerverbandes in der spa-

nischen Provinz Lugo übernahm, erklärte, er werde die "Freiheit des Unternehmertums" verteidigen — und zudem "die Rechte und Freiheiten der Arbeitenden". Unterdes hatte Senor Abelleira einige Tage vor seiner feierlichen Amtseinführung der Madrider Zeitung "Pais" zufolge den Arbeitern seines Betriebes verboten, in der Freizeit Fußball zu spielen. Sie könnten sich ja dabei verletzen und sich gar krank schreiben lassen.

Abstimmung mit den Füßen

97 Soldaten des Ronald-Reagan-Bataillons der salvadorianischen Armee "begehen" auf ihre Art die zweite Amtseinführung des US-Präsidenten, schrieb die Londoner "Times". Sie desertierten.

Nasenabdrücke



Um die Zugehörigkeit von Kühen und anderen Tieren, die von der Herde abgekommen sind oder gestohlen wurden, zu ermitteln, kennzeichnen die britischen Farmer sie von jeher mit einem Brandmal, mit Tätowierungen oder hängen ihnen kleine Schilder um den Hals. Moelwyn Llewellyn, ein ehemaliger Detektiv aus Südwest Wales, schlug der britischen Wochenschrift "Observer" zufolge eine neue Methode zur Viehkennzeichnung vor. Er hatte ermittelt, daß ähnlich wie die Fingerabdrücke beim Menschen die Nasenabdrücke eines Tieres unverwechselbar sind. Die von Llewellyn gegründete Firma nimmt Nasenabdrücke der Tiere ab.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

AUF DER STRECKE
Leningrad—Stockholm
VERKEHRT DIE KOMFORTABLE
Passagier-und Autofähre
„ILJITSCH“

AB LENINGRAD:

vom 19. März dienstags,
vom 6. Mai montags
und donnerstags

AB STOCKHOLM:

vom 22. März freitags,
vom 3. Mai dienstags
und freitags.



Die Baltische Seereederei lädt zu einer faszinierenden Reise ein. Komfort, das vielfältige Unterhaltungsprogramm und der ausgezeichnete Service sorgen für Ihre gute Stimmung. Konferenzen, Symposien und Verhandlungen haben hier die besten Erfolgsaussichten (an Bord befinden sich sechs moderne Konferenzräume).

Das Schiff besitzt eine Klima- und eine Schlingerdämpfungsanlage.



VORBESTELLUNG UND ERWERB DER TICKETS:

IN LENINGRAD:

Passagieragentur der
Baltischen Seereederei.
190 000 Leningrad,
Herzenstraße 35
Telefon: 315 89 86.

IN MOSKAU:

Zentrale Schiffskassen
von V/O Morpasflot.
Moskau, Kalininprospekt 21.
Telefon: 291 93 31.

IN STOCKHOLM:

ScanSov Transport AB,
P. O. Box 7474,
Norrandsgatan 12, S-10392,
Stockholm, Schweden.

INFORMATION FÜR SPEDITEURE!

Die Passagier- und Autofähre „Iljitsch“ befördert preiswert Trailerfrachten zwischen den skandinavischen Ländern und der UdSSR. Sie faßt 30 Trailer oder 345 Pkw.

Informationen über die Transportbedingungen
bei:

ScanSov Transport AB, P. O. Box 7474,
Norrandsgatan 12, S-10392, Stockholm, Sweden

SCANSOV LINE

Der Blick vom Corcovado,
der sich mehr als 700 m
über Rio erhebt

Rio de Janeiro ist eine Stadt der Superlative — mit der malerischsten Umgebung, die eine Großstadt aufweisen kann: Grüne Berge und Hügel fallen zum azurblauen Meer ab. Hier gibt es die Copacabana, den besten Strand einer Großstadt. Auf dem breiten weißen Sandstreifen ziehen sich improvisierte Fußballfelder hin, wo die neuen Peles und Garrinchas den ganzen Tag über König Fußball huldigen. Hier befindet sich das Maracana-Stadion, das größte der Welt, für mehr als 200 000 Zuschauer.

Hier wird der weltbekannte Karneval mit seinen mitreißenden Samba-Rhythmen und den farbenprächtigen exotischen Kostümen gefeiert. Der Karneval 1984 galt als der „ruhigste“. In wenigen Tagen wurden



Im Objektiv: RIO DE JANEIRO

„nur“ 104 Morde und 32 Verkehrstote registriert...

Die ehemalige Hauptstadt Brasiliens (nach 1960 wurden die wichtigsten staatlichen Einrichtungen aus Rio nach Brasília ins Landesinnere verlegt) ist auch ein bedeutendes Industriezentrum (an zweiter Stelle nach São Paulo) und einer der wich-

tigsten Häfen des Landes. Doch nicht alle hier haben Arbeit: Fast jeder vierte Einwohner der Stadt ist erwerbslos. Jetzt, da die Militärs von einer Zivilregierung abgelöst wurden, sehen die Cariocas (wie sich die Einwohner Rios nennen) ebenso wie die anderen einfachen Brasilianer einen Lichtblick.

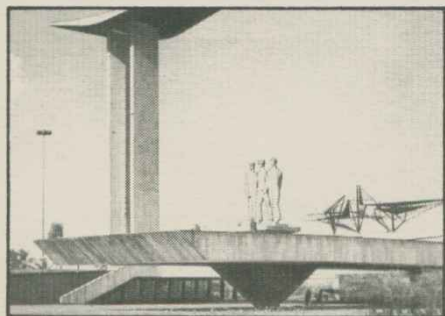


Wer von diesen jungen Cariocas
wird der neue Pele
oder Garrinha sein!

Fotos: J. Koroljow



Eine Hauptstraße
der Stadt



Die hiesigen Elendsviertel,
die Favelas,
sind gleichfalls weltweit
ein Begriff

Denkmal
für die im zweiten
Weltkrieg gefallenen
Brasilianer

